

# DER KAMPF

Jahrgang 3

1. September 1910

12. Heft

## Otto Bauer: Kopenhagen

Am 28. August wird in Kopenhagen der achte internationale Sozialistenkongress eröffnet werden. Die Vertreter aller sozialdemokratischen Parteien der Erde, die Vertrauensmänner aller Gewerkschaften wird die Hauptstadt Dänemarks zu ernster, verantwortungsvoller Arbeit vereinen.

Seinen Vorgängern gleich, wird auch dieser Kongress eine machtvolle Kundgebung sein: ein Zeugnis, dass die Proletarier aller Länder in unlösbarer Kampfgemeinschaft treu zusammenstehen, eine wuchtige Anklage gegen den internationalen Kapitalismus, dessen Druck auf allen Völkern lastet, eine zukunftsfrohe Bürgschaft der Siege, denen wir entgegengehen.

Die grossen Sorgen der Arbeiterklasse wird der Kongress erörtern. Die Frage der Arbeitslosigkeit steht auf seiner Tagesordnung. Wiederum wird der Kongress die furchtbare Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft erheben, die zwischen Prosperität und Depression, zwischen Ueberfülle und furchtbarster Not, zwischen Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit hilflos hin und her schwankt. Er wird die Mittel erörtern, die die Gewerkschaften, die Gemeinden, die Staaten angewendet haben und anwenden sollen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen und das Elend der Arbeitslosen zu mildern. Er wird aber auch feststellen, dass nur die Befreiung der gesellschaftlichen Produktivkräfte von den Fesseln des kapitalistischen Privateigentums mit der Lohnarbeit auch die Arbeitslosigkeit aufzuheben vermag — die Arbeitslosigkeit der wenigen, die ihr Eigentum von der Last der Arbeit befreit, und die Arbeitslosigkeit der vielen, denen das Eigentum der anderen den Segen der Arbeit vorenthält.

Der Kongress wird die Entwicklung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung erörtern. Er wird feststellen, dass mit der Entwicklung des Kapitalismus der Widerstand der Kapitalistenklasse gegen den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung erstarkt; er wird seine Anklage erheben gegen die armselige Dürftigkeit der Ergebnisse der internationalen Vereinbarungen über den Arbeiterschutz; er wird Verwahrung einlegen dagegen, dass der Wunsch nach internationalen Vereinbarungen von den Kapitalisten der höher entwickelten Staaten dazu missbraucht wird, die Forderungen der von ihnen ausgebeuteten Arbeiter abzulehnen und sie auf den Tag zu vertrösten, an dem die Diplomaten und Bürokraten aller Länder irgend ein Konventiönchen über eine Einzelfrage der Arbeiterschutzgesetzgebung abschliessen. Der Kongress wird aber auch, so hoffen wir, der internationalen Aktion für den Ausbau der nationalen Arbeiterschutzgesetzgebung in jedem Staate neuen Anstoss geben. Eben jetzt stehen in vielen Ländern Europas dieselben Fragen auf der Tagesordnung: die Fragen der Verkürzung des gesetzlichen Höchstarbeitstages in allen, der sofortigen Einführung des Achtstundentages in den kontinuierlichen Betrieben. Jeder Sieg, den die Arbeiterklasse eines Landes auf diesem Kampfboden erringt, bahnt den Proletariern der anderen Länder den Weg zum Siege. Beschliesst der Kongress, den Arbeitern der Staaten, in denen diese Fragen heute der Gegenstand der Erörterung sind, ein sozialpolitisches Aktionsprogramm für die nächste Zeit zu geben, so wird er dem Kampf um die Eroberung des Achtstundentages neuen Anstoss, der Kundgebung des 1. Mai neuen Inhalt geben.

Mit der kapitalistischen Ausbeutung ist die politische Unterdrückung eng verbunden. Eine gewaltige Kundgebung für die Demokratisierung der Welt wird der Kongress

sein. Wiederum wird er alle Kulturvölker der Erde zum Kampfe gegen den Zarismus, den Erb- und Todfeind der Demokratie, rufen, der die Völker des russischen Riesereiches mit Blut und Eisen in Fesseln schlägt. Die Kundgebung gegen die Todesstrafe wird eine Kundgebung gegen die blutbefleckte russische Gegenrevolution sein.

Aber unsere Kongresse sind keine Stätten blosser Demonstrationen. Sie werden nicht einberufen, um mit tönendem Pathos die inneren Schwierigkeiten zu verdecken, die den Vormarsch des grossen Heeres hemmen, das längst Deutsche, Vlamen, Holländer, Dänen, Schweden, Norweger, Angelsachsen dreier Erdteile, Franzosen, Italiener, Spanier, Rumänen, Russen, Ukrainer, Polen, Tschechen, Südslawen, Armenier, Letten, Finnen, Magyaren umfasst und dem sich immer neue Heerkörper aus neuen Ländern, neuen Erdteilen angliedern. Ernste Parlamente der Arbeit, müssen sie gerade die strittigen Fragen erörtern, gerade den Schwierigkeiten, den inneren Widerständen des grossen gemeinsamen Befreiungskampfes die grösste Aufmerksamkeit schenken.

Die Internationale wird auch auf diesem Kongresse zunächst ihr eigenes Haus bestellen. Sie wird die Mittel und Methoden der Durchführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse erörtern. Es wird wohl vor allem besprochen werden müssen, wie internationale Kundgebungen den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Landes am zweckmässigsten angepasst werden können. Noch wichtiger scheint uns die Organisation der internationalen Solidarität. Der Kapitalismus zwingt die Arbeiterklasse zu immer gewaltigeren Massenkämpfen, die Zeit der isolierten Einzelkämpfe in jeder einzelnen Werkstätte ist vorüber. Der schwedische Massenstreik, die grosse Aussperrung der deutschen Bauleute zeigen uns die Zukunft der proletarischen Kämpfe. Hier muss sich die internationale Solidarität bewähren. Das leuchtende Beispiel opferfreudiger Solidarität, das vor allen die Arbeiterklasse Deutschlands der Internationale gegeben hat, hat leider nicht immer und nicht überall Nachahmung gefunden. Insbesondere die reichen englischen Gewerkschaften haben ihre Mitkämpfer in anderen Ländern nicht immer nach ihren Kräften unterstützt. Der Kongress muss daher die gegenseitige Hilfe im gemeinsamen Kampfe so organisieren, dass jeder Zweig der grossen Internationale stets seine Pflicht erfülle.

Neben diesen Problemen der inneren Organisation der Internationale wird der Kongress auch einige Fragen erörtern, die bisher von den Arbeiterparteien, aus denen sich die Internationale zusammensetzt, in verschiedenem Sinne beantwortet worden sind. So wird das Verhältnis zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien ein Gegenstand seiner Beratungen sein. In Belgien und in Oesterreich sind die Genossenschaften der Arbeiterpartei eng verbunden. In England, wo die Genossenschaftsbewegung viel älter ist als die Arbeiterpartei, verknüpft sie nur ein sehr loses Band. Im Deutschen Reiche sind die führenden Männer der Genossenschaftsbewegung Anhänger vollständiger politischer Neutralität, während anderseits viele Parteigenossen den Genossenschaften kühl, nicht ohne Misstrauen gegenüberstehen. Soll der Kongress den Versuch unternehmen, allgemeine Regeln für die Beziehungen der Partei zu den Genossenschaften festzustellen, so wird er die historischen und gesetzlichen Verschiedenheiten in den Daseinsbedingungen der Genossenschaften nicht ausser acht lassen dürfen.

Der Kongress wird zunächst die Genossenschaften der Unternehmer aus seiner Erörterung ausscheiden müssen: die Produzenten-, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften der kleinen gewerblichen Unternehmer und der Landwirte, deren Interessen denen der Arbeiterklasse oft entgegengesetzt sind, kommen nicht in Frage. Die Erörterung muss sich auf die proletarischen Genossenschaften beschränken, unter denen die Konsumvereine, die Produktivgenossenschaften und die Pachtgenossenschaften landwirtschaftlicher Arbeiter die wichtigsten sind. Die Aussichten der Produktivgenossenschaften sind nicht zu hoch zu werten: zu je höherer organischer Zusammensetzung das Kapital fortschreitet, je mehr Sachkapital also auf gleiche Mengen Lohnkapital entfällt, desto schwerer ist es möglich, dass Genossenschaften der Arbeiter das Eigentum der Betriebe erwerben, in denen die Arbeiter beschäftigt sind. Anders die Konsumvereine. Für sie streitet die ganze ökonomische Entwicklung.

Die Entwicklung des Kapitalismus treibt zur Ausschaltung des Zwischenhandels. Die Kartelle und Trusts schalten die Händler aus oder sie verwandeln die Händler in ihre Agenten — das Ziel des Petroleumtrusts: „Vom Rohölschacht bis zur Lampe in einer Hand!“ ist das Ideal aller monopolistischen Organisationen des Kapitals. Denselben Weg haben die Genossenschaften der Landwirte betreten: die Lagerhausgenossenschaften, die Viehverwertungsgenossenschaften, die Milch-, Eier-, Butterverwertungsgenossenschaften treten an die Stelle der Händler. Auf der anderen Seite verdrängen die Konsumentenorganisationen den Detailhandel, ihre Grosseinkaufsgesellschaften auch den Grosshandel. Die Tage des Zwischenhandels sind gezählt. Mächtige Organisationen der Produzenten und der Konsumenten treten einander gegenüber. Ihre Interessen sind einander entgegengesetzt. Hat die Entwicklung der Warenproduktion, die Verwandlung der Gebrauchswerte in Waren den Gegensatz zwischen Erzeugern und Verbrauchern erzeugt, so tritt dieser Gegensatz nun im Preiskampfe der organisierten Produzenten und Konsumenten gegeneinander in Erscheinung.

Dieselbe Entwicklung vermehrt aber auch das Proletariat. Die Arbeiter bilden die Mehrheit der organisierten Konsumenten. Sie allein stehen allen Produzentenorganisationen feindlich gegenüber, während alle besitzenden Klassen an den Kartellen und Trusts, den Genossenschaften der Landwirte und den Preisverabredungen der kleinen gewerblichen Unternehmer ein stärkeres Interesse haben als an den Organisationen der Konsumenten. Sobald der Zwischenhandel verdrängt ist und Produzenten- und Konsumentenorganisationen einander feindlich gegenüber treten, scharen sich daher alle Unternehmerklassen um jene, die Arbeiter um diese. Je weiter die Entwicklung fortschreitet, je mächtiger die Kartelle und die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf der einen, die Konsumvereine auf der anderen Seite werden, desto schärfer wird sich also der proletarische Charakter der Konsumentenorganisation ausprägen.

Diese Entwicklung lässt es als wünschenswert erscheinen, dass Partei und Genossenschaft möglichst eng miteinander verknüpft werden, wo immer die gesetzlichen Daseinsbedingungen der Genossenschaften dies gestatten. Die erstarkenden Konsumvereine werden der Partei, die erstarkende Partei wird den Genossenschaften eine starke Stütze sein. Doch könnte den Konsumvereinen nichts mehr schaden als ihre Ueberschätzung. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bleiben natürlich auch die Konsumvereine den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen; so nützlich sie sind, so bleibt doch ihr Nutzen sowohl für die organisierten Konsumenten als auch für die in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter durch die unerbittlichen Gesetze des Kapitalismus begrenzt. Die „Aushöhlung“ des Kapitalismus durch die Konsumentenorganisation ist ebenso eine Utopie wie das friedliche Zusammenwirken der Konsumvereine mit den Unternehmerorganisationen, mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ebenso wie mit den Kartellen und Trusts. Die Entwicklung treibt vielmehr zu gewaltigen Machtkämpfen zwischen Konsumenten- und Produzentenorganisationen, die nur mit der Enteignung der organisierten Produzenten durch den von der Arbeiterklasse eroberten Staat enden können, mit der Verwandlung der ganzen Gesellschaft in eine einzige ungeheure Konsumenten- und Produzentenorganisation.

Für uns Oesterreicher ist die Frage, wie das Verhältnis der Genossenschaften zur Partei gestaltet werden soll, längst gelöst. Wir glauben, dass in einer Zeit, in der die Lebensmittelteuerung alle Klassegegensätze und alle wirtschaftspolitischen Kämpfe verschärft, die engste Verbindung der Partei mit den Genossenschaften notwendig ist. Die separatistische Aktion in der Genossenschaftsbewegung zwingt uns aber dazu, uns gegen falsche Schlüsse aus diesem Grundsatz zu schützen: es geht nicht an, dass die Partei den Genossenschaften Organisationsformen aufzwingt, die ihr, aber nicht ihnen angemessen sind. Wir erwarten, dass der Kongress aussprechen wird, dass auch dort, wo die Arbeiterpartei sich in nationale Teile gliedert, die internationale Einheit der wirtschaftlichen Organisation erhalten bleiben soll.

Handelt es sich hier um das Verhältnis proletarischer Organisationen zueinander, so greift eine andere Streitfrage, die der Kongress erörtern wird, in das weite Feld der internationalen Politik. Wenn der Kongress über Schiedsgericht und Abrüstung sprechen wird, so werden einander sehr verschiedene Ansichten gegenüber-

stehen: die französischen Hervéisten, die alle Friedensbürgschaften der internationalen Verträge und Schiedsgerichte verschmähen und nur auf den Generalstreik und die Dienstverweigerung der Soldaten ihre Hoffnung setzen; die französischen Reformisten mit Jaurès an der Spitze, die durch den Ausbau der Staatsverträge den Weltfrieden sichern zu können glauben; der englische Genosse Hyndmann, der die Kriegsrüstungen Englands für notwendig hält, da heute das Deutsche Reich der gefährlichste Feind der europäischen Demokratie sei, und die englische Arbeiterpartei, die diese Rüstungen ebenso energisch bekämpft wie die deutsche Sozialdemokratie; die Revolutionäre Fraktion der Polnischen Sozialistischen Partei, die einen Weltkrieg herbeiwünscht, der die Befreiung Polens herbeiführen könnte — etwa im Geiste der englischen Chartisten, die am Anfang des Krimkrieges die Friedensdemonstrationen der Freihändler mit dem Rufe sprengten: „Der Friede ist ein Verbrechen, ehe die Freiheit errungen ist.“ Auch unser Verhältnis zur bürgerlichen Friedensbewegung muss erörtert werden. Die Genossen der romanischen Länder beteiligen sich an dieser Bewegung, während die deutsche Sozialdemokratie im Reiche wie in Oesterreich sich von ihr fernhält.

Die Entwicklung des Kapitalismus führt zur Ausdehnung der Weltwirtschaft, zu immer engerer Verknüpfung aller Wirtschaftsgebiete. Die Notwendigkeiten des internationalen Verkehrs erzeugen das Völkerrecht, ein schnell wachsendes System internationaler Verträge, Bureaux, Aemter, Schiedsgerichte. Andererseits verschärfen die Kämpfe der Kapitalisten um Absatzmärkte und Anlagesphären die Gegensätze der Völker; die Nationen wappnen sich gegeneinander; die technische Entwicklung selbst macht den Militarismus und Marinismus zu einer drückenden Last für alle Staaten. Notwendig entstehen daher überall Bestrebungen, die Rüstungen einzuschränken, die Kriegsgefahr durch den Ausbau des Völkerrechtes zu verringern, durch die Entscheidung internationaler Schiedsgerichte das blutige Urteil des Krieges zu ersetzen. Es ist gewiss unsere Pflicht, diese Bestrebungen zu unterstützen. Mit Recht fordern die englische Arbeiterpartei und die deutsche Sozialdemokratie ein Uebereinkommen, das dem Wettrüsten, insbesondere dem Bau der Dreadnoughts eine Schranke setzen soll. Der Kongress wird diese Bemühungen gewiss billigen — Hyndmann und Leuthner werden nicht die Zustimmung des Kongresses finden. Auch hier erschliesst sich uns ein Feld fruchtbarer Wirksamkeit; so hätten die österreichische und die italienische Partei wohl die Pflicht, sich zu einer ähnlichen gemeinsamen Aktion zu vereinigen. Aber der Kongress wird auch die Grenze feststellen, die allen solchen Bemühungen gesetzt ist, und uns dadurch von allen bürgerlichen Friedensschwärmern scharf scheiden: Solange der Kapitalismus immer wieder Gegensätze zwischen den Völkern erzeugt, solange die ganze Staatsgewalt in den Dienst der kapitalistischen Konkurrenzkämpfe gestellt wird, solange im ganzen Osten Europas ganze grosse Nationen ihre Einheit und Freiheit noch nicht errungen haben, solange Hunderte Millionen Menschen in fremden Erdteilen der europäischen Kapitalistenklasse unterworfen sind und die kapitalistischen Weltmächte nach immer neuen Eroberungen gieren, ist der Friede eine Utopie. Nur die Freiheit bringt uns den Frieden, nur die soziale Revolution die Abrüstung.

\* \* \*

Aber auf die Erörterung der Gegenstände, die das internationale Bureau auf die Tagesordnung des Kongresses gestellt hat, beschränkt sich seine Aufgabe nicht. Die Stärke der Bande, die die Proletarier aller Länder verknüpfen, das Vertrauen, das die Arbeiter aller Nationen der Internationale entgegenbringen, erweisen sich gerade darin, dass alle die Hilfe der Internationale anrufen, wenn im eigenen Lande innere Schwierigkeiten ihren Vormarsch hemmen, alle die Entscheidung der Internationale heischen, wenn innere Streitigkeiten ihre Kampffreien spalten.

Gegensätze verschiedenen Ursprungs und Wesens birgt die Internationale in ihrem Schosse. Zwei Grundauffassungen des Sozialismus stehen einander überall gegenüber: die eine hofft, die Arbeiterklasse auf allmählich ansteigendem Wege, von Reform zu Reform fortschreitend, zur Macht führen zu können; die andere erkennt, dass der Kapitalismus allen Bemühungen der Arbeiterklasse, in seinem Rahmen ihre Lebenshaltung zu verbessern, eine Schranke setzt, die nur in einer revolutionären Periode gewaltiger

Umwälzungen niedergerissen werden kann. So scheidet der Gegensatz zwischen dem Marxismus und dem Revisionismus alle sozialdemokratischen Parteien der Erde. Auch wir haben unsere „Radikalen“ und unsere Revisionisten: in unserer deutschen Partei unsere Hueber, Beer, Winarsky, Strasser, die Wiener Marxisten auf der einen, die Pernerstorfer und Leuthner auf der anderen Seite. Nicht anders die Tschechen. Sie haben zwar, von dem jungen Burian abgesehen, noch kaum einen in der theoretischen Arbeit wurzelnden Marxisten, wohl aber nicht wenige „Radikale“; sie haben aber auch ebenso wir ihre Revisionisten: die Hudec, Modráček, Tomášek. Indessen sind diese Gegensätze in der österreichischen Partei noch latent: da die Voraussetzungen einer ernstesten opportunistischen Politik, die im Bunde mit einem Teil der Bourgeoisie der Arbeiterklasse innerhalb des Klassenstaates einen Anteil an der Regierungsgewalt sichern wollte, in Oesterreich nicht gegeben sind, kann sich hier die radikale wie die revisionistische Neigung in der Regel nicht anders als in den Sympathien mit dem einen oder dem anderen Flügel unserer Bruderparteien in anderen Staaten ausdrücken\*.

Aber wenn unser Verhältnis zum Staate noch kein umstrittenes Problem unserer Taktik ist, so ist es um so mehr unser Verhältnis zu den nationalen Bourgeoisien. In den Nationalstaaten decken sich beide Probleme: Wer den Anteil an der Regierungsgewalt sucht, muss sich mit einem Teil der Bourgeoisie verbünden. Anders in Oesterreich. Hier steht die anationale Staatsgewalt — die Dynastie, der Generalstab, die Bureaucratie, die national geschlechtslosen Schichten des Grossgrundbesitzes und des Grosskapitals — den nationalen Bourgeoisien gegenüber. Hier kämpfen die nationalen Bourgeoisien um den Einfluss auf den Staat, um den Anteil an der Staatsgewalt. Hier entsteht unser taktisches Problem: Sollen wir unsere Kräfte den gegen einander kämpfenden nationalen Bourgeoisien verbünden oder sollen wir einheitlich und geschlossen ihnen allen gegenüber treten mit der revolutionären Losung der völligen Umgestaltung des Staatsgebäudes, in das wir eingezwängt sind? Sollen wir bald die eine, bald die andere der kämpfenden nationalen Bourgeoisien in ihren Einzelkämpfen unterstützen, heute im Bunde mit der tschechischen Bourgeoisie für die Subventionierung tschechischer Schulen in Wien, morgen an der Seite der deutschen Bourgeoisie für die Erhaltung deutscher Schulen in Prag, übermorgen vielleicht wieder für die Ernennung von drei tschechisch-bürgerlichen Ministern unsere ganze Kraft einsetzen oder sollen wir all den Kämpfen um nationale Einzelfragen die revolutionäre Forderung nach dem Ganzen, unser Programm der nationalen Selbstregierung gegenüberstellen?

Starke Argumente sprechen für jede der beiden Möglichkeiten.

Die nationalen Kämpfe in Oesterreich waren stets das furchtbarste Hindernis jedes sozialen und politischen Fortschritts. Sie haben 1848 der Gegenrevolution den Weg zum Siege gebahnt. Sie haben den Herrschenden stets die Macht gegeben, die durch den nationalen Gegensatz geschwächte Demokratie niederzuringen. Schmerling und Belcredi, Auersperg und Hohenwart, Taaffe und Windischgrätz, Badeni und Bienerth — diese Namen erinnern an die einzelnen Etappen der Politik der Herrschenden, bald die Deutschen, bald die Tschechen durch nationale Zugeständnisse zur Stütze ihrer Herrschaft zu machen. Soll auch die Arbeiterklasse Oesterreichs sich an den nationalen Kämpfen beteiligen, aus denen immer nur die soziale und politische Reaktion ihre Kraft schöpft?

Andererseits aber: Von den Forderungen, die der Gegenstand des Kampfes sind, sind sehr viele berechtigt. Können Demokraten zur Seite stehen, wenn um die Gleichberechtigung der Nationen gekämpft wird? Kann eine Arbeiterpartei untätig bleiben, wenn Schulen für Proletarierkinder gefordert werden? Müssen wir nicht die nationalen Bourgeoisien unterstützen, die für nationale Rechte kämpfen, die auch den Arbeitern ihrer Nation zugute kommen werden?

\* Das „Právo Lidu“ hat allerdings gelegentlich die lustige Geschichtsklitterung produziert, unsere inneren Kämpfe hätten darin ihre Wurzel, dass die „opportunistische“ Führung der deutschen Partei die „radikale“ tschechische Sozialdemokratie unterdrücken wolle. Nun, über den prinzipientreuen „Radikalismus“ unserer tschechischen Genossen wollen wir heute lieber nicht sprechen; aber wie mag es wohl kommen, dass nicht etwa unsere Revisionisten, sondern gerade unsere Radikalen Tag für Tag im Kampfe gegen die Separatisten stehen und am heftigsten von ihnen befehdet werden? Sind etwa auch Hueber, Strasser, Braun und ich Opportunisten? Und sollen wir, um den einzig wahren Radikalismus endlich zu erlernen, zu Hudec und Modráček in die Schule gehen?

Die einen sagen: Die heutigen Machtverhältnisse machen jede Aenderung des geltenden Nationalitätenrechtes schlechthin undenkbar; es wird erst im Rahmen einer völligen Umgestaltung des ganzen Staatsgebäudes geändert werden können. Wir vergebend die Kraft der Arbeiterklasse, wenn wir uns an hoffnungslosen Kämpfen beteiligen. Die anderen antworten: Können wir die Arbeiter auf den fernen Tag vertrösten, an dem die nationale Selbstregierung verwirklicht werden wird?

Es sind sehr ernste Probleme der Taktik, die hier auftauchen. Man wird dem schweren Ernst dieser Probleme nicht gerecht, wenn man den redlichen Willen des Gegners verdächtigt, wenn man, statt seine sachlichen Argumente zu prüfen, die Festigkeit seiner Gesinnung bezweifelt, wenn man, was in der Grundauffassung der ganzen Entwicklung der sozialen und nationalen Kämpfe wurzelt, als opportunistische Nachgiebigkeit gegenüber den bürgerlichen Parteien hinstellt. Nein, es bestehen ernste Gegensätze über eine Reihe nationaler Fragen innerhalb der Sozialdemokratie — Gegensätze der Grundauffassung, die nicht mit einem Schlage beseitigt werden können. Hinter den Meinungsverschiedenheiten über Fragen der parlamentarischen Taktik bergen sich weit allgemeinere Probleme des Klassenkampfes.

Die grosse Periode der sozialen Revolution der Bourgeoisie, die Periode von 1789 bis 1870, war zugleich eine Periode nationaler Revolutionen: die Zeit der Einigung Deutschlands, der Befreiung Italiens, der Wiederherstellung des ungarischen Staates, der Trennung Belgiens von den Niederlanden, der drei Erhebungen Polens. Auch die heranahende Periode der sozialen Revolution des Proletariats wird nationale Revolutionen auslösen: Wenn das ganze Staatensystem des Kapitalismus im Innersten erschüttert wird, werden auch die ungelösten nationalen Probleme in Oesterreich, in Ungarn, im russischen Reiche, auf der Balkanhalbinsel, in den fremden Erdteilen, die die kapitalistischen Weltmächte ihrer Herrschaft unterworfen haben, nach ihrer Lösung drängen. Das Verhältnis der sozialen Revolution des Proletariats zu den nationalen Revolutionen, die sie begleiten und durchkreuzen werden, wird eines der grossen Probleme unserer Zukunft sein. Soll die Arbeiterklasse die Trägerin der nationalen Revolutionen sein? Oder soll das ganze internationale Proletariat einheitlich und geschlossen der ganzen alten Welt gegenüberreten und alle nationalen Revolutionen nur darnach bewerten und behandeln, ob sie den Befreiungskampf der ganzen Arbeiterklasse fördern oder hemmen — so folgerichtig, so mitleidslos bewerten und behandeln, wie Marx und Engels im Jahre 1848, 1859, während des Krimkrieges, während des Russisch-Türkischen Krieges die nationalen Revolutionen behandelt haben? In den kleinen, oft kleinlichen Streitigkeiten des Tages keimen die weltgeschichtlichen Probleme der Zukunft.

Noch ist die Internationale zur Lösung, ja selbst zur Erörterung dieser grossen Probleme nicht reif. Zwischen der russischen Sozialdemokratie und den Sozialisten-Revolutionären Russlands, zwischen der Sozialdemokratie des Königreiches Polen und der Polnischen Sozialistischen Partei bestehen vielleicht noch tiefer greifende Gegensätze über nationale Probleme als zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie in Oesterreich. Das Problem, ob wir selbst den Krieg wollen, wenn es gilt, der Nation die Einheit und Freiheit zu erobern, oder ob wir um des Friedens willen selbst den Kampf um das nationale Recht zurückstellen sollen — das Problem also, ob uns die Völkerfreiheit höher als der Völkerfrieden oder der Friede höher als die Freiheit steht, drückt sich nicht nur im Gegensatz der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie aus (von denen heute jene für den nationalen Frieden, diese für nationale Gerechtigkeit kämpfen), es ist vielmehr ein Grundproblem unserer ganzen internationalen Politik.

Es gibt französische Genossen, die die Eroberung Elsass-Lothringens durch die deutschen Heere für ein Unrecht an ihrer Nation halten. Sollen diese Genossen im Namen des nationalen Rechtes den Krieg gegen Deutschland fordern? Sollen sie erklären, vom Frieden zwischen der deutschen und der französischen Nation könne erst dann die Rede sein, wenn Elsass-Lothringen wieder französisch sein werde? Unsere französischen Genossen haben sich bekanntlich anders entschieden.

Unsere südslawischen Genossen leiden schwer darunter, dass die südslawischen Volksmassen drei fremden Staaten unterworfen und in drei machtlose nationale Zwergstaaten zersplittert ist. Sollen sie im Namen des nationalen Rechtes den Krieg gegen Oesterreich-Ungarn und die Türkei fordern? Oder sollen sie, wie dies unsere serbischen Genossen im Februar 1909 getan, die Erhaltung des Friedens fordern — des Friedens auch mit den Mächten, die grosse Teile der südslawischen Volksmasse ihrer Herrschaft unterworfen haben?

So wiederholt sich in weltgeschichtlichem Massstab der Gegensatz, der, im kleinen Format der parlamentarischen Kämpfe ausgedrückt, zwischen der Resolution Staněk und der Resolution Adler besteht. Wir können von dem Kongress in Kopenhagen nicht erwarten, dass er durch sein Urteil solchen Streit schlichte. Noch sind diese Probleme den Arbeitern aller Nationen zu fremd, zu neu, als dass sie über das Verhältnis der Nation zum Staate und der Arbeiterklasse zu beiden schon ihr Urteil sprechen könnten. Aber eines kann der Kongress tun: dem obersten Grundsatz der Internationale treu, der das gemeinsame Klasseninteresse über allen nationalen Sonderinteressen steht, kann er und wird er feststellen, dass Meinungsverschiedenheiten über nationale Einzelfragen die Einheit des wirtschaftlichen und des politischen Klassenkampfes nicht durchbrechen sollen. Das ist es, was nicht nur die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, sondern auch die tschechischen, polnischen, italienischen, ruthenischen und slowenischen Angehörigen der internationalen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen vom Kongress erwarten.

Im politischen Leben geniessen alle nationalen Glieder der österreichischen Internationale volle Autonomie: wo es nicht gelingt, volle Uebereinstimmung über eine nationale Einzelfrage herzustellen, entscheiden und handeln deutsche und tschechische, polnische und ruthenische, italienische und südslawische Sozialdemokraten selbständig nach ihrer Ueberzeugung. Aber die nationale Autonomie innerhalb der Arbeiterbewegung muss ihre Grenze finden im gemeinsamen Klasseninteresse: Wo deutsche und tschechische Arbeiter in einer Stadt, in einer Fabrik zusammen arbeiten, müssen sie auch in einer gemeinsamen Gewerkschaft, in einer gemeinsamen Genossenschaft ihre wirtschaftlichen Interessen verfechten: die nationale Autonomie im Kulturleben findet an der internationalen Einheit im Wirtschaftsleben ihre Grenze. Die internationale Einheit unserer wirtschaftlichen Organisationen ist für uns nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Notwendigkeit: sie bildet das notwendige Gegengewicht gegen die nationale Autonomie in der Partei; sie setzt allen Tendenzen zur nationalen Zersplitterung der Arbeiterbewegung eine starre Schranke; sie verbürgt uns, dass das Bewusstsein der Einheit der Klasseninteressen in den Arbeitermassen lebendig bleibt, wenn auch nationale Meinungsverschiedenheiten uns zuweilen scheiden.

Solange die separatistische Aktion nur zu inneren Kämpfen innerhalb der Gewerkschaften und der Konsumvereine führte, konnte die innere Organisationsfrage kein Gegenstand internationaler Entscheidung sein. In den letzten Monaten aber hat sich das Bild völlig verändert. Die tschechische Sozialdemokratie hat für den Separatismus innerhalb der Gewerkschaften und der Genossenschaften Partei ergriffen. Sie schliesst die Anhänger der internationalen Organisationen aus ihren Reihen aus. Sie hat ganze Organisationen, die aus den Anhängern der internationalen Gewerkschaften zusammengesetzt waren, suspendiert. Sie hat aus nichtigem Anlass einen Feldzug gegen die deutsche Sozialdemokratie inszeniert, dessen Zweck es ist, Misstrauen gegen die deutschen Genossen in der tschechischen Arbeiterschaft zu verbreiten, damit sich die tschechischen Arbeiter von den gemeinsamen wirtschaftlichen Organisationen abwenden. Es besteht die ernste Gefahr, dass die tschechische Sozialdemokratie selbst in zwei feindliche Fraktionen gespalten und dass das Verhältnis der separatistischen Fraktion zur deutschen Sozialdemokratie gelöst wird. Eine solche Zersplitterung der österreichischen Sozialdemokratie wäre nicht nur eine schwere Schädigung der österreichischen Arbeiterschaft, nicht nur ein gefährliches Beispiel für andere Nationalitätenstaaten, sondern auch eine Niederlage des Gedankens der internationalen Solidarität selbst. In dieser Gefahr wenden wir uns an die Internationale. Sie wird das Grundprinzip ihres eigenen Daseins ver-

fechten, wenn sie gegen die nationale Absonderung, für die internationale Einheit ihr Urteil spricht.

Der internationale Kongress wird unseren Streit nicht schlichten, unser grosses Problem nicht lösen: Kongressbeschlüsse können nicht entscheiden, wo Massen sich in schwerem Entwicklungsprozess nur allmählich zur Befreiung von überlieferten Vorurteilen, zur Erkenntnis ihrer eigenen Interessen emporringen müssen. Wohl aber kann der Kongress den Entwicklungsprozess erleichtern und beschleunigen. Um das Ergebnis dieser Entwicklung aber ist uns nicht bange. Die ganze Entwicklung unseres Wirtschaftslebens streitet für die Zentralisation aller wirtschaftlichen Kräfte. Ein Gebiet nach dem anderen wird dem industriellen Kapitalismus untertan; die Konzentration des Kapitals greift über alle Sprachgrenzen hinaus, sie vereinigt deutsche und tschechische, polnische und italienische Betriebe in denselben Unternehmungen, sie stellt sie unter das Kommando derselben Grossbanken, sie unterwirft die Arbeiter aller Nationen der Herrschaft desselben Finanzkapitals. Die Zeit der nationalen Zersplitterung ist vorbei. Nationaler Separatismus ist nur noch ein Anachronismus. Der internationalen einheitlichen Macht des Grosskapitals kann nur noch die geschlossene internationale Armee des Proletariats gegenüberreten.

---

## Karl Renner: Schiedsgericht und Abrüstung

Es war ein schöner Traum, den die bürgerlichen Revolutionäre des 17. und 18. Jahrhunderts geträumt haben: Wenn die Völker Europas ihre absolutistischen oder aristokratischen Zwingherren besiegt haben, wenn die Völker frei auf eigenem Grunde wohnen, dann wird das Zeitalter des ewigen Friedens gekommen sein! Die Demokratie ist der Friede — dieser heilige Glaube befeuerte die Vorkämpfer des Bürgertums zum Kampfe, er drückte ihnen die Waffe in die Hand zum Kriege gegen die Herrschsucht der Grossen und der Volkskrieg gegen die Tyrannen sollte der letzte Krieg sein. Wenn das Schwert jene bezwungen, die gross geworden durch den Missbrauch des Schwertes, dann sollte es zur Pflugschar umgeschmiedet oder unter der friedlich nährenden Scholle begraben werden.

War es nicht Herrschsucht und Machthunger der Grossen, die da die willenlose Menge der Untertanen für ihre ehrgeizigen Ziele zur Schlachtbank führten? Augenscheinliche Wahrheit war dies für das junge Bürgertum der vorkapitalistischen Zeit, das in einfacher Warenproduktion die bürgerliche Nahrung durch die Arbeit des Friedens gewann, das seine Produkte frei austauschen wollte und dazu des Friedens bedurfte: Der Handel ist der Friede — so lehrte die Manchesterschule; der Handel ist die friedliche Eroberung, die beiden nützt und beide bereichert, den Eroberer und den so Eroberten. Wie konnte in eine Staatengesellschaft, deren Teile nichts als produzieren, nichts als austauschen wollten, der Krieg kommen, der die Produktion stört und den Handel untergräbt? Undenkbar — ausser durch unverantwortliche Regierungen! Darum erklärt Kant in den Definitivartikeln zum ewigen Frieden, dass die bürgerliche Verfassung in jedem Staate republikanisch sein müsse, dass der internationale Friede erst gesichert sein kann, wenn überall eine verantwortliche Regierung vorhanden ist. Die Erreichung des hohen Zieles des Weltfriedens erwartete auch Kant von der fortschreitenden Entwicklung der Handelsinteressen.

Die europäische Demokratie des Jahres 1848 (ein Sammelname für alle Parteien der Revolution in allen Landen Europas) ging einen Schritt weiter: Es genügt nicht der Sturz des Absolutismus in jedem Lande; der Absolutismus hat im Hausmachtsinteresse die Nationen zerstückt oder verschiedene Nationen widernatürlich unter ein Joch gekoppelt: Jede Nation ein Staat, jede Nation ein einziges demokratisches Gemeinwesen — dann steht dem friedlichen Nebeneinander und der brüderlichen Solidarität aller befreiten und geeinigten Völker nichts mehr im Wege. Die nationale Demokratie ist der Friede!

Aber überraschenderweise brachten gerade die bürgerlichen Revolutionen die gewaltigsten Kriege über Europa. Cromwell, der Genius der puritanischen Revolution in England, überzieht Schottland mit Krieg, wirft Irland nieder, dessen jahrhundertelange Sklaverei er begründet. Napoleons Kriege um die Weltherrschaft schliessen die französische Revolution ab. Die Februarrevolution erscheint als Präludium des Bruderkrieges zwischen Oesterreich und Preussen und des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Traum der Demokratie und die Idee vom Nationalstaat offenbaren sich scheinbar als Illusionen. Das Erwachen ist furchtbar: Gerade das Zeitalter des bürgerlichen Parlamentarismus und der Nationalstaaten bringt die Hochflut des Militarismus und Marinismus und der Bourgeois von heute lächelt, stolz auf das Portepée des Reserveleutnants, über die naiven Illusionen des jungen Bürgertums. Herr Karl v. Stengel, einer der Vertreter des Deutschen Reiches bei der ersten Haager Friedenskonferenz, meint gar, dass es bei Kants Schrift über den ewigen Frieden (1795) „dahingestellt bleiben kann, ob Kants Ausführungen ernst gemeint waren oder im wesentlichen nur ironisch aufzufassen sind“\*.

\* \* \*

Aus jener Jugendzeit des Bürgertums, aus seiner Theorie und Praxis, aus seinen Philosophen und Volkswirten hat sich eine Schule von Gelehrten, Publizisten, Fabrikanten und Kaufleuten in die Jetztzeit hinübergerettet, welche die internationale Friedensbewegung in Gang hält. Diese Ideologen einer bürgerlichen Demokratie, die nicht mehr ist, haben Sukkurs erhalten durch die Düpierten des Zarischen Friedensmanifestes von 1898, sie füllen die Kongresse der Friedensfreunde, deren Bestrebungen in der interparlamentarischen Union Nachhall finden, in einer Vereinigung von Parlamentariern aller Länder, deren Mehrzahl alljährlich daheim das Kriegsbudget bewilligt und auf Reisen im Sommer dafür Busse tut, indem das Laster des Militarismus vor der Tugend des Weltfriedens heuchlerisch Komplimente macht. Da die bürgerliche Presse diese Kongresstätigkeit wie jede Fremdenindustrie bereitwilligst fördert, hat die Friedensbewegung bald die öffentliche Aufmerksamkeit erregt, den Diplomaten Beschäftigung und der Murawiewschen Staatskunst Gelegenheit gegeben, sie auf das kühnste zu missbrauchen. Zum Schlusse aber hat der Geist, der das Böse will und das Gute zu schaffen verurteilt ist, es glücklich zustande gebracht, alle Friedensinteressen, die noch im bürgerlichen Lager vorhanden sind, zu sammeln und in Marsch zu setzen. Die Berge sind im Kreissen, und wenn sie auch nicht den Weltfrieden geboren haben, so haben doch die beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907 einige nicht wertlose Resultate gezeitigt. Das Völkerrecht ist fortgebildet worden: Die erste Konferenz, die durch das Zarische Friedensmanifest veranlasst ward, hat das Landkriegsrecht kodifiziert und die Genfer Konvention auf den Seekrieg ausgedehnt, sie hat das fakultative Schiedsverfahren zur Beilegung internationaler Streitigkeiten geregelt. Die zweite, von Roosevelt veranlasste Konferenz erhielt durch eine Note der russischen Regierung vom März 1906 ein Programm, das folgende Punkte umfasste: 1. Verbesserung der Schiedsgerichtskonvention vom Jahre 1899. 2. Ergänzung der Konvention über den Landkrieg. 3. Erwägung der Konvention über die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg. 4. Ausarbeitung einer Konvention über das Seekriegsrecht. Die Frage der Abrüstung oder des Rüstungsstillstandes, die auf der ersten Konferenz viel erörtert, aber zum Schlusse ausgeschaltet worden war\*\*, erschien diesmal übergangen. Die Konferenz schien also auf das ganz nützliche, aber herzlich bescheidene Amt einer Kodifikation des geltenden Völkerrechtes beschränkt.

\* Stengel, „Weltstaat und Friedensproblem.“ Berlin. Seite 19. Der Republikaner Kant wird entschieden ironisch aufgefasst, wenn er von preussischen Junkern so oft als Kronzeuge für sie, als preussischer Staatsphilosoph zitiert wird.

\*\* Eine Resolution der ersten Konferenz hatte bloss ausgesprochen, dass eine Einschränkung der gegenwärtig die Welt bedrückenden Kriegslasten im Interesse des materiellen wie moralischen Fortschrittes der Menschheit sehr wünschenswert wäre.

Da wurden auf der Tagung selbst zwei Probleme von grösster Tragweite und allgemeinstem Interesse aufgeworfen: Die Abrüstungsfrage und das obligatorische Schiedsverfahren.

Diesmal war es die englische Regierung, die zu Hause von den Radikalen bedrängt und durch die deutschen Marinerüstungen herausgefordert, sich den Anschein gab, die Einschränkung der Rüstungen zu betreiben. Derlei Konferenzen bringen neben anderem auch diese Gefahr, dass eine Regierung, die rüsten will, sich zunächst durch Abrüstungsvorschläge an eine machtlose, aber scheinbar bedeutende Konferenz vor den eigenen Staatsbürgern die Ausrede für neue Rüstungen schafft, die notwendig seien, da ja der Gegner nicht abrüsten wolle. Als solche Anstalt für moralische Reinigung hatten ja der Zar und Murawiew die erste Konferenz benützt, warum sollten die englischen Staatsmänner nicht den gleichen Vorteil aus der zweiten ziehen? Die deutsche Regierung machte es ihnen jedenfalls leicht: schon vor der Konferenz erklärte der deutsche Reichskanzler im Reichstag, dass sich die deutsche Regierung an den Verhandlungen über etwaige Abrüstungsanträge gar nicht beteiligen werde. Auf der Konferenz selbst brachte der englische Delegierte Fry am 17. August 1907 den platonischen Resolutionsantrag ein, „die Regierungen möchten ernste Studien dieser Frage in Angriff nehmen“, ihm schlossen sich die Freunde Englands, Nordamerika, Spanien, Frankreich und einige südamerikanische Delegierten an. Oesterreich benahm sich auch hier als blosser Sekundant des Deutschen Reiches und seiner Gefolgsstaaten, die Welt schien in zwei Lager geschieden. Zum Schluss wurde der fromme Wunsch zwar einmütig beschlossen. Während der Dauer der Verhandlungen aber und durch sie war die kriegerische Stimmung zwischen England und Deutschland mächtig gesteigert worden, die Friedenskonferenz drohte geradezu Kriegsgefahr, das positive Ergebnis aber ist — „der Wunsch nach ernsten Studien“!

Der Plan eines Weltschiedsgerichtsvertrages mit obligatorischer Schiedssprechung wurde gleichfalls auf der Konferenz vertreten und zum Schlusse auch von dem französischen Delegierten Bourgeois befürwortet: In Streitigkeiten zwischen zwei Staaten sollen nicht die Waffen, sondern die Urteile eines permanenten in Haag zu errichtenden Weltschiedsgerichtshofes entscheiden — ausgenommen die Fragen der Unabhängigkeit oder „Ehre“ des Landes. Auch hierin war das Ergebnis der Verhandlungen eine blosser Verbeugung vor dem „Prinzip“ obligatorischer Schiedssprechung in „gewissen Streitfragen des Rechts“ — nicht aber der Macht und Ehre! — mit dem lebhaften Bedauern, dass der „alsbaldige Abschluss eines Vertrages nicht möglich war“.

Jedermann fühlt, dass hier Fragen von der grössten Bedeutung auch für das kämpfende Proletariat aufgerollt sind: Sie sind gestellt, aber nicht beantwortet. Offensichtlich ist geworden, dass das Konzert der Regierungen, die Vereinigung der Militaristen aller Länder, eine Antwort weder finden will noch kann, ja dass dieser Areopag des Militarismus in gegenseitigen Absagen direkt die Ausrede zu neuen Rüstungen und Streitigkeiten sucht. Dieser Eindruck wird noch verschärft durch die Begleitmusik der Friedensfreunde, die zum guten Ende die Abrüstung nicht als ersten Schritt zum Frieden, sondern als späten Abschluss der Bewegung erklären und für die Gegenwart gar verwerfen!\*

\* \* \*

Krieg oder Frieden, Militarismus oder Abrüstung: das sind auch Fragen des Proletariats und von ihm schon seit Jahrzehnten gestellt; die Forderungen der Friedensfreunde sind nur ein verspätetes, schwaches Echo davon, deren einziger, wenn auch nicht geringer Wert für uns darin besteht, dass sie sich auch im bürgerlichen Lager erheben. Es ist gut, dass diese alten Fragen auf dem Kopenhagener Kongress neuerdings erörtert, dass der Haager Areopag der Militaristen aller Länder seine Entgegnung auf dem Kongress der Proletarier aller Länder finde.

\* A. H. Fried, „Handbuch der Friedensbewegung“, Seite 25: „Das Werk der Friedensbewegung mit der Abrüstung beginnen, hiesse die heute noch allein bestehende Schutzwehr der Staatsindividualität niederreißen, ehe die künftige auf der Kraft des internationalen Rechtes beruhende Schutzwehr errichtet ist.“

Warum reifen die Saaten der Friedensfreunde nicht? Warum sind die Träume der alten Demokratie zu Schaum geworden? Warum sind die hohen Ideen der Philosophen von Zeno bis Kant über den ewigen Frieden in dieser bürgerlichen Welt nicht zur Wirklichkeit gediehen?

Das Bürgertum aller Länder regiert heute mehr minder mit und steht verantwortlichen Regierungen gegenüber, die bürgerliche Republik ist in Frankreich und Amerika ganz, in England beinahe vollendet. Auch die Nationalstaaten sind, für das Abendland wenigstens, aufgerichtet (wir Oesterreicher gehören darin zum Osten). Die Freiheit und Gleichheit der Völker, ihre Selbstbestimmung ist im wesentlichen verwirklicht. Dennoch — oder vielmehr gerade deshalb, hat sich Europa in ein einziges Kriegslager, die Welt in ein künftiges Schlachtfeld verwandelt. Denn diese Verwirklichung erfolgte in den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft. Diese bringt die Freiheit des Eigentums, der Ausbeutung des Mitmenschen, der ökonomischen Unterdrückung bei der ungestörten, rein juristischen Rechtsgleichheit. Kapitalist und Proletarier sind rechtsgleich und schliessen juristisch „freie“ Verträge, die dem Kapitalisten erst die Ausbeutung der Arbeitskraft sichern. Der kapitalistische Händler und der Lohnarbeiter schliessen freie Handelsgeschäfte, die dazu dienen, den Kunden zu prellen. Freier Vertrag und freier Handel — sie sind nicht der Friede! Sie sind der permanente soziale Krieg, seitdem das Eigentum Kapital geworden. Dem Proletarier bleibt nichts als freie Unterwerfung oder er wird in dem zivilen Kriege, im Zivilprozess, durch Gerichte und Gerichtsvollzieher gewaltsam unterworfen.

Das souveräne Eigentum des Einzelkapitalisten wiederholt sich im grossen Massstabe im Staat. Das Staatsgebiet ist das souveräne Eigentum der als Nation konstituierten Kapitalistenklasse. Die Souveränität des Staates ist das völkerrechtliche Ebenbild des privatrechtlichen „unbeschränkten“ Eigentums. Zwischen Staat und Staat wiederholen sich die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse der Kapitalisten, die Ausbeutungsverhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter auf nationaler Stufenleiter. Die Konkurrenz ist der Kampf aller gegen alle — zivilisiert durch Recht und Gericht, durch staatliche Zwangsgewalt. Dieselbe Konkurrenz, derselbe Kampf aller gegen alle, besteht zwischen den Staaten: aber sie sind souverän, stehen nicht unter Recht und Gericht, kennen über sich keinen Herrn mit Zwangsgewalt. Sie kennen also keinen Prozess vor dem Richter, ihr Prozess ist der Krieg und ihr Prozessmittel bewaffnete Selbsthilfe. Zwischen ihnen herrscht nicht Zivilisation, sondern das Faustrecht wie zwischen Privaten in der richterlosen Zeit.

Also ist es ein richtiger Gedanke, das Faustrecht der Staaten aufzuheben, sie unter einen obersten Richter, unter ein Weltschiedsgericht zu stellen? Ohne allen Zweifel richtig! Und wenn es richtig war, die Ritterburgen zu brechen und die Raubritter zu entwaffnen, so müssen doch auch die Staaten ihre Festungen schleifen und abrüsten, damit sie dem Spruche des Weltschiedsgerichtes nicht mehr trotzen können? Zweifellos richtig! Und also enthält der Kantische Satz von der Umwandlung der Menschheit in eine allgemeine, das Recht verwaltende Gemeinschaft eine ewige Wahrheit? Auch das!

Irrig ist nur die Annahme, dass die Raubritter ihre Burgen selber schleifen und ihre Waffen selbst demütig ablegen. Sie haben es nicht ohne Zwang getan. Der souveräne Eigentümer verzichtet nicht auf sein Recht ohne Zwang; jeder Unternehmer will Herr im eigenen Hause bleiben und nur die gerüstete Gewerkschaft — sie darf keine Stunde abrüsten — beschränkt seine Souveränität, so dass er nur acht Arbeitsstunden sein Eigentum „Fabrik“ benützen und sechzehn Stunden gesperrt halten muss. Kein souveräner Staat verzichtet auf seine souveräne Herrschaft über das eigene Land, über seine Kolonien, seine Handelsbeziehungen, seine Zinsbezugsrechte vom verschuldeten Staat: Er will es nicht und kann es nicht. Denn er ist Vollzugsorgan der kapitalistischen Klassen. Lächerlich deutlich wird das heute. Wie ein Gerichtsvollzieher kassiert er Schulden mit Kriegsschiffen, durch Blockade und Kanonade ein. Wie ein gerichtlich bestellter Kurator stellt er den Nachbarstaat unter Kuratel, wird sein Zwangsverwalter. Wie ein Gendarm kontrolliert er die Einhaltung der sogenannten Arbeitsverträge der Eingeborenen in den

Kolonien. Wie Masseverwalter im Konkurs gerieren sich die Staatenvertreter bei der Verwaltung der türkischen Staatsschuld. Monarchen werden zu Handelsreisenden, Gesandte zu Handelsagenten. Die Staatsgewalt steigt von der Höhe der Hegelschen sittlichen Idee herab zum Privatrechtsbüttel der Kapitalistenklasse, die sich nach Sprach- und Wirtschaftsgebieten organisiert hat und als Nation auftritt. Der nationale Kapitalismus ist das Eigentum im grossen, der Krieg sein Zivilprozess und das Waffenglück sein Richter. Nation heisst ausschliessliche souveräne Ausbeutung eines Stückes Erdoberfläche, Demokratie heisst Sitz und Stimme im Aufrichtsrat der Handelskompagnie Nation. Der demokratische Nationalismus von ehemals hat sich in den nationalen Imperialismus von heute verwandelt.

Und darum ist es unsäglich kindisch zu erwarten, dass das souveräne Eigentum, ob es sich Fabrik oder Staat heisse, abdanken, seine Festungen selbst schleifen, seine Waffen niederlegen und von einem machtlosen Weltschiedsgericht sich sein Recht werde zumessen lassen. Das aber war der fundamentale Irrtum der alten Demokratie, dass auf der Basis des Eigentums Weltfriede sein könne. Der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist der Krieg eingeboren!

\*                      \*

Und dennoch ist der Weltfriede kein Phantom und Kant kein Stengelscher Narr. Der Weltrichter kündigt sich an — aber er ist kein Ferienpicknick von Diplomaten und Militaristen. Die lebendige Einheit der Arbeiterklasse, die proletarische Internationale allein ist die reale Macht, die die Festungen schleifen und die Ritter entwaffnen wird. Dazu muss sie erstens eine Einheit und zweitens die stärkste Macht der Erde sein. Dahin ist freilich ein gutes Stück Weges.

Eine Macht wird das Proletariat nicht durch die Hingabe an entnervende Friedensduselei. Zum Kampfe ist das Proletariat berufen, der Kampf ist die Wurzel seiner Tüchtigkeit und die Bürgschaft seines Sieges. Es gibt keinen Frieden mit dem Kapital, keinen Frieden auf der Basis der kapitalistischen Ordnung, mit dem Krieg ist zu rechnen nach innen und aussen. Der Krieg war immer der Vater der Revolution, von der englischen bis zur russischen Erhebung, die Revolution war der Anstoss zu Kriegen, die Europa von der Erstarrung oftmals gerettet. Es geziemen der Arbeiterklasse nicht die weichmütige Schlawfrucht des Pazifisten im Charakter, noch dessen Illusionen im Intellekt. Mit dem Krieg ist als Tatsache zu rechnen, nicht als Ideal, wohl aber muss verstanden werden, dass der Kampf das einzige Mittel ist, um den endlichen Frieden der Menschheit zu erringen und zu behaupten.

Darin aber hatte die alte bürgerliche Demokratie mehr Recht als ihre schwächlichen Epigonen: Sie hat nie von der Abrüstung, von der Rüstungseinschränkung geschwärmt, sie wusste, dass sich das Volk gegen seine Unterdrücker nur erheben und behaupten kann, wenn es gerüstet ist und bleibt: Allgemeine Volksrüstung, die Volkswehr, das wehrhafte Volk war ihre Parole. Und so soll es für uns sein und bleiben.

Es gibt Friedensfreunde, welche sagen: das Zuviel des Militarismus erzeugt unfehlbar die Revolution, besser für die herrschenden Klassen ein schwaches Heer nach aussen, wenn es nur nach innen stark genug bleibt! Also am besten ein kleines Berufsheer für Innen und nach aussen besser ein Weltfriedensvertrag. Der Abrüstungseifer vieler Kapitalisten ist leicht zu durchschauen, Vorsicht ist vonnöten. Niemals sollen die Rüstungsbeschränkungen die Allgemeinheit der Wehrpflicht treffen, sondern bloss die Länge der Dienstzeit und die Ausrüstung und Bewaffnung des Mannes. Das Volk aber ist wehrhaft zu erhalten um jeden Preis! Wir bleiben am besten bei der alten Devise: Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!

Die Vertreter des Proletariats sitzen heute in fast allen Parlamenten und sind genötigt, zu den Fragen der internationalen Friedenskonferenzen Stellung zu nehmen. Dabei ist es, glaube ich, weder erfordert noch würdig, das Streben der Friedensfreunde ungebührlich zu verkleinern. Ihre Initiative war wertvoll, wir danken ihr eine beträchtliche Erweiterung und Verbesserung des Völkerrechtes, sie haben das Verdienst, der bürgerlichen Welt Fragen gestellt und für diese Fragen ein Forum geschaffen zu

haben, das weithin sichtbar ist, die Haager Konferenz. Es ist von unendlichem Wert für das kämpfende Proletariat, die völlige Hilflosigkeit der kapitalistischen Mächte in der Friedensfrage offiziell demonstriert zu sehen. Diese Konferenzen haben weiters trotz ihrer materiellen Ergebnislosigkeit allgemach wenigstens die Formen enthüllt, unter denen die befreite Menschheit einst restliche Gegensätze wird schlichten können, gleichsam neue Gefässe gebildet für den neuen Wein. So gebiert die alte Gesellschaft, ehe sie hinstirbt, noch die Elemente der neuen aus ihrem Schoss. Darum werden die proletarischen Vertretungen freudigst alles akzeptieren, was an Schiedsgerichtsverträgen und internationalen Konventionen erreichbar ist, was geeignet ist, die Bande zwischen den Staaten zu befestigen und ein die Erde umspinnendes Weltrecht vorzubereiten. Mögen es heute nur Zwirnfäden sein, welche die Souveränität beschränken. Kommt dereinst der Tag des Proletariats, dann wird die internationale Solidarität der Arbeiterklasse sie in starke Bande verwandeln, welche die Einheit des Menschengeschlechtes und seinen Frieden sichern.

---

## Benno Karpeles: Partei und Konsumvereine

In Kopenhagen wird über die Genossenschaften verhandelt werden. Das internationale Bureau stellt dem Kongress folgende Frage: „Müssen die Genossenschaften neutral, unabhängig von den politischen Parteien oder mit diesen durch ein persönliches Band verknüpft oder schliesslich an die Partei angeschlossen sein?“

Die Fragestellung ist keine sehr glückliche.

Es wird von „Genossenschaften“ gesprochen, während es sich doch nur um Konsumvereine und etwa noch um Produktivgenossenschaften handelt. Den Kongress können doch nur Arbeiter-Genossenschaften interessieren, deren typische Form der Konsumverein ist. Dass es auch Konsumvereine gibt, deren Mitglieder zum grössten Teil nicht der Arbeiterklasse angehören, verschlägt dabei nichts. Auf keinen Fall aber kümmern uns — wenigstens in Kopenhagen nicht — die Genossenschaften der Kapitalisten und solcher, die Kapitalisten werden wollen: die Kreditgenossenschaften, Rohstoffbezugs-genossenschaften, die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Formell ist jede Vereinigung mehrerer Personen, die gemäss den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes einen Vertrag schliessen, eine „Genossenschaft“. In der Wirklichkeit besteht zwischen Genossenschaft und Genossenschaft der schärfste Gegensatz. Die Arbeitergenossenschaft (der Konsumverein) will die Möglichkeiten kapitalistischen Profites beschränken, einengen, beseitigen; die kleinbürgerliche Genossenschaft (Kreditgenossenschaft, Rohstoffvereine etc.) will ihre Mitglieder befähigen, kapitalistischen Profit zu machen. Um das Wesen handelt es sich, nicht um die Form. Die Hammerbrotwerke haben die Rechtsform einer offenen Handelsgesellschaft, die GöC\*, der Konsumverein der österreichischen Konsumvereine, die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Aber ihrem Wesen nach sind diese beiden Unternehmungen echte Genossenschaften, die vollkommensten, die wir in Oesterreich haben.

Auch von einem anderen Gesichtspunkte aus muss die Frage, die dem Kopenhagener Kongress gestellt ist, sehr lebhaft Bedenken erwecken. Der Kongress kann die Frage, so wie sie gestellt ist, nämlich überhaupt nicht beantworten: das können nur die Konsumvereine selbst. Die Frage unterstellt einen Zustand, von dem wir noch sehr weit entfernt sind und dessen Erreichung die Frage erst recht ganz überflüssig machen würde: den Zustand, dass die Konsumvereine sich um die Beschlüsse, die ein internationaler Sozialistenkongress fasst, kümmern müssten. Was würde denn geschehen, wenn in Kopenhagen der Anschluss der Konsumvereine an die Parteiorgani-

---

\* Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine.

sation dekretiert werden würde? Gar nichts! Bevor die Sozialdemokratie die Frage beantworten kann, die ihr jetzt in Kopenhagen vorgelegt wird — die Frage nach dem Verhältnis der Konsumvereine zur Partei — muss sie sich erst klar werden über ihr Verhältnis zu den Konsumvereinen. Nicht darum nämlich handelt es sich zunächst, ob die Konsumvereine neutral bleiben sollen, sondern darum, ob die Partei den Konsumvereinen gegenüber neutral bleiben soll. Die Tagesordnung in Kopenhagen müsste also lauten: Welche Stellung hat die Sozialdemokratie zur Konsumvereinsbewegung einzunehmen? Was übrigens die einzige Frage ist, die auf diesem Gebiet mit internationaler Gültigkeit erledigt werden kann.

Die Konsumvereinsbewegung umfasst heute in allen Industriestaaten einen sehr erheblichen Teil der Arbeiterschaft. In Oesterreich sind sicherlich nicht weniger als 250.000 Arbeiter Mitglieder von Konsumvereinen, in Deutschland weit mehr als drei Viertel Millionen, in England mehr als zwei Millionen. Und überall, so verschieden auch sonst die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern sein mag, wird die Bewegung von Jahr zu Jahr stärker, gefesteter, mächtiger. Kann einer solchen Bewegung die Sozialdemokratie neutral gegenüberstehen? Muss sie nicht Partei ergreifen, für oder wider? In Fragen, an denen grosse Arbeitermassen interessiert sind, neutral zu bleiben, ist in der Sozialdemokratie weder Uebung, noch würde es ihrer Würde entsprechen. Neutralität ist ja doch nichts anderes als eine klingende Umschreibung für Verlegenheit und Ratlosigkeit. Ist die Sozialdemokratie der Meinung, dass die Konsumvereinsbewegung den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse schädige, so muss sie den Mut haben, das zu sagen; ist sie der Meinung, dass die Konsumvereinsbewegung das Interesse der Arbeiterklasse fördere, so muss sie auf die Gefahr hin, bei einigen Parteigenossen Anstoss zu erregen, ihre Ueberzeugung aussprechen und allen Sozialdemokraten zur Pflicht machen, sich der Konsumvereinsbewegung anzuschliessen. Man konnte den Standpunkt der Neutralität zur Not noch begreifen, so lange und wo es eine wirkliche Konsumvereinsbewegung nicht gab. Heute aber, da es sich tatsächlich um eine Massenbewegung handelt, muss die Sozialdemokratie klipp und klar sagen, welche Bedeutung sie den Konsumvereinen beimisst und ihr Verhältnis zur Konsumvereinsbewegung regeln. Und doch hat die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1899 (Parteitag in Hannover), zu einer Zeit also, da die deutsche Konsumvereinsbewegung schon viel kräftiger entwickelt war, als die österreichische es heute ist, erklärt, dass „die Partei der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenübersteht“, und doch besteht dieser Parteitagsbeschluss heute noch für die deutsche Sozialdemokratie zurecht!

Der wahre Grund dieser geradezu beschämenden Haltung sind nicht theoretische Erwägungen, sondern vor allem die Befürchtungen gewesen, durch die Empfehlung der Konsumvereine ein „Gründungsieber“ zu erzeugen, das in dem einen oder dem anderen Orte zu einem Zusammenbruch und dadurch auch zu einer Schädigung der politischen Organisation führen könnte. Wenn wir bei einer politischen Wahl oder in einem Lohnkampf unterliegen, so fangen wir erst recht von vorn an, arbeiten mit verdoppelter Energie, bis die Scharte ausgewetzt ist. Aber niemand hat noch behauptet, dass wir den Gewerkschaften gegenüber neutral bleiben sollten, weil der Verlust eines grossen Streiks die politische Organisation in Mitleidenschaft ziehen könnte. Beim Konsumverein ist es anders. Der Geschäftsanteil des einzelnen Mitgliedes ist Eigentum dieses Mitgliedes, und wenn der Konsumverein Bankrott macht, so ist nicht nur dieser Geschäftsanteil von 20 oder 30 K verloren, sondern jedes Mitglied hat unter Umständen noch einmal den gleichen Betrag — die Haftsumme — nachzuzahlen. Warum wird denn aber dieser Verlust von den Mitgliedern so schwer empfunden? Weil, solange die Bedeutung der Konsumvereine für den Klassenkampf von den sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nicht verstanden wird, die Einzahlungen auf das Geschäftsanteilskonto nicht so betrachtet werden, wie die Wochenbeiträge für den Wahlverein und die Gewerkschaft. An diesen Beiträgen, die oft in jedem Jahre mehr ausmachen, als der ganze Geschäftsanteil bei einem Konsumverein, hat kein Mitglied des Wahlvereines oder der Gewerkschaft ein individuelles Eigentum, und wenn seine Mitgliedschaft erlischt, hat es keinen Anspruch auf Rückerstattung seiner Einzahlungen.

Dass der Geschäftsanteil beim Konsumverein rechtlich anders behandelt wird, ist ein Vorzug des Konsumvereins, aber moralisch hat auch das Mitglied des Konsumvereines, das weiss, warum es Mitglied ist, das weiss, was die Konsumvereinsbewegung für ihn bedeutet, keinen Anspruch auf den Geschäftsanteil. Ein solches Mitglied wird den Verlust des Geschäftsanteiles und die Nachzahlung nicht anders beurteilen, als die Leistung hoher Streiksteuern. Die Gefahren, die man so sehr fürchtet, bestehen also in Wirklichkeit nicht, und nichts war törichter, als die Neutralität der Partei zu proklamieren, um zu vermeiden, dass einmal für den Zusammenbruch eines Konsumvereines die Partei verantwortlich gemacht werden könnte. Was man durch diese Politik erreicht hat, ist dieses: indem man es den organisierten Arbeitern überliess, nach ihrem Belieben sich an Konsumvereinen zu beteiligen oder nicht zu beteiligen, hat man zusehen müssen, wie in all den Tausenden, die für die Konsumvereinsbewegung gewonnen wurden, Instinkte genährt worden sind, die dem Bewusstsein der Solidarität direkt entgegengewirkt haben. Für die Mitglieder, die sich als kleine Kapitalisten fühlten, war der Konsumverein nichts anderes als ein Unternehmen zur Erzielung von Profit, eine Maschine zur Erzeugung von „Dividenden“. Wie die Dividende zustande kam, war gleichgültig; Hauptsache, dass sie recht gross ausfiel. Die Arbeitsverhältnisse der Angestellten konnten noch so schlecht sein, die gekauften Waren mochten unter den furchtbarsten Arbeitsbedingungen erzeugt, der Lieferant der allerärgste Ausbeuter und Scharfmacher sein, wenn nur am Preise ein paar Heller zu gewinnen waren. Diese Verwüstungen sind auch heute noch keineswegs beseitigt. Die Geschäftsführer der Grosseinkaufsgesellschaften wissen davon ein traurig Lied zu singen. Und dazu kam noch eines: da die Partei sich neutral verhielt, die Konsumvereine sich selbst überliess, die Arbeit im und für den Konsumverein nicht als Parteiarbeit anerkannte, kam entweder die Führung der Konsumvereine in die Hände recht zweifelhafter Elemente, die dann auch prompt besorgten, was den „Politikern“ immer wieder Anlass gab, die Neutralität der Partei scharf zu betonen: das Abwirtschaften bis zum schmachlichen Zusammenbruch — oder wo sich wirklich tüchtige, brave Genossen fanden, die durch aufopfernde Arbeit ihren Konsumverein zur Blüte brachten, wurden sie durch die Nichtanerkennung ihrer Leistungen, durch die Isoliertheit ihrer Stellung förmlich in einen Gegensatz zur Partei gedrängt. Wenn es gut ging, wurden sie als Utopisten belächelt, sonst, wie Adler einmal so treffend sagte, als „Genossen zweiter Güte“ angesehen, als Leute, die zu ernster, „revolutionärer“ Parteiarbeit unbrauchbar seien.

In Oesterreich hat eine Krise der Wiener Konsumvereine — keineswegs theoretische Erwägungen — dazu geführt, dass die Partei den Standpunkt der Neutralität aufgab und es den Parteigenossen zur Pflicht machte, Mitglieder der Konsumvereine zu werden. Im Jahre 1901 machte man die Entdeckung, dass die Mehrzahl der Wiener Konsumvereine konkursreif sei. Sie waren ohne die Zustimmung, ja gegen den ausgesprochenen Willen der Partei gegründet worden, die Partei hatte sich nie um sie gekümmert und die Neutralität konnte gar nicht grösser sein. Als es aber zum Bankrott kommen sollte, begriffen auch die ganz orthodoxen Fanatiker der Neutralität, dass der Partei mit nichts weniger gedient, ja kaum durch etwas mehr geschadet werden könnte, als durch den Zusammenbruch von einem halben Dutzend Konsumvereinen. Zwar konnte die Partei mit voller Aufrichtigkeit jede Verantwortung für die Geschäftsführung in diesen Konsumvereinen ablehnen. Sie hatte sich ja stets neutral verhalten. Aber war denn die Verantwortlichkeit der Partei nicht gerade durch ihre Neutralität gegeben? Sie hatte die Dinge gehen lassen, wie sie eben gingen, hatte Tausende von Parteigenossen ohne Warnung Mitglieder, zum Teil unbeschränkt, mit ihrem ganzen Vermögen haftende Mitglieder werden lassen, sie, die sonst in allen Fragen die treue, sorgsame, vorsichtige Beraterin der Genossen gewesen war. Die Partei hätte mit ihrer Neutralität recht schlimme Erfahrungen gemacht, wenn es wirklich zu der Serie von Konkursen gekommen wäre und sie hat deshalb alles aufbieten müssen, um die Katastrophe zu verhindern. Einen Konsumverein gab es damals in Wien, der durch kluge Führung zu beträchtlicher Grösse herangediehen war; Parteigenossen bildeten den Vorstand und den Aufsichtsrat, und an diesen Verein trat nun die Partei mit der Aufforderung heran, jene schwer kranken, passiven Konsumvereine in sich aufzunehmen.

Der Versuch scheiterte. Denn auch dem grossen, reichen Konsumverein war die Partei immer neutral gegenübergestanden, und seine Verwalter konnten — von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht — nicht begreifen, dass sie Pflichten gegenüber der Partei hätten. Sie kalkulierten, und da sie fanden, dass die Partei ihnen ein schlechtes Geschäft antrage, lehnten sie das Offert mit höflicher Entschiedenheit ab. So blieb für die Partei kein anderer Ausweg als — selbst einen Konsumverein zu gründen, der die faulen Vereine zu liquidieren hatte. Belastet mit den ungedeckten Passiven dieser Vereine, aber ausgestattet mit der Werbekraft einer Parteiorganisation ist der Konsumverein „Vorwärts“ auf den Schauplatz getreten und hat gezeigt, was Sozialdemokraten leisten können. Mit der Neutralität war es auf einmal vorbei. Der Anstoss zu einer neuen, gesunden Bewegung war gegeben. Und weder die Partei, noch die Konsumvereine haben zu bereuen, dass es so gekommen ist.

In Deutschland wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der Magdeburger Parteitag die Neutralität der Partei zu Grabe läuten. Nicht etwa, weil die Not des Augenblickes dazu zwingen würde, sondern umgekehrt, weil die deutschen Konsumvereine eine so glänzende Entwicklung genommen haben. Man braucht heute in Deutschland weder vor einem Gründungsfieber noch vor seinen Folgen Angst zu haben. Aber der Zustand ist einfach unhaltbar geworden, dass die Partei einer Bewegung, an der bald eine Million deutscher Arbeiter beteiligt sein wird, neutral gegenüberstehe. Es ist gar nicht anders möglich, als dass in Magdeburg die Losung ausgegeben werde: Hinein in die Konsumvereine.

Einen anderen Weg hat die Entwicklung der Konsumvereine in Belgien genommen, einen anderen in England. Frankreich, Italien, die Schweiz, Dänemark, Russland, Finnland weisen charakteristische Unterschiede auf. Die Einheit der Konsumvereinsbewegung ist erst eine Erwartung. Dieser Einsicht wird sich der Kopenhagener Kongress nicht entziehen dürfen. Er wird sich also darauf beschränken müssen, die Bedeutung der Konsumvereine für den Emanzipationskampf des Proletariats festzustellen und die Sozialdemokratie aller Länder zu verpflichten, die Entwicklung der Konsumvereine tätig zu fördern.

Manche — und darunter natürlich vor allem jene, die sonst für die armen Konsumvereinsimpel nichts als Hohn und Spott übrig hatten — werden nun freilich sagen, dass es nicht angehe, die Partei einfach zu Zutreiberdiensten zu verhalten, ohne ihr einen massgebenden Einfluss auf die Leitung der Konsumvereine einzuräumen und ohne die Konsumvereine zu Gegenleistungen an die Partei zu verpflichten. Aber worauf beruht denn zum Beispiel der Einfluss der Partei auf die Gewerkschaften? Etwa auf Parteitagsbeschlüssen? Nein, sondern auf der Tatsache, dass die Mitglieder der Gewerkschaften Parteigenossen sind, dass sie als Sozialdemokraten der Gewerkschaft angehören. Bringen wir es doch zunächst dazu, dass alle Parteigenossen Mitglieder der Konsumvereine werden, nicht weil ihnen eine „Dividende“ oder sonst ein persönlicher Vorteil winkt, sondern weil sie überzeugt sind, dass die Organisation der Konsumkraft des Proletariats ein notwendiges, unentbehrliches Mittel unseres Kampfes ist. Dann werden wir den Einfluss auf die Konsumvereine haben, den wir brauchen. Gönnen wir der Entwicklung ihre Zeit. An dem Tage, an dem die Internationale den falschen Grundsatz von der Neutralität der Partei gegenüber den Konsumvereinen aufgibt und die Proletarier aller Länder zu freudiger Mitarbeit an der Konsumvereinsbewegung aufruft, schafft sie zugleich die Voraussetzungen dafür, dass in nicht zu ferner Zeit ein internationaler Kongress wird feststellen können, dass die Konsumvereine den Grundsatz ihrer Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie aufgegeben haben und als Glieder unserer Gesamtorganisation, innig verbunden mit Partei und Gewerkschaft, den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen.

## Adolf Braun: Arbeitslosenfragen

Knapp vor dem Ausgange einer der glänzendsten Perioden der Prosperität und eines gewaltigen Aufschwunges der Gewerkschaftsorganisation tagte in Stuttgart der letzte internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress. Bald nach dem Abschluss seiner Verhandlungen brach in den Vereinigten Staaten eine schwere Bankkrise aus, die sich bald zu einer allgemeinen und lange währenden Industrie- und allgemeinen Wirtschaftskrise ausweitete, die Geldmächte und Zentralbanken aller europäischen Staaten beeinflusste und ein europäisches Wirtschaftsgebiet nach dem anderen in den Zustand schwerer Depression versetzte. Selbst in den Vereinigten Staaten, deren Krisenperioden sich meist durch Kürze auszeichneten und rasch einer ebenso gewaltigen Prosperität wichen, sind die Folgen der Krise noch nicht ganz überwunden. Das Gefühl der Unsicherheit, die Unruhe seiner Börsen, grosse Verluste in der kopflosen Spekulation charakterisieren trotz erhebender Besserung des Beschäftigungsgrades die amerikanische Volkswirtschaft. Ist auch der Kulminationspunkt der Wirtschaftskrise in den meisten Ländern überschritten, so war sie zurzeit der Vorbereitung des Kopenhagener Kongresses noch schwer empfunden, so dass sich die Behandlung der Arbeitslosenfrage vor dem Forum des internationalen Sozialistenkongresses empfahl.

Ein fast unabsehbares Material hat sich seit dem Jahre 1892 über die Arbeitslosigkeit, ihre Messung wie ihre Bekämpfung angesammelt. Schon während der Wirtschaftskrise in den ersten Jahren der letzten Dekade des vorigen Jahrhunderts wurden in Deutschland von den Gewerkschaften Deutschlands allgemeine Zählungen der Arbeitslosen in einer Reihe von Grossstädten vorgenommen. Die deutsche Reichsregierung wollte die Feststellungen nicht den Gewerkschaften allein überlassen, als die Krise abgeflaut war, nutzte sie die Gelegenheit der in den Juni des Jahres 1905 fallenden Berufs- und Betriebszählung und der für den Winter des gleichen Jahres in Aussicht genommenen Volkszählung, um die Arbeitslosen zu zählen. In diese Periode fällt auch der Ausbau des Unterstützungswesens der Gewerkschaften in Oesterreich und Deutschland, der österreichische Metallarbeiterverband war eine der ersten grossen Organisationen nach den Buchdruckern, die mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorangingen. Kantone und Städte der Schweiz, auch einzelne reichsdeutsche Gemeinwesen, dann belgische Städte, vor allem Gent, experimentierten mit Einrichtungen, um die Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu lindern. Das Deutsche Reich und die schweizerische Eidgenossenschaft haben zu der Frage der Arbeitslosenversicherung in Denkschriften, vornehmlich Materialiensammlungen Stellung genommen. Statistiken, Verhandlungen bürgerlicher Sozialpolitiker und Armenpfleger, Protokolle von Parlamenten und kommunalen Körperschaften, Diskussionen in unserer Tagespresse und in unseren Revuen, eine grosse Anzahl von Monographien und viele andere Materialien liegen über die Arbeitslosenfrage vor, aber Leistungen erheblicher Art vermögen nur die aus der eigenen Kraft der Arbeiterschaft erwachsenen Gewerkschaften aufzuweisen. Die Leistung der herrschenden Klassen, ihrer staatlichen und kommunalen Organe stehen im traurigen Missverhältnis zu dem Reichtum der Literatur über dieses Problem.

Jedoch nicht einmal die Frage der Arbeitsvermittlung, eine der Nebenfragen des Problems, aber eine, die in Zeiten der Prosperität wie der Depression bedeutungsvoll ist, konnte einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden. Um das Recht auf Arbeitsvermittlung wird ein zäher Kampf geführt, die Gewerkschaften sind in die Defensive gedrängt worden, die scharfmacherischen Arbeitgeberverbände ringen — vielfach mit Erfolg — um das Monopol der Arbeitsvermittlung. Bloss in wenigen Städten gelang es, die Arbeiter befriedigende Formen des paritätischen Arbeitsnachweises zu schaffen. Wollen wir den öffentlichen Gewalten die Pflicht der Arbeitslosenversicherung überweisen, so müssen wir zu einem uns befriedigenden, mit den nötigen Garantien für die Nichtverletzung der proletarischen Interessen ausgestatteten Arbeitsnachweis gelangen. Ohne Arbeitsnachweiseinrichtungen werden wir nicht festzustellen vermögen, wer arbeitslos, wer unterstützungsberechtigt ist. Den meisten Arbeitslosen wird befriedigende Arbeitsgelegenheit stets erwünschter sein als die doch stets

unter dem üblichen Lohnniveau bleibende Arbeitslosenunterstützung. Der Nachweis, keine Möglichkeit für den Verkauf seiner Arbeitskraft zu haben, bleibt stets die Voraussetzung für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung heute bei den Gewerkschaften, später bei anderen Institutionen. Aber die Möglichkeit, seine Arbeitskraft zu verkaufen, ist ein relativer, schwer zu umschreibender und nicht von jeder Arbeitsnachweiseinrichtung befriedigend festzustellender Begriff. Der Unterschied eines absoluten und relativen Mangels von Arbeitsgelegenheit wird sich freilich in der Praxis einengen. Den Gewerkschaften wird stets die Aufgabe bleiben, die Arbeitslosen zu unterstützen, die aus Rücksicht auf die gewerkschaftliche Aktion die ihnen angebotene Gelegenheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ausschlagen.

Wir kommen so zu einem zweiten Problem der Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaften sind heute ihre kräftigsten Träger, sie bieten den Arbeitern durch die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung grosse Vorteile, so haben sie viele bis dahin Indifferente zur Organisation gezogen, in ihr festgehalten und dadurch die sie in ihrer Aktionsfähigkeit störende Fluktuation gemindert.

Der internationale Sozialistenkongress ist zugleich — mögen es auch französische ultraradikale Syndikalisten und eine Gruppe Nurgewerkschaftler in den Trades Unions beklagen — ein internationaler Gewerkschaftskongress. Selbst wenn er dies nicht formell und tatsächlich wäre, könnte und wollte ein internationaler Sozialistenkongress nie etwas beschliessen, was im Widerspruch stände mit den Lebensbedingungen und den Interessen der Gewerkschaften. Es kann nicht hoch genug gewertet werden, was die Gewerkschaften in Oesterreich und Deutschland, in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika für die Unterstützung der Arbeitslosen geleistet haben. Betrachtet man die ausdrücklich als Arbeitslosenunterstützung angeführten Zahlen unserer Gewerkschaftsstatistiken, so fordern diese eine Ergänzung, die in der Notfall-, Gemassregeltenunterstützung, in mancher anderen Unterstützungseinrichtung als Fürsorge für Arbeitslose verborgen ist. So notwendig diese Ergänzung wäre, wir verzichten auf sie, weil sie nicht genau gegeben werden kann, wir beschränken uns auf die Feststellung der Leistungen für die Arbeitslosenunterstützung im engeren Sinne, das sind die Reiseunterstützung und die Arbeitslosenunterstützung. In den letzten neun abgeschlossenen Jahren 1901—1909 verausgabten die internationalen Gewerkschaften in Oesterreich für die Zwecke\*:

Jahr	Reiseunterstützung	Arbeitslosenunterstützung
1901 . . . . .	96.691·26	377.448·59
1902 . . . . .	151.218·94	360.289·48
1903 . . . . .	104.101·01	474.968·51
1904 . . . . .	95.790·80	583.301·19
1905 . . . . .	118.154·32	733.915·88
1906 . . . . .	129.631·62	919.401·50
1907 . . . . .	162.808·07	1,147.534·60
1908 . . . . .	225.168·13	1,574.668·86
1909 . . . . .	209.374·64	1,505.248·01
Zusammen . . .	1,292.938·79	7,676.766·62

Wurden für diese beiden Zweige des Unterstützungswesens im Jahre 1901 bloss K 474.139·85 geleistet, so im Krisenjahr 1908 K 1,799.836·99 und im letzten Jahre K 1,714.622·65, insgesamt in den Jahren 1901 bis 1909 K 8,969.705·41, das sind 47·38 Prozent der in jeder Periode von den internationalen Gewerkschaften Oesterreichs überhaupt geleisteten Unterstützungen. Da aber in anderen Ausgaben für Unterstützungen auch — bewusst, aber auch häufig ohne Wissen der Gewerkschaftsorgane — Leistungen für Arbeitslose verborgen sind, so kann man als feststehend annehmen, dass die Hälfte der Unterstützungsleistungen der internationalen Gewerkschaften Oesterreichs Arbeitslosen zugute kommen, beziehungsweise durch die Arbeitslosigkeit veranlasst sind.

Das Steigen und Fallen des Unterstützungsetats der österreichischen Gewerkschaften wird bestimmt durch den Grad der Arbeitslosigkeit. Welche Bedeutung die

\* „Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1909“ und im Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs „Die Gewerkschaft“, N. F., XII. Band, S. 230.

Arbeitslosenunterstützung für die Finanzen der internationalen Gewerkschaften in Oesterreich haben, geht auch aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor: Im Jahre 1909 (die Zahlen für das Jahr 1908 lassen wir in Klammern folgen) verausgabten diese österreichischen Gewerkschaften im Durchschnitt für den Kopf des Mitgliedes für Reise- und Arbeitslosenunterstützung K 4·13 (3·73), für Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen K 3·42 (2·75), für Notfallunterstützung K 1·34 (1·13), für Rechtsschutzkosten K —·41 (—·37), endlich für Bildungszwecke K 2·83 (2·99). Ueber den Durchschnitt verausgabten im Jahre 1909 für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, berechnet auf den Kopf des Mitgliedes, die Hutmacher K 17·99, die Lithographen und Steindrucker K 13·99, die Bildhauer K 13·42, die Buchdrucker und Schriftgiesser K 13·38, die Glasarbeiter (Tannwalder Verband) K 12·32, die Metallarbeiter K 9·86, die Bäcker K 9·44, die Holzarbeiter K 8·77, die Drechsler K 8·73, die Sattler, Taschner und Rierner K 8·12, die Giessereiarbeiter K 7·59, die Zuckerbäcker K 6·95, die Buchbinder K 5·87, die Ledergalanteriarbeiter K 5·40, die Schuhmacher K 5·27, die Lederarbeiter K 5·07 und die Goldarbeiter K 4·42. Von den 55 Verbänden, die der Reichsgewerkschaftskommission angeschlossen sind, gewähren 12 keine Reiseunterstützung, darunter Staatsarbeiter, wie Eisenbahner und Tabakarbeiterinnen, andere, für die kein Bedürfnis nach Reiseunterstützung angenommen werden kann, wie die Handelsagenten, Heimarbeiterinnen, Krankenkassenangestellte, Versicherungsangestellte, Zeitungsbeamte und Zeitungsausdräger, dann einige neugegründete und kleine Organisationen, endlich die Handelsangestellten. 46 von diesen 55 Gewerkschaftsorganisationen haben Arbeitslosenunterstützung. Sie fehlt bei fünf baugewerblichen Verbänden, dann bei den Eisenbahnern und Krankenkassenangestellten, wo sie kaum ein Bedürfnis ist, bei den Zeitungsbeamten, einer neuen Organisation, wo sie als Notfallunterstützung erscheint, endlich bei den Heimarbeiterinnen. So ist die Arbeitslosenunterstützung in der österreichischen Gewerkschaftswelt fast vollkommen durchgeführt\*.

Die Leistungen der Gewerkschaften im Deutschen Reich sind besonders eindrucksvoll. In einer zum Auge sprechenden tabellarischen Zusammenstellung in der statistischen Beilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands\*\*, die wir leider hier nicht wiedergeben können, ersieht man den Siegeszug der Arbeitslosenunterstützung in unseren Gewerkschaften in Deutschland. Im Jahre 1892 hatten bloss 11, 1895 auch 11, 1898 13, 1901 17, 1904 29, 1907 40, 1909 42 Berufsorganisationen an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über ihre Leistungen für die Arbeitslosen berichten können. Wie stark hier die Leistungen schwankten, mögen einige Beispiele lehren. Es verausgabten für den Kopf des Mitgliedes an Arbeitslosenunterstützung in Mark in den Jahren:

	1892	1895	1898	1901	1904	1906	1907	1908
	M a r k							
Buchdrucker . . . . .	14·72	5·09	5·89	16·59	13·20	9·40	10·40	12·74
Glaser . . . . .	1·25	0·76	0·39	2·63	3·53	7·22	10·74	14·08
Handschuhmacher . . . . .	9·81	0·67	2·48	20·60	8·98	0·97	17·03	32·62
Lederarbeiter . . . . .	0·32	?	0·31	?	3·67	2·74	8·50	9·64
Bildhauer . . . . .	0·10	8·37	9·38	19·72	10·35	11·68	25·64	24·38
Porzellanarbeiter *** . . . . .	10·14	3·61	3·77	6·83	2·76	2·41	2·34	9·26
Holzarbeiter . . . . .					2·30	3·24	5·80	9·63
Sattler . . . . .					0·62	3·60	5·58	6·56
Tapezierer . . . . .						2·92	5·63	10·45
Xylographen . . . . .						12·27	6·16	5·82
Zimmerer . . . . .						1·88	4·18	9·02

Zwei aufeinanderfolgende Jahre zeigen uns oft die merkwürdigsten Unterschiede. Im Jahre 1906 wurden für die Berliner Mitglieder unserer Zentralverbände 767.665 Mk., im folgenden Jahre 1,492.618 Mk. verausgabt.

\* Eine Zusammenstellung der Bestimmungen über die Reise- und Arbeitslosenunterstützung der internationalen Gewerkschaften Oesterreichs im XII. Band der neuen Folge der „Gewerkschaft“, auf Seite 266 bis 277.

\*\* Nr 6 vom 13. August 1910. Seite 184.

\*\*\* Einschliesslich Reiseunterstützung.

Unsere Zentralverbände im Deutschen Reich verausgabten direkt und indirekt zur Linderung der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1907 bis 1909 \* für:

	1907 Mk.	1908 Mk.	1909 Mk.
Reise . . . . .	869.148	1,184.353	1,125.829
Umzug . . . . .	275.716	290.157	281.231
Arbeitslose . . . . .	4,375.012	8,134.388	8,593.928
Kranke . . . . .	5,635.387	8,473.853	8,896.354
Notfälle . . . . .	467.707	508.976	547.174
Gemassregelte . . . . .	1,010.045	1,440.263	1,074.684
	12,635.015	20.031.990	20,519.200

Für die Jahre 1891 bis 1909 wurden von unseren Gewerkschaften im Deutschen Reiche bezahlt für:

	Mark
Arbeitslose . . . . .	34,112.885
Reisende . . . . .	10,393.441
Kranke . . . . .	36,004.701
Umzug, Not- und Sterbefälle . . . . .	8,553.798
Gemassregelte . . . . .	6,638.112
Invalide . . . . .	3,044.044

somit in diesen 19 Jahren fast 109 Millionen fast ausnahmslos zur Linderung der Arbeitslosigkeit, während diese „Streikbrüdervereine“ in der gleichen Periode für Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen 71,788.648 Mk. verwandten, somit noch nicht zwei Drittel der für die Unterstützung der Arbeitslosen aufgewendeten Summe.

1895 wurden noch nicht 200.000 Mk. (196.912 Mk.) für die Arbeitslosenunterstützung verwandt, 1909: 8,593.928 Mk. Im Jahre 1909 gewährten von 57 der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 42 Reise-, 28 Umzugs-, 39\*\* Arbeitslosen-, 48 Arbeitsunfähigkeits- (Kranken-), 34 Notfallunterstützung. Neben den Leistungen unserer Organisationen — es gilt dies noch weit mehr von Oesterreich — verschwinden die Leistungen der uns feindlichen Gewerkschaftsorganisationen für die Arbeitslosenunterstützung absolut wie relativ.

Es verausgabten für Arbeitslosenunterstützung:

	1908				1909			
	in Organi- sationen	mit Mit- gliedern	insgesamt Mk.	per Kopf Mk.	in Organi- sationen	mit Mit- gliedern	insgesamt Mk.	per Kopf Mk.
Zentralverbände . . . . .	43	1,314.243	8,134.388	6.19	42	1,438.984	8,593.928	5.97
Hirsch-Dunckersche Gewerk- vereine . . . . .	15	101.687	288.068	2.83	15	101.572	341.009	3.36
Christliche Gewerkschaften . . . . .	14	*192.443	*134.453	*0.70	13	*185.844	*195.536	*1.05

\* Inklusive der Reiseunterstützung.

Die Arbeitslosigkeit steht im Vordergrund der englischen Sozialpolitik. Im Jahre 1906 schreibt Theodor Rothstein\*\*\*: „Die Arbeitslosigkeit ist in England das wichtigste und meistdrückende Problem.“ Und zwei Jahre später, am 2. November 1908, schreibt B. Weingartz einen Artikel: „Das Problem der Arbeitslosigkeit in England“, der mit nachstehenden Sätzen † anhebt:

„Es gibt wohl kaum ein Problem, das in den letzten Jahren mehr im Vordergrund der öffentlichen Diskussion gestanden hat als die Arbeitslosigkeit . . . Allgemein

\* 6. Statistische Beilage des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Nr. 32 des 20. Jahrganges (13. August 1910), Seite 160 ff.

\*\* Nach Tabelle VII, 43 nach Tabelle XI in der angeführten statistischen Beilage des „Correspondenzblattes“.

\*\*\* Arbeitslosigkeit und Sozialismus in England. „Neue Zeit.“ XXIV. Jahrgang, 1. Band, Seite 398.

† „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.“ 18. Jahrgang, Seite 719.

wird die Notwendigkeit anerkannt, dass Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die schrecklichen Folgen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen . . .“

Die Vertreter der englischen Labour party haben John Burns mit den schwersten Vorwürfen bedacht, weil er die 5 Millionen Kronen, die er für Notstandsarbeiten zur Verfügung hat, in geradezu brutalreaktionärer Weise verwende. Im Parlament wie in der Agitation, immer wieder tritt die Forderung nach einer die Proletarier befriedigenden Lösung des Arbeitslosenproblems auf. Der internationale Kongress hätte sich wohl jedenfalls mit diesem wichtigen Gegenstand befasst, die Anregung dazu stammt aber von den englischen Vertretern im internationalen Bureau. In dem Lande mit den ältesten, ausgebautesten und reichsten Trades Unions und Hilfskassen wird die Linderung der Arbeitslosigkeit als die grösste staatliche Aufgabe betrachtet.

Heute versagt und ist fast vergessen das Mittel der künstlichen Förderung der überseeischen Auswanderung durch die Gewerkschaften\*. Kein neuer Markt wird bald zu gewinnen sein und die Auswanderung beschränkt sich immer mehr auf den ungelerten Arbeiter aus kulturell zurückgebliebenen Ländern. Ueberholt ist das, was Marx\*\* geschrieben hat, dass die beständige Ueberzähligmachung der Arbeiter in den Ländern der grossen Industrie die überseeische Auswanderung und Kolonisation fremder Länder befördert. Die Grenze der Möglichkeit weiterer Kolonisation besteht nun nicht mehr für England, die Welt ist verteilt, dieses Auskunftsmitel versagt. Grossbritannien als Auswandererland wurde von Deutschland und Skandinavien, diese nun von Oesterreich-Ungarn, Ost- und Südeuropa abgelöst. Die Bestimmungen in manchen Statuten der Trades Unions, dass sie Auswanderungsgeld ihren Mitgliedern gewähren, ist ein Ueberbleibsel aus vergangener Zeit, es hat praktisch seine Bedeutung verloren. Wohl aber steht unter den Leistungen der englischen Trades Unions die für die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung an erster Stelle. Dies gilt heute, wie es für 1897 galt, für welches Jahr die nachstehenden Zahlen vorliegen:\*\*\*

Leistungen und Ausgaben der 100 grössten Gewerkschaften:

	Es waren satzungsgemäss zu gewähren von wie viel Vereinen	Es wurden ausbezahlt			
		im Jahre 1897			In den Jahren 1892 bis 1897 einschliesslich insgesamt 230 Millionen Kronen. Hiervon entfielen in Prozenten auf
		insgesamt in Pfund Sterling*	das ist für jedes Mitglied		
			** Schilling	** Pence	
Streikunterstützung	100 Vereinen	434.000	8	2	20·3
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung	74 Vereinen	542.000	10	3	27·5
Kranken- und Unfallunterstützung	49 Vereine zahlten Kranken-, 44 Unfallgeld, 32 beides, 11 zahlen an Krankenhäuser	270.000	5	1	15·9
Sterbegeld	87 Vereinen	82.000	1	6	10·9
Altersgeld	40 Vereinen	152.000	2	10	8·3
Verwaltungskosten		305.000	5	9	17·1

\* 1 Pfund Sterling = 25 K

\*\* 1 Schilling = 1 K 17·5 h. 2 Penny = 10 h.

\* Marx I (4. Auflage), Seite 424, Anmerkung.

\*\* „Kapital“ I (4. Auflage), Seite 417.

\*\*\* Nostiz a. a. O., S. 237.

Wir sehen also als die finanziell am meisten in Erscheinung tretende Betätigung der Trades Unions die Leistungen für die Arbeitslosen, die von den Hilfskassen auch unterstützt werden.

Die starke Rückwanderung der letzten Jahre aus den Vereinigten Staaten belehrte uns, dass die ganz gewaltigen, alle aus Englands ärgsten Krisen Jahren bekannten Arbeitslosenzahlen in den Schatten stellenden Angaben über die Verheerungen der Arbeitslosigkeit während der letzten Krise in den Vereinigten Staaten den Tatsachen entsprochen haben dürften.

Fehlen uns für Oesterreich auch brauchbare Zahlen über die Arbeitslosigkeit — die Angaben der Gewerkschaften lassen bloss einen Bruchteil der Arbeitslosigkeit erkennen — so sagen uns die schweren Verluste unseres Bevölkerungsbestandes infolge überseeischer und innereuropäischer Auswanderung, dass wir das chronische Uebel der Arbeitslosigkeit mit unwiderbringlichen Verlusten an unserem höchsten Volksgut zu bezahlen haben.

\* \* \*

Wir sehen auf der einen Seite in fast allen Ländern eine uns mit Stolz erfüllende Entwicklung der Gewerkschaften, steigende Mitgliederzahlen, erhöhte Leistungsfähigkeit, finanzielle Kraft, wachsende Pflege der Arbeitslosenunterstützung, die alle anderen Zweige des Unterstützungswesens in den Hintergrund drängt und doch wird immer bedrohlicher der Umfang der Arbeitslosigkeit: die gewerkschaftlichen Machtmittel reichen als Gegengewicht gegen die Arbeitslosigkeit nicht aus. Betrachten wir das Problem vorerst nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt. Es ergeben sich uns dann vier Tatsachen:

- a) nicht alle, wenn auch die meisten Gewerkschaften des englisch-amerikanischen und des reichsdeutsch-österreichischen Typus zahlen Arbeitslosenunterstützung\*;
- b) alle Gewerkschaften zahlen erst nach Ablauf einer oft notwendigerweise nicht kurzen Karenzfrist die Arbeitslosenunterstützung\*\*;
- c) alle Gewerkschaften müssen die Dauer des Bezugsrechtes begrenzen\*\*\*;
- d) der grösste Teil der Arbeitslosen ist gewerkschaftlich nicht organisiert, die Tatsache ihrer nicht gelinderten Arbeitslosigkeit hemmt die gewerkschaftliche Aktion.

Nicht bloss im Interesse der Widerstandskraft des Proletariats, nicht nur, um die im Volke steckende Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten und um die Arbeiter vor körperlichem und geistigem Verfall zu bewahren †, müssen wir die Arbeitslosenversicherung verlangen, sondern auch weil die Gewerkschaften in der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und in der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gehemmt werden, wenn nichtunterstützte Arbeitslose den Arbeitsmarkt durch die Angebote ihrer Arbeitskraft bestürmen. Jeder Gewerkschafter sieht es ungerne, wenn der Nichtorganisierte, der für die Zwecke der Allgemeinheit nicht Mitstrebende, von der Arbeiterbewegung gefördert wird. Theoretisch bekämpfen wir alle die Unterstützung Nichtorganisierter, die durch einen Streik oder durch eine Aussperrung in Mitleiden-

\* Siehe die Angaben für die österreichischen Gewerkschaften in „Die Gewerkschaft“, Neue Folge, XII Band, Seite 230, für die reichsdeutschen 6. statistische Beilage des „Correspondenzblattes“, VII. Tabelle“, Seite 184, für die englischen H. v. Nostiz, „Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England“. Ein Vortrag zur sozialen Geschichte Englands (Jena 1900), Seite 237. Für die Schweiz schreibt E. Hofmann („Die Förderung der Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durch den Bund.“ Gutachten an das schweizerische Industriedepartement. Bern 1906, Seite 227): „Was in der Schweiz bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet worden ist... kann nie und nimmer als genügende Grundlage für feste und einheitliche Normen betrachtet werden.“

\*\* In Oesterreich beträgt die Karenzzeit für die mindeste Arbeitslosenunterstützung meist ein Jahr, bei einzelnen Verbänden 26, 40, 52, aber auch 104, 260 und mehr Wochen. Höhere Leistungen erst nach längerer Mitgliedschaft. Siehe „Gewerkschaft“, 1910, Seite 266 ff.

\*\*\* Im Deutschen Metallarbeiterverbände betrug im Jahre 1909 die durchschnittliche Arbeitslosigkeit für den Empfänger 6.2 Wochen, der Unterstützungsbezug 5.4 Wochen (siehe „Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1909. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder“. Stuttgart 1910. Selbstverlag des Verbandes. Seite 69). Natürlich ist diese Spannung bei den Ausgesteuerten viel grösser, denn die Mehrzahl der Arbeitslosen tritt schon nach 1 bis 3 Wochen aus dem Unterstützungsverhältnis.

† So definiert u. a. Molkenbuhr „Ein schweizer Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung“ („Neue Zeit“, XX. Jahrgang, 2. Band, Seite 694) den Zweck der Arbeitslosenversicherung.

schaft gezogen wurden und doch weicht, vielleicht zu oft, die Praxis von der Theorie ab. Die Arbeitslosenunterstützung Unorganisierter, die übrigens den Gewerkschaften nicht zur Last fallen soll, ist oft weit notwendiger als die der Organisierten, um mit Erfolg den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen. Würden wir mehr gewerkschaftliche Erfolge bei einer öffentlich-rechtlichen Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit erzielen können, so würde es den Gewerkschaften sicherlich diskutabel erscheinen, auf die stolze Stellung zu verzichten, die sie als die wichtigsten Träger der Arbeitslosenunterstützung errungen haben.

Wir müssen somit prüfen nicht das unbestreitbare Verdienst der Gewerkschaften um die Arbeitslosenversicherung, nicht den Nutzen, der sich aus dieser Unterstützungseinrichtung für die Gewinnung von Mitgliedern und für die Minderung der Fluktuation in den Gewerkschaften ergeben hat, wir müssen prüfen, wie nun die Arbeitslosenversicherung wirkt und weiter wirken dürfte. Jedem Feldherrn kostete es Ueberwindung, ruhmreich erobertes Gebiet wieder aufgeben zu sollen. Aber ein Bonaparte und ein Napoleon waren davor nicht zurückgeschreckt, wenn grössere und entscheidende Erfolge dies zur Voraussetzung gehabt hatten.

Die Arbeitslosenversicherung hat den Gewerkschaften sicherlich viel genützt, moralisch durch die Steigerung ihres Ansehens bei den Arbeitern, materiell durch die freilich oft nur scheinbare Zuführung gesteigerter Mittel und durch die innere Kräftigung des Mitgliederstandes, wenn auch, wie die Fluktuationen ziffern deutlich beweisen, manche Hoffnung und Voraussage sich nicht erfüllt hat. Heute sind die Gewerkschaften so sehr gekräftigt, dass sie auch auf die Arbeitslosenversicherung ohne jeden Schaden verzichten könnten. Die Gewerkschaften können die Arbeitslosenunterstützung als Anziehungsmittel für die Indifferenten entbehren. Mehr als jedes andere Agitationsmittel wirkt heute die Aussperrungstaktik der Unternehmer als Werbetrommel für die Gewerkschaften der Arbeiter. Das Scharfmachertum wirkt für die Einhegung der einmal Gewonnenen in den Gewerkschaften. Aber wir haben stets betont, dass die Arbeitslosenunterstützung ein gewerkschaftliches Kampfmittel oder doch zum mindesten Voraussetzung und oft notwendige Folge der Anwendung von gewerkschaftlichen Kampfmitteln sei. Diese Ueberzeugung ist bei mir nicht erschüttert, ich beharre bei der Ansicht, dass die Arbeitslosenunterstützung, soweit sie direkt oder indirekt gewerkschaftliches Kampfmittel bleibt, dem Aufgabenkreise der Gewerkschaften nicht entzogen werden darf. Wir werden neben der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenunterstützung immer noch der gewerkschaftlichen bedürfen. Aber die Fälle, wo die Arbeitslosenunterstützung den Gewerkschaften vorbehalten bleiben muss, bilden in der Regel nur einen verhältnismässig geringen Bruchteil der überhaupt in Betracht kommenden. Die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit sind Folgen der planlosen Produktion, hängen mit dem Wesen der kapitalistischen Produktion, mit der Akkumulation, mit der wachsenden Produktivkraft der Arbeit zusammen, dann aber auch mit den schweren Wirtschaftskrisen, die der kapitalistischen Produktionsweise charakteristisch sind.\* Hier liegt eine gesellschaftliche Verpflichtung und kein aus den Gewerkschaften erwachsendes Interesse vor, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Wohl aber muss die Gewerkschaft ergänzend eingreifen, wenn die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung den Beschäftigungslosen nötigen will, als Streikbrecher oder bei einer Aussperrung in einem von der Organisation bekämpften Betriebe seine Arbeitskraft anzubieten. Ebenso wird die Gewerkschaft dem Gemassregelten ihre und nicht die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenunterstützung zukommen lassen können. Die Gewerkschaft kann auch aus taktischen, aber nicht zutage liegenden, der Oeffentlichkeit verheimlichten Gründen einem Betriebe oder einer Gruppe von Betrieben die Arbeitskraft abschneiden müssen, dann wird natürlich die Gewerkschaft an Stelle der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenunterstützung einzugreifen haben. Die Gewerkschaft wird auch dann sich das Eingreifen in dieser Art vorzubehalten haben, wo nicht die von ihr für angemessen angesehenen Löhne bezahlt werden, wenn ihren Mitgliedern Arbeit zugewiesen wird, die sie sozial degradieren oder die sie in ihrer künftigen Arbeitsfähig-

\* Siehe in Marx' „Kapital“, I. Band (4. Auflage), Seite 593 bis 601, den Abschnitt: Progressive Produktion einer relativen Uebervölkerung oder industriellen Reservearmee.

keit, in ihrem Berufe hinunterdrücken würden, zugunsten eines Diamantenschleifers, der zum Eisbrechen gesandt wird, dürfte die Gewerkschaft mit ihrer Arbeitslosenunterstützung eingreifen. So wird die Macht der Gewerkschaft als kontrollierende und selbständig eingreifende Macht bedeutungsvoll verbleiben können, ja vielleicht noch wachsen, nachdem die Hauptlast der Arbeitslosenunterstützung den Gewerkschaften abgenommen sein wird. So sehr stets mit Recht auf den Wert und auf die Wichtigkeit des Unterstützungswesens hingewiesen wurde, so klar war es uns — wir haben dies in der Polemik gegen die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften stets betont — dass die Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften nie Selbstzweck, sondern stets ein direktes oder indirektes Hilfsmittel zur Erfüllung der Lebensaufgaben der Gewerkschaften sein soll. Eine Befreiung von der Bürde der Arbeitslosenversicherung, die den Gewerkschaften in absehbarer Zukunft kommen kann, würde nur ihr Tätigkeitsfeld ausdehnen. Nach einigen Jahren weiterer Entwicklung wird man den Gewerkschaften nicht mehr schaden können, wenn man ihnen die Arbeitslosenunterstützung abnehmen wird. Der Bismarcksche Plan, mit der Zwangsversicherung in den Arbeitern den Trieb zur Organisation abzutöten\*, hat sich als durchaus verfehlte Aufstellung erwiesen. Was in den Jahren 1881—1890 gegen die Gewerkschaften falsch geplant war, wird künftig ebenso wenig die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaften mindern, sie vielleicht im Gegenteil beflügeln.

Aber, so wird mancher einwenden, wir sehen das Genter System der kommunalen Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung langsam, aber doch stetig an Boden gewinnen, wir sehen in Dänemark\*\* die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen vom Staate anerkannt und finanziell gekräftigt durch Rückerstattung eines Drittels der Ausgaben für die Arbeitslosen. Wir erkennen im Genter System und im dänischen Beispiele zwei wichtige Feststellungen: Vor allem das Eingeständnis der öffentlich-rechtlichen Korporationen, dass sie für die Arbeitslosen zu sorgen haben, und die Anerkennung der Gewerkschaften als die verdienstvollen Träger der Arbeitslosenfürsorge. Man muss auch die Kehrseite der Medaille für die Gewerkschaften besehen. Die Subventionierung der Gewerkschaften wird in Frankreich nicht zum Vorteile der Entwicklung unserer Organisationen von Staat und Gemeinde gepflegt\*\*\*. Da ist eines der Vorbilder für Dr. Louis Varlez bei der Ausarbeitung seines berühmten Gemeinde-reglements zur Förderung der Arbeitslosenversicherung, des Genter Systems. Obgleich in Gent die Rechte der Arbeiter relativ sehr gut in dem Komitee zur Verwaltung des Arbeitslosenfonds gewahrt wurden, so fehlt doch die Selbständigkeit der Gewerkschaften. Doch wir wollen gerne zugestehen, dass das Genter System in seiner unverfälschten Form viele Vorzüge hat, aber wird eine allgemeine Uebertragung auf deutsche und österreichische Gemeinden nicht vielfach die Zumutung unerträglicher Einflussnahme und Abhängigkeit bringen? Die wenigen Gemeinden in Deutschland, die unter ausnahmsweisen persönlichen und sonstigen Verhältnissen das Genter System adoptiert haben, können nicht dieses Misstrauen unbegründet erscheinen lassen†. In Dänemark †† bedingte die Einführung eines Staatszuschusses eine völlige Trennung der Geschäftsführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung von den Gewerkschaftskassen. Es gibt noch manchen Gewerkschaftskassier, der in dem Bestande einer starken Arbeitslosenkasse einen zeitweisen Reservefonds sah und der in der absoluten Trennung der für die Arbeits-

\* Siehe Schmoedles Artikel „Gewerkschaften“ in der ersten Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften.

\*\* E. Br., „Von der Arbeitslosenversicherung in Dänemark“, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, XVIII. Band (1908), Seite 630.

\*\*\* In Dijon wurde vom Gemeinderat am 7. Oktober 1897 ein Reglement betreffend die Arbeitslosenkassen angenommen. Dieses sichert eine städtische Subvention den Gewerkschaften zu, die sich eine spezielle Beisteuer zur regelmässigen Speisung ihrer Arbeitslosenkassen auferlegen. (Hofmann, a. a. O., Seite 47.)

† Ueber diese kommunalen Einrichtungen in Deutschland, Belgien und der Schweiz informieren Jastrow und Badtke, „Kommunale Arbeitslosenversicherung, Denkschrift und Materialiensammlung, vorgelegt dem Magistrat Charlottenburg (vermehrte Buchausgabe) Berlin 1910, Georg Reimer“, Seite 38 ff. und 115 ff.

†† E. Br., a. a. O., Seite 630.

losenversicherung einlaufenden Gelder von dem sonstigen Vermögen des Verbandes keinen Fortschritt sieht. Den für Frankreich wohl geltenden Einwand, dass die staatlichen und kommunalen Subventionen der Gewerkschaften den Organisationen nicht zum Vorteil gereicht, das Beharren bei den kleinen Beiträgen ermöglicht hat, darf man auf die deutschen und österreichischen Gewerkschaften nicht anwenden, wohl kann man aber den Wunsch aussprechen, dass das ideelle Gut der vollkommenen Unabhängigkeit und Selbstverwaltung, der Fernhaltung jeder staatlichen Einmischung ungeschmälert erhalten werde. Als das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich am 1. Jänner 1900 in Kraft trat, wehrte sich die ganze Gewerkschaftsbewegung gegen die ihr von bürgerlichen Sozialpolitikern gemachte Zumutung, sich die Rechtsfähigkeit als eingetragener Verein auf Grund der neuen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu schaffen. Die Folgen wären vielleicht nicht so verhängnisvoll gewesen als die ständige finanzielle Beziehung und Kontrolle der gewerkschaftlichen Finanzen durch Staat und Gemeinde. Was darauf die einflussreichen Scharfmacher entwickeln könnten, wollen wir nicht niederschreiben. Jede Minderung der Kampffähigkeit und Schlagfertigkeit, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften würde den ganzen Charakter der Organisationen in Frage stellen.

Nicht auf die heute bestehende Arbeitslosenunterstützung soll verzichtet werden, es soll nur erwogen werden, ob die bestehenden ruhmvollen Einrichtungen der Gewerkschaften zum Anlass dienen dürfen, eine andere Regelung der Arbeitslosenfürsorge, die allen, auch den unorganisierten Arbeitslosen zugute kommen soll, zu hindern. Wie so oft, hat die Arbeiterschaft — hier die Gewerkschaften — der bürgerlichen Gesellschaft eine Pflichterfüllung abgenommen.

\* \* \*

Die Pflicht der Kapitaleigner, die Kosten der Arbeitslosenfürsorge zu tragen, dürfte ohne Widerspruch der Gewerkschaften, vom internationalen Kongress festgelegt werden. Schon vor 91 Jahren hat Simonde de Sismondi vorgeschlagen, die Unternehmer nach ihren Berufen in Genossenschaften zu organisieren, die dann für die Erhaltung aller feiernen Arbeiter ihres Gewerbebezuges aufkommen sollten. Er verwies darauf, dass der Unternehmer allen Gewinn aus der Tätigkeit seiner Arbeiter zieht, folglich auch für sie bei der Ungunst der Verhältnisse einzutreten hätte. Der Zusammenhang zwischen der Riesenentfaltung des Kapitalismus und der industriellen Reservearmee ist niemals schlagender als von Marx\* dargelegt. Die Arbeitslosigkeit ist eine ständige und untrennbare Erscheinung der kapitalistischen Grossindustrie. Ihr Umfang hat in den letzten Jahren in England und Deutschland, in Russland und in Oesterreich, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in denen Brasiliens, überall die schwersten Schäden hervorgerufen, überall den Ruf nach Abhilfe ertönen lassen. Wir gehen einer neuen Epoche der Maschinerisierung und damit der normalen Ersparung von menschlicher Arbeitskraft und der steigenden Mehrwertaneignung der Eigner der Produktionsmittel entgegen. Die Elektrisierung der Landwirtschaft, der Vollbahnen, der gesamten Industrie, die wachsende Akkumulierung sind die in bald kommenden Tagen wirkenden Erscheinungen. Da ist es höchste Zeit, die Unternehmer zu verpflichten, durch das Mittel öffentlich-rechtlicher Einrichtungen dem Uebel zu steuern, das zu ihrem Segen ins Ungemessene anwächst.

Wir kennen alle Schwierigkeiten der öffentlich-rechtlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge. Wir müssen den Einfluss der Arbeiter bei ihrer Verwaltung sichern, weil nur so in rascher, richtiger und sachverständiger Würdigung aller Schwierigkeiten ihre Ueberwindung möglich sein wird. Wir wollen den Gewerkschaften den Teil der Arbeitslosenversorgung vorbehalten wissen, der mit ihren gewerkschaftlichen Kämpfen und ihrem Streben verknüpft bleiben muss.

Die Gesellschaft hat eine Reihe Aufgaben lösen müssen, die ihr früher fremd, ja unfassbar waren. Wir haben den Kreis der alten Arbeiterversicherung theoretisch wenigstens ausgefüllt. Fast überall haben wir die Krankenversicherung, stets wurde ihr die Unfallversicherung beigegeben, in fast allen Ländern wird die Alters- und Invalidenversicherung der Lösung entgegengeführt, die Witwen- und Waisenversorgung wird ihr angefügt und so rückt, einer ganz begreiflichen Entwicklung folgend, das Problem

\* So zum Beispiel: „Kapital“, I. Band, 4. Auflage, Seite 418.

der Arbeitslosenversicherung in die erste Linie der dringlichsten sozialpolitischen Aufgaben. Es handelt sich da um ein unaufschiebbares Interesse der Gesellschaft, nicht bloss der Arbeiterklasse.

Dass die Lasten dieser von der Entfaltung des Kapitalismus ohne Schuld der Arbeiter verursachten Pflicht, die Arbeitslosigkeit zu lindern und zu mindern, den Unternehmern zugewiesen werden soll, wird zum logischen Schluss aus der ökonomischen Entwicklung. Der Staat muss der äussere Träger, die Arbeiter die bestimmenden Verwalter, die Unternehmer die Kostendecker der Arbeitslosenversicherung werden. Wir denken an eine alle Unternehmer treffende Umlage, die nicht bloss durch die Progression nach Einkommensstufen, sondern auch durch Differenzierung der Unternehmer nach der Verursachung der Arbeitslosigkeit ausgezeichnet werden soll. So sollten die Saisonbetriebe und die mit stark wechselnden Arbeiterzahlen, dann die mit Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, endlich die kontinuierlich arbeitenden Betriebe am stärksten innerhalb ihrer Einkommensklasse getroffen werden. Würde man zwei bis drei Jahre vor Inkrafttreten dieser Bestimmungen ihren Inhalt bekanntmachen, so würde man vielleicht ein kräftiges Mittel zur Verminderung der willkürlich von den Unternehmern erzeugten Arbeitslosigkeit gefunden haben. Man könnte starke Entlastungen der Leistungen für die Arbeitslosenfürsorge den Unternehmern gewähren, bei denen im Laufe des verflossenen Jahres Arbeiterentlassungen nicht vorkamen, die kürzer als ihre Konkurrenten arbeiten liessen und die Arbeitszeitverkürzungen einführen und bezahlte Urlaube gewähren, weiter für die, die über ein bestimmtes Verhältnis jugendlicher Arbeiter, beziehungsweise Lehrlinge nicht beschäftigen. So würde man zu einer Entlastung der Gesellschaft, zu einer regelmässigen Abnahme der Arbeitslosigkeit, zu einem ständigen Antriebe der Besserung der Arbeitsbedingungen, zu einer grösseren Sicherung der Arbeiter gelangen.

Das sind alles Mittel einfacher Art, die im Gefolge der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung, aber nur auf diesem Wege, zum sozialen Fortschritt führen.

Heute sind alle Sozialdemokraten und alle Gewerkschaftler einig über die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge, das Verlangen nach dieser ist getreten an Stelle der utopischen Forderung des Rechts auf Arbeit. Wir wissen, dass der internationale Kongress nur in der Verwirklichung unserer letzten Forderungen das Mittel sehen wird, dem schmachvollen Zustande der Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten, aber er wird es als die Pflicht aller Sozialdemokraten und Gewerkschaftler feststellen: die Unternehmer, die Staaten und Gemeinden zu einer einigermaßen befriedigenden, von den Arbeitern kontrollierten, die Armenpflege ersetzenden Arbeitslosenfürsorge zu zwingen.

---

## Franz Domes: Wohin steuert der tschechische Separatismus in der Gewerkschaft?

Mit dieser Frage, so hoffe ich, wird sich der am 28. August d. J. in Kopenhagen zusammentretende Sozialistenkongress wohl beschäftigen und sie wird auch von der umfangreichen Tagesordnung des österreichischen Gewerkschaftskongresses, der am 17. Oktober in Wien zu tagen beginnt, den breitesten Raum für ihre Erörterung beanspruchen.

Beide aber werden die Frage bereits beantwortet finden, vor allem durch zwei Tatsachen: einmal in einer neuen „Gewerkschaftstheorie“, begründet durch die Führer der tschechischen Sozialdemokratie, und dann in den Wirkungen, die die separatistische Propaganda gegen die Zentralgewerkschaften gezeitigt hat.

Nachdem Dr. Soukup den Typus des „tschechischen Sozialdemokraten“ geschaffen hatte, mussten Němec, Steiner, Tayerle und andere eine Theorie des tschechischen Gewerkschaftsseparatismus konstruieren, um damit die „geschichtliche Notwendigkeit“ ihres Zerstörungswerkes zu begründen, wenn auch die neu aufgestellten

„Grundsätze“ für die Gewerkschaftsorganisation jene von gestern über den Haufen warfen. Nichts bleibt ewig. Němec und Steiner wissen sich den „modernen“ Forderungen der Zeit anzupassen und ihr den schuldigen Tribut zu leisten.

Nur schade, dass diese Theorie der nationalen Gewerkschaft aus dem „Lidový palác“ der gesamten industriellen Arbeiterschaft, der tschechischen wie der deutschen und der aller übrigen Nationen, schwere Wunden schlägt und die Arbeiterschaft die Kosten bezahlen muss, indem sie von ihrer Wehrhaftigkeit einbüsst, sich ihre Kampfsmöglichkeiten gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker vermindern, so dass die Gewerkschaft überall dort, wo die separatistische Propaganda wirkt, überhaupt aufgehört hat, irgendwelchen bestimmenden Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse auszuüben.

Es hat in Oesterreich sehr lange gedauert, bis die Arbeiterschaft die Fähigkeit erlangt hat, solchen Einfluss zu gewinnen und geltend zu machen. Durch politische Rechtlosigkeit und gewaltsame Unterdrückung war die Arbeiterschaft bis 1890 überhaupt ausserstande, in Gewerkschaften im Sinne bestimmender Einflussnahme auf die Arbeitsbedingungen zu wirken. Der bis zu dieser Zeit herrschende Polizeigeist hinderte die Entwicklung der Gewerkschaften noch nach dem Ausnahmezustand. Die politische Unsicherheit zwang alle, die sich um die Wiederaufrichtung der durch den Ausnahmezustand zertrümmerten Gewerkschaften bemühten, vorsichtig zu Werke zu gehen. Es wurden Landesvereine und Fachvereine gegründet, die aber mit wenigen Ausnahmen eigentliche Kampforganisationen im Sinne unserer heutigen Gewerkschaftsorganisationen nicht werden konnten.

Der aus diesen Verhältnissen resultierende Separatismus und Partikularismus der Branchen- und Territorialorganisationen verhinderte noch lange die Vereinigung der Massen in den Gewerkschaften und führte dazu, dass am Gewerkschaftskongress im Jahre 1896 die Unionen noch abgelehnt wurden. Die Verhältnisse wirkten aber stärker als das ablehnende Votum des Gewerkschaftskongresses; die fortschreitende industrielle Entwicklung in Oesterreich, die furchtbar gedrückten Arbeitsverhältnisse zwangen zur Abwehr, aber die Organisationen boten für den Kampf keinen Rückhalt. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses drang durch, Reichsorganisationen wurden angeregt und der Gewerkschaftskongress von 1900 hat die Reichsverbände als anzustrebendes Ziel beschlossen. Sie wurden gegründet und sie vereinigten grosse Massen. Es begann eine Epoche des Kampfes und des sozialen Aufstieges, wie ihn die Arbeiterklasse Oesterreichs nie zuvor zu verzeichnen hatte. Die grossen Kämpfe der Maurer, der Textilarbeiter, der Holzarbeiter und der Metallarbeiter sowie vieler anderer galten bestimmten Zielen und sie wurden erreicht. Vor allem erhielten die gesetzlichen Bestimmungen für Arbeiterschutz erst jetzt Kraft. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 und 10 Stunden auf 10, 9 und 8 Stunden wurde errungen und vielfach der freie Samstagnachmittag erreicht, die Unternehmer mussten der Forderung der Minimallöhne entsprechen und Lohnerhöhungen eintreten lassen, die Arbeitsbedingungen wurden in Verträgen mit den Vertretern der Organisationen geregelt, es begann die Zeit, wo für die Arbeiterschaft die Erfolge ihrer Kämpfe sichtbar wurden — allerdings nicht in allen Industrieorten und Ländern in gleicher Weise. Am grössten waren die Erfolge in Niederösterreich, Mähren und zum Teil auch in Schlesien, am geringsten im tschechischen Gebiete Böhmens. Die Wortführer der tschechischen Organisationen, der politischen wie der gewerkschaftlichen, hatten immer verstanden, die tschechische Arbeiterschaft zu isolieren. Obwohl „prinzipiell“ für die Zentralorganisationen, haben sie immer zu verhindern gewusst, dass die Reichsorganisation wirkt, wo die Grenzen des tschechischen Sprachgebietes in Böhmen beginnen. Nur diese Wortführer trifft die Schuld, dass im grössten und wichtigsten Industriegebiete Oesterreichs, in Böhmen, die tschechischen Arbeiter nicht in gleicher Weise des von der Arbeiterschaft Eroberten teilhaftig wurden, weil die Vorbereiter der separatistischen Bewegung verhinderten, dass die tschechischen Arbeiter an den gewerkschaftlichen Kämpfen teilnehmen konnten und weil sie durch die stete Betonung des separatistischen Standpunktes verhinderten, dass den Kämpfenden die Führung und Unterstützung der Gesamtheit gegeben wurden.

Als die Tatsachen schliesslich doch stärker wurden als die „Argumente“ der tschechischen Arbeiterführer und die Vereinigung in Reichsverbände sich trotzdem durch-

setzte und nahe daran war, unter Genossen Roušar verwirklicht zu werden, da setzte von neuem die Gegenagitatio ein. Die Argumente gegen die Reichsorganisationen wurden verschieden eingekleidet. Einmal hiess es, der Verband tue zu wenig für Böhmen, ein andermal wollte man eine andere Form der Zentralisation, ein drittes Mal berief man sich auf Argumente, deren Berechtigung die Bedürfnisse der tschechischen Arbeiter aufs glänzendste widerlegt haben. Es kam der Amsterdamer Zwist, und nun war es für jeden Eingeweihten klar, dass man nach „Argumenten“ suchte, um die Spaltung „sachlich“ zu rechtfertigen. Dass sie nicht stichhaltig waren, ist dadurch schon bewiesen, dass wir in allen gesprengten Zentralorganisationen den grösseren Teil der tschechischen Mitglieder behalten haben, die von den autonomen Verbänden nichts wissen wollen.

Wie sachlich, wie gerecht die Beweggründe der Spaltung waren, konnte am deutlichsten im Oesterreichischen Metallarbeiterverbande gesehen werden, wo man aus dem ärgsten Disziplin- und Solidaritätsbruch — als etwas anderes konnte die Verweigerung der Beiträge an den Widerstandsfonds nicht gewertet werden — eine Rechtfertigung für die Sprengung dieser Organisation schmiedete. Im Handumdrehen war aus der Forderung, dass jedes Mitglied der Organisation auch gleiche Pflichten zu erfüllen habe, eine böswillige Verfolgung der tschechischen Arbeiter und eine Verletzung der tschechischen Autonomie geworden. Das Streikrecht und die Streikmöglichkeit sollte nicht von der ökonomischen Gegensätzlichkeit von Arbeit und Kapital abgeleitet, sondern nur vom Gesichtspunkte der nationalen Gewerkschaft aus entschieden werden.

Von der Binsenwahrheit, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft ist international, also muss auch der Schutz der Arbeiter gegen die Ausbeuter und Unterdrücker international sein, ausgehend, kommen die Begründer und Erklärer des tschechischen Gewerkschaftssepäratismus zu dem Schlusse, dass Reichsgewerkschaftsverbände auf „nationaler“ Grundlage der sicherste Schutzwall der internationalen Arbeiterorganisation in Oesterreich, der stärkste Schutz gegen internationale Ausbeutung und Unterdrückung sein werden. Einzig und allein auf diese Weise kann zweckmässig und sozialistisch die Frage der Internationalität in der Gewerkschaftsorganisation und in der Arbeiterbewegung überhaupt gelöst werden. Es wird wohl von einigem Interesse sein, zu sehen, wie man nach dieser Feststellung zu solchem Schlusse gelangen kann. Nach Uebersetzungen, die ich mir besorgen lassen musste, weil ich der tschechischen Sprache unkundig bin, ist der Gedankengang des Genossen Němec, des wissenschaftlichen Erklärers der neuen Gewerkschaftstheorie, etwa folgender:

„Die Regierungen der Staaten ohne Unterschied der Regierungsform fühlen sich als Exekutivorgane der kapitalistischen Klassen, was besonders bei Lohnkämpfen zutage tritt. Die wichtigste Obliegenheit der Regierungen ist der Schutz der kapitalistischen Politik. Dieser Anschauung begegnet man auch bei den untergeordneten Aemtern. Wenn die Stellung der Regierungen und Behörden hie und da nicht so schroff ist, ist das einzig und allein der Kraft und dem Einfluss zuzuschreiben, den sich die Arbeiterschaft durch ihre Organisation erzwungen hat. Noch schärfer tritt der wahre Charakter der Gewerkschaftsorganisationen in wirtschaftlicher Hinsicht oder in der Lohnfrage hervor. Wenn beispielsweise die deutschen Arbeiter höheren Lohn erreichen, so müssen sie darauf drängen, dass desselben Erfolges auch möglichst schnell die tschechischen und die übrigen Arbeiter teilhaftig werden; sonst schweben sie immer in der Gefahr, ihrer Errungenschaften durch den Druck der Konkurrenz verlustig zu werden oder wenigstens nicht vorwärts zu kommen. Je vorgeschrittener der Arbeiter ist, um so grösser ist natürlich sein Interesse daran, dass die ganze Arbeiterschaft auf dem gleichen wirtschaftlichen Niveau stehe wie er, um nicht durch die Konkurrenz geschädigt zu werden. Dies zu erreichen, ist die Gewerkschaft das beste Mittel. Deswegen ist es die oberste Pflicht der Arbeiterschaft, alle Arbeiter in den Gewerkschaftsorganisationen zusammenzufassen und mit ihrer Hilfe sie dann mit der Arbeiterschaft aller Völker und Weltteile zu gleichmässigem Vorgehen in der Offensive zu vereinigen.

Dieses Ziel vermag die Gewerkschaftsorganisation nur dann zu erreichen, wenn sie genügend Werbekraft für die Arbeiterschaft hat und ihr ein Schutz in allen ihren Interessen und wachsenden Bedürfnissen ist.

Bisher waren die Gewerkschaften bescheiden und steckten sich nicht weite Ziele. Bis jetzt haben wir es nur mit den primitiven Anfängen der Arbeiterbewegung überhaupt zu tun. Und doch braucht die Arbeiterschaft heute ausser höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit auch andere Dinge. Zur praktischen Lösung ihrer Aufgaben braucht die Arbeiterschaft in erster Linie politische und bürgerliche Rechte. Die Gewerkschaftsorganisation streift ihren einseitigen Charakter der blossen Vorschule für den Sozialismus ab und wird eigentlich in Verbindung mit der politischen Arbeiterorganisation zur praktischen Anwendung des Sozialismus. Daraus geht hervor, dass die Gewerk-

schaftsorganisation den weitesten Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter angepasst werden muss. Auf keinen Fall dürfe man zulassen, dass sie zu Unterstützungsschablonen werden oder bloss Streikpolitik betreiben. Wohin Einseitigkeit führt, hat man an den Engländern gesehen.

Die Gefahr ist ja in Oesterreich, wo die Gewerkschaften von der politischen Partei genährt und erhalten werden, nicht gross; hier können die Gewerkschaften nicht anders denn sozialdemokratisch sein. Und für die Sozialdemokratie gilt ihr Programm, das nationale Vorrechte verurteilt. Diese Anschauung kann doch nur besagen, dass jeder Nation alle Bedingungen zur ungehinderten Entwicklung geboten werden müssen und keine Nation darf sich das Recht anmassen, die anderen zu beherrschen und ihnen in der freien Entwicklung hinderlich zu sein. Das wird in der politischen Organisation im grossen und ganzen auch praktiziert. In den Gewerkschaften soll es nach der Meinung der deutschen Genossen anders sein. Die Gewerkschaftsorganisation richtet sich angeblich nicht nach irgendwelchen nationalen oder politischen Interessen, sondern einfach nach den gewerkschaftlichen.

Alle Gewerkschaftsorganisationen müssen dem starren Zentralismus der Reichsvereine unterliegen, die ihren Sitz in Wien haben und in der Reichskommission, die wiederum in dem für eine deutsche Stadt ausgegebenen Wien ihren Sitz hat, vereinigt sind.

So werden die Organisationen zu blutleeren Institutionen, die unter der fachmännischen Leitung zu blossen Versicherungsinstitutionen werden, die allerdings auch dem tschechischen Arbeiter für gewisse Einzahlungen eine gewisse Unterstützung auszahlen würden, aber ihn sonst zwingen würden, alle seine übrigen Interessen und Bedürfnisse zurückzustellen oder aber sich den Spezialinteressen der deutschen Genossen unterzuordnen.

Die tschechische Sozialdemokratie soll jetzt endgültig geteilt werden in einen gewerkschaftlichen, von Wien aus geleiteten und in einen autonomen politischen Teil. Alsbald müsste es zu einer vollständigen Trennung beider Teile kommen und in weiterer Konsequenz zur Streichung der tschechischen Sozialdemokratie aus der Internationale. Auf der ganzen Welt gibt es kein ähnliches Beispiel, dass die stark entwickelte Arbeiterbewegung einer Nation sich bedingungslos der Führung durch eine andere Nation, die nicht viel stärker ist, unterwerfe.

Das kann keine Nation, geschweige denn ein Sozialdemokrat ertragen. Wir organisieren uns nicht, um uns von unserer nationalen Kultur zu trennen, sondern sie im demokratischen Sinn bis zu ihrer Sozialisierung zu fördern. Sozialismus bedeutet nicht Negierung und Ertötung der Nationen, sondern ihre Stärkung, Vervollkommnung und Veredelung.

Und so muss jeder, der eine starke und kampffähige Bewegung in Oesterreich haben will, zu ihrer inneren Stärkung gleicherweise bei allen Nationen arbeiten und muss diesen ermöglichen, dass sie ihrer inneren Kraft auch äusserlich Ausdruck geben können. Bei der tschechischen Arbeiterschaft wird die Gewerkschaftsbewegung nur dann gesunden Boden haben, wenn sie ihr Schutz und Hilfe in allen ihren Lebensbedürfnissen und Interessen sein wird, wenn sie ehrlich die Grundprinzipien des gemeinsamen sozialdemokratischen Programms erfüllen wird.“ ....

Ich muss gestehen, mir war etwas kraus, als ich mit dieser Wissenschaft Bekanntschaft machte. Mein bescheidener Geist konnte nicht erfassen, dass, nach der Charakterisierung des kapitalistischen Staates und der Rolle, die die Arbeiterschaft in demselben zu spielen gezwungen ist, ein „alter Gewerkschafter“, als der sich Němec vorstellt, zu solchem Schluss kommen kann. Wie auf die Konstatierung der Tatsachen, dass die Regierungen der Staaten, wie Lassalle viel präziser als Němec schon gesagt hat — ich bitte für diesen Vergleich um Verzeihung — die Vollzugsausschüsse der kapitalistischen Klassen sind, dass die Ausbeutung und Unterdrückung international ist — von den internationalen Vereinigungen der Unternehmerverbände hat Němec keine Notiz genommen — die Forderung nach der Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisationen nach Nationalitäten, folgt unbekümmert ob für geschlossene Sprachgebiete oder für vielsprachige — denn, man beachte wohl, die neue Gewerkschaftstheorie verlangt, dass jeder einzelne Arbeiter auf seine Angehörigkeit zur Nation erst geprüft und in die nationale Gewerkschaft eingereiht werden soll, wenn Herkunft und Abstammung klar gestellt sind — das zu begreifen vermag ich nicht und mit mir die vielen Tausende, die sich gegen die Zertrümmerung unserer Gewerkschaftsorganisation kehren. Noch unverständlicher bleibt aber der Hinweis darauf, dass die deutschen Arbeiter, wenn sie höheren Lohn erreichen, darauf drängen müssen, dass die gleichen Erfolge auch möglichst schnell die tschechischen und die übrigen Arbeiter erringen, wenn ihnen nicht Gefahr drohen soll, das Eroberte wieder zu verlieren. Abgesehen davon, dass nur deutsche Arbeiter in fast keinem Gebiet der entwickelteren Industrien Oesterreichs sind und die deutschen Gegenden vornehmlich mit tschechischen Arbeitern durchsetzt sind, also weder für Deutsche noch Tschechen Erfolge zu erringen waren, sondern nur für die gesamte Arbeiterschaft, ist wohl die Frage erlaubt, ob nicht die Zentralorganisationen gerade in dieser Hinsicht das grösstmögliche geleistet und in der Erfüllung dieser Aufgaben ihren Hauptzweck gesucht und gefunden haben? Und ob dieser Zweck

vielleicht nicht nur durch die Reichsgewerkschaften erreicht werden konnte? In der Reichsorganisation ist der Boden für die unbedingte Solidarität erst geebnet und der Kampf der einzelnen wie aller, gestützt auf die aufgebrauchten Mittel und die hierdurch verbürgte praktische Betätigung der Solidarität, erst möglich geworden. War es denn nicht der tschechische Standpunkt, der dies vereitelte, sofern es nicht gelang?

Was Němec nun im weiteren über das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation zu sagen weiss, ist vorläufig noch Utopie und wird um so weniger Wirklichkeit, je mehr die separatistische tschechische Propaganda einsetzt. Sie untergräbt den Boden der Solidarität, auf dem allein das Proletariat zur Geltung kommen kann, spaltet seine Reihen, macht die eigenen Klassengenossen zu Gegnern, raubt ihnen die Zuversicht an ihre Mission, zerfrisst die Wurzeln am Stamme ihrer Daseinsbedingungen, und das alles im Namen nationaler Kulturbestrebungen.

Was die separatistische Propaganda noch zu sagen weiss, von tschechischer Unterdrückung durch die Deutschen in der Reichsgewerkschaft, vom Zurückstellen tschechischer Spezialinteressen, vom Unterordnen unter die Deutschen, von endgültiger Teilung der tschechischen Sozialdemokratie in eine gewerkschaftliche und politische, in eine von Wien geleitete und eine autonome und den hieraus sich ergebenden Folgerungen für die tschechische Sozialdemokratie ist eine einfache Fälschung von Tatsachen. Jeder Jünger der separatistischen Glaubenslehre weiss zu gut, dass das Gegenteil ihrer Behauptungen richtig ist, weiss, dass die Reichsverbände allen Bedürfnissen in Bezug auf die mündliche oder schriftliche Propaganda den Angehörigen aller Nationen gerecht zu werden versuchten und gerecht wurden. Auch den Ansprüchen ihrer Kulturbestrebungen wurde, soweit dies in der Gewerkschaft zu tun nur immer möglich war, im weitestgehenden Sinne entsprochen.

Der Oesterreichische Metallarbeiterverband hat alle erdenkliche Mühe aufgewandt, um alle seine Einrichtungen jedem in seiner Muttersprache zu gewährleisten, sie sind für die Tschechen wie für die Deutschen gleich und auch die Vertretung in den entscheidenden Verwaltungskörpern so auch im Vorstand war gleich, und doch war der Metallarbeiterverband eine der ersten Organisationen, an der die Sprengung mit Minen des tschechischen Separatismus erprobt wurde. Sie gelang nicht zur Zufriedenheit der Mineure, der weitaus grössere Teil der tschechischen Arbeiterschaft Mährens ist im Reichsverbände verblieben und ein grosser Teil der organisierten Metallarbeiter in Böhmen folgt den Verheissungen der zersplitternden Theorie nicht. Je grösser der Misserfolg der Organisationszertrümmerer ist, desto schlimmer ihr Aerger und desto heftiger werden die Angriffe unserer separatistischen Freunde gegen die Verfechter der Zentralorganisation. Die Mittel im Kampf um die ZerreiSSung der Organisation sind Verleumdungen und Verdächtigungen nicht nur der deutschen Zentralisten, sondern auch jener Tschechen, die es wagen, den Gedanken gewerkschaftlicher Organisationseinheit zu verteidigen.

Wohin steuert der tschechische Separatismus? — — —

---

## Ferdinand Hanusch: Die separatistische Bewegung unter den Textilarbeitern

Die Textilindustrie in Oesterreich ist, wie auch in vielen anderen Staaten, die älteste Industrie dieses Staates. Der mechanische Webstuhl und die Spinnmaschine haben die alten Produktionsformen rasch verdrängt, die Selbständigen proletarisiert und auf diese Weise den Boden für die moderne Arbeiterbewegung geschaffen. Als Ende der Sechzigerjahre der Gedanke des Sozialismus auch über die schwarzgelben Grenzpfähle kam, war es neben der Wiener Arbeiterschaft die Textilarbeiterschaft Böhmens, Mährens und Schlesiens, die sich zuerst an der Bewegung beteiligte und Organisationen schuf. In allen grösseren Industrieorten entstanden die sogenannten Manufakturarbeitervereine, so genannt, obwohl die Produktion in der Textilindustrie über die Manufaktur

periode längst hinausgekommen war. Aber damals zerbrach man sich nicht den Kopf über die Form. Man wollte organisiert sein, wollte ein gesetzliches Bindeglied für den Ort haben, das genügte. Diese selbständigen, auf einen Ort beschränkten Vereine konnten den Klassenkampf gegen das Unternehmertum nicht aufnehmen, sie konnten die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht heben, sie waren vielmehr der Sammelpunkt der im Orte ansässigen Genossen, sie ersetzten der Arbeiterschaft die politische Organisation.

Erst zu Anfang der Neunzigerjahre schritt man zur Gründung von sogenannten Landesvereinen, da man sich mittlerweile überzeugt hatte, dass die kleinen, auf einen Ort beschränkten Vereine ihren Zweck nicht erfüllen konnten. Es entstand ein Landesverein für Niederösterreich; ein tschechischer für Böhmen mit dem Sitze in Prag; ein deutscher für Böhmen mit dem Sitze in Reichenberg und ein tschechisch-deutscher mit dem Sitz in Brünn. Ein für Schlesien geschaffener Landesverein mit dem Sitze in Bielitz kam über Bielitz nicht hinaus. In den Neunzigerjahren waren also die Organisationen national getrennt. Wenn die heutigen Separatisten mit ihrer Argumentation recht hätten, dann müsste in diese Zeit die Blütezeit der Textilarbeiterbewegung fallen. Was sahen wir aber? Diese Landesvereine waren nicht einmal in der Lage, die bestehenden örtlichen Vereine aufzusaugen, sie führten ein kümmerliches, von niemand beachtetes Dasein und waren froh, wenn die Einnahmen für die aufgelaufenen Verwaltungskosten ausreichten. Ausser dem deutsch-böhmischen Landesverein waren alle zur Machtlosigkeit verurteilt, da von einem Kampfe mit dem Unternehmertum bei den leeren Kassen keine Rede sein konnte. Wohl wurden Kämpfe geführt. Aber nicht Kämpfe, die der eigenen Kraft entsprangen, sondern es war ein blindes Losschlagen, rechnend auf die Solidarität anderer Branchen.

Im Jahre 1901 wurde die Union der Textilarbeiter Oesterreichs gegründet. Man hätte nun glauben können, dass durch eine jahrzehntelange Organisationsarbeit, wo jede Nation ihre uneingeschränkte Aktionsfreiheit hatte, Zehntausende Mitglieder in den verschiedensten Vereinen sein müssten. Als alle Landes- und selbständigen Vereine aufgelöst waren, zählte die Union 4600 Mitglieder. Das war das Resultat der vielgepriesenen Aera der nationalen Autonomie! Eifrige Agitationsarbeit, günstige Konjunkturverhältnisse, erregte politische Zeiten, alles wirkte zusammen, um in wenigen Jahren von den rund 400.000 organisierbaren Textilarbeitern- und Arbeiterinnen Oesterreichs 51.000 zu organisieren. Wer die Textilarbeiterschaft kennt und weiss, dass in dieser Branche 60 Prozent Frauen und Mädchen und ein grosser Prozentsatz jugendlicher, für ernste Organisationsarbeit schwer zu gewinnender Arbeiter beschäftigt sind, der wird die agitatorischen und noch mehr die organisatorischen Schwierigkeiten begreifen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten wurden in acht Jahren für 140.000 Branchenangehörige bessere Arbeitsbedingungen erkämpft und über 1,000.000 K an Streikunterstützung ausbezahlt, neben all den anderen Unterstützungen, die ich hier nicht anführen will. Die Arbeit ging in schönster Harmonie von statten. Weder die Deutschen noch die Tschechen hatten irgendwelche ernste Beschwerden; wären welche dagewesen, so wären sie gewiss auf den Verbandstagen zum Ausdruck gekommen. Wahr ist, dass in der ersten Zeit des Bestandes der Union den sprachlichen Bedürfnissen nicht so Rechnung getragen werden konnte, wie wir gewünscht hätten. Eine im Werden begriffene, finanziell schwache Organisation kann nicht allen Wünschen sofort entsprechen, zumal nicht bloss die Tschechen, sondern auch Polen, Italiener und Slowenen in Frage kamen. Aber eigentümlich, gerade in der Zeit, in welcher mancher Wunsch der Tschechen hinausgeschoben werden musste, war von einer separatistischen Bewegung unter der tschechischen Arbeiterschaft nichts zu spüren. Jetzt erst, wo schon seit Jahren die Wünsche der tschechischen Arbeiterschaft befriedigt sind, entdeckt man, dass die Zentralorganisation den sprachlichen Bedürfnissen nicht Rechnung trage, daher das „deutsche Joch“ abgeschüttelt werden müsse!

Was kommt zur Befriedigung der sprachlichen Bedürfnisse in Frage? Presse, Bibliothek, Agitation, Geschäftsformulare und Beamte. Untersuchen wir, ob die Union ihre Pflicht erfüllt hat! Die Tschechen haben ein eigenes Blatt, den „Textilnik“, welches von einem tschechischen Redakteur geschrieben und geleitet wird. Die tschechischen

Gruppen bekommen von den Parteibuchhandlungen zusammengestellte tschechische Bibliotheken zur Weiterbildung der Mitglieder. Alle Geschäftsformulare für tschechische Funktionäre sind tschechisch, mit Ausnahme der Reiselegitimationen und der Mitgliedsbücher, welche deutsch und tschechisch sind, und zwar aus folgendem Grunde: Sehr viele tschechische Mitglieder verlassen die schlechtbezahlte Arbeit in der Heimat und wandern nach Deutschland aus. Um diese Mitglieder in Deutschland vor Schwierigkeiten zu schützen, sind diese beiden zur Reise notwendigen Behelfe doppelsprachig, also im Interesse der tschechischen Mitglieder selbst. Nun die Beamten! Wir hatten mit Jahreschluss 1909 37.000 deutsche und 6000 tschechische Mitglieder. 28 Beamte besorgen die Geschäfte der Union. Davon sind 20 Deutsche und 8 Tschechen. Es kommt also auf fast 2000 deutsche Mitglieder ein deutscher und auf 750 tschechische Mitglieder ein tschechischer Beamter. Die tschechischen Beamten der Provinz werden aber den Mitgliedern nicht vom Unionsvorstande oktroyiert, sondern in den dazu einberufenen Konferenzen von den tschechischen Delegierten gewählt. Das hindert die tschechische Parteipresse allerdings nicht, „von den von Wien bezahlten Sekretären“ zu schreiben. Im Zentralvorstande sowie in der Kontrolle sitzen tschechische Mitglieder. Alle Korrespondenzen werden tschechisch erledigt, kurz, es bekommt ein tschechisches Mitglied kein deutsches Wort zu hören und kein deutsches Schriftzeichen vor die Augen und trotzdem sind sie angeblich „national unterdrückt“!

Der separatistische Verband in Brünn wurde gegründet, ohne auch nur bei der Union anzufragen, ob sie die Forderungen der tschechischen Mitglieder — die wir bis heute noch nicht kennen — zu erfüllen geneigt ist. Ja, wir gingen nach weiter. Unser Beamter in Prag liess durch den Sekretär der Prager Gewerkschaftskommission in Brünn anfragen, auf welcher Basis ein Frieden möglich wäre. Unser Beamter bekam vom Sekretär der Kommission die Antwort, dass ihm der Genosse Toušil aus Brünn mitgeteilt habe, dass die Separatisten auf einen Frieden nicht eingehen.

Am 3. Juli 1910 tagte in Deutschbrod (Böhmen) eine Textilarbeiterkonferenz, auf welcher im Beisein unseres tschechischen Sekretärs, Genossen Březina, der separatistische Referent erklärte: „Wir haben gegen die Union nichts einzuwenden, können auch keine Wünsche vorbringen, da uns dieselben befriedigt wurden. Wir wissen auch, dass wir in der separatistischen Organisation schlechter daran sein werden als in der Union. Aber es ist der Zug der Zeit, dem wir folgen müssen, selbst wenn es unser Schaden ist.“ Solche Beispiele könnten noch viele angeführt werden. Trotzdem hat der neugewählte Obmann des separatistischen Verbandes, Genosse Indraček, nicht unterlassen, folgendes Schreiben an alle tschechischen Ortsgruppen zu senden:

„Die Union mit ihrem Sitze in Wien war schon längere Zeit ein Gegenstand der Beschwerden innerhalb der Reihen der tschechischen Arbeiter. Die streng zentralistische Form wurde von den deutschen Genossen zu ihrem Vorteil ausgenützt, um die tschechische Textilarbeiterschaft hat man sich in der Zentralorganisation keineswegs gekümmert und auch für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse wurde nicht gesorgt, wie wir es gebraucht hätten.“

„Die streng zentralistische Form wurde von den deutschen Genossen zu ihrem Vorteil ausgenützt.“ Wo Beweise fehlen, stellen sich zur rechten Zeit Verdächtigungen ein. Ich behaupte wohl nicht zu viel, wenn ich sage: Zur Zerreiſung der Organisation der Textilarbeiter fehlte jeder sachliche Grund — wie er auch anderen Branchen fehlte — sie hat sich nur vollzogen, weil selbst die an der Spitze der tschechischen politischen Partei stehenden Parteigenossen sich über das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaft und umgekehrt nicht im klaren sind, wie folgender Beschluss der Landeskongress der tschechischen Sozialdemokratie, welche zu Pfingsten 1910 in Prag tagte, beweist:

Es wird der „Wille und Grundsatz“ ausgesprochen, dass „ein fester Zusammenschluss der gewerkschaftlichen Bewegung mit der politischen Partei erzielt werden soll, wozu man um so sicherer gelangen kann, wenn sich die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ihre autonomen Gewerkschaftsorganisationen stützen wird, wie dies bei den Genossen anderer Nationen, Länder und Staaten der Fall ist.

Es ist ein Lebensbedürfnis für unsere Partei, dass dieser Grundsatz zum leitenden Losungswort unserer ganzen Partei und aller Parteigenossen werde, was für die Entwicklung und die Erfolge des tschechischen organisierten Proletariats höchst wünschenswert ist.

Wenn solche Beschlüsse vorliegen, dann ist es allerdings für den einzelnen Arbeiter ja für ganze Organisationen schwer, Zentralisten zu bleiben, wenn man nicht gegen die Partei remonstrieren will. Der Arbeiter wird vor die Alternative gestellt: entweder mit der Partei, an der er mit Leib und Seele hängt, zu brechen oder sich einer Organisation anzuschliessen, von der er innerlich überzeugt ist, dass sie seinen Wünschen nicht Rechnung tragen kann. Und derartige Experimente macht man zu einer Zeit, in der von der tschechischen Textilarbeiterschaft keine drei Prozent organisiert sind. Die kleinen, hoffnungsvollen Ansätze werden zersprengt, in alle Winde zerstreut und übrig bleibt ein Trümmerfeld.

Und die Zukunft? Die Unternehmer können sich ins Fäustchen lachen. Für viele Jahre ist jeder ernste wirtschaftliche Kampf in den von den Separatisten verheerten Gebieten unmöglich. Eines Phantoms wegen opfert man die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. Ob diese das auf die Dauer ertragen werden? Gerade in den tschechischen Gebieten Oesterreichs wäre es notwendig, dem Proletariat unter die Arme zu greifen. Gerade dort sind die elendesten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Arbeiter, die in Niederösterreich einen Minimallohn von 30 K wöchentlich haben, verdienen in dem tschechischen Böhmen bei derselben Arbeit 2 K per Tag, obwohl sie zwei Stunden täglich länger arbeiten müssen. Kein Wunder, dass alle diejenigen, die sich noch retten können, auswandern und in der Fremde besseren Arbeitsbedingungen nachjagen. Aber nicht bloss der tschechische Arbeiter ist durch die Zersplitterung der Organisation geschädigt. Bei den heutigen Konkurrenzverhältnissen kann der besser situierte Arbeiter seine Position auf die Dauer nicht behaupten, wenn die rückständigen Betriebe nicht zum Nackrücken gezwungen werden. Wenn in den tschechischen Teilen von Böhmen und Mähren die Lebensbedingungen nicht gehoben, die Arbeitsverhältnisse nicht gebessert werden, wird auch der deutschen Arbeiterschaft der Klassenkampf furchtbar erschwert. Erschwerend ist noch der Umstand, dass die tschechische Arbeiterschaft auch in vielen deutschen Gegenden Oesterreichs ihr Brot zu suchen gezwungen ist, woraus ihr niemand einen Vorwurf macht. Statt nun dort die Massen zu organisieren, um Schulter an Schulter mit den deutschen Genossen gegen den Kapitalismus anzukämpfen, wirft man die Brandfackel der Organisationsfrage in die Massen.

Steine werden in den schönen, blühenden Garten geworfen, während die hungernde Masse schon vor ihm steht und mit Sehnsucht auf die Ernte wartet.

---

## Anton Schrammel: Die separatistische Bewegung in der chemischen Industrie

Wie in allen Gewerkschaftsverbänden Oesterreichs, so wurde auch im Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie von den tschechischen Separatisten die Trennung seit langer Zeit vorbereitet und schliesslich brutal durchgeführt, obwohl unsere tschechischen Vertrauensmänner bis kurz vor der am 26. und 27. Mai abgehaltenen Generalversammlung erklärt hatten, dass sie aus dem Zentralverband nicht austreten werden, weil die tschechischen Arbeiter in jeder Weise als gleichberechtigt behandelt werden und daher keine Ursache zur Trennung vorhanden sei. Diese gewaltsame Zerreissung unseres Zentralverbandes ist für die separatistische Bewegung der tschechischen Genossen besonders charakteristisch, weil ihnen der Zentralverband alle notwendigen Behelfe zur Agitation und Organisation innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft der chemischen Industrie gegeben, alle ihre Bedürfnisse befriedigt hatte, so dass die ganzen Jahre hindurch nicht die geringste Klage von ihrer Seite zu verzeichnen war. Der Obmannstellvertreter des Verbandes Josef Heis hatte in der am 3. April d. J. stattgefundenen Konferenz der tschechischen Ortsgruppen Mährens in seinem Referat ausdrücklich erklärt, dass sie, die tschechischen Vertrauensmänner unseres Verbandes in

Prag, mit dem Zentralvorstand nie in Konflikt gekommen und dass sie beim Zentralvorstand in Wien niemals auf Widerstand gestossen seien, wenn sie Forderungen unterbreitet haben, die zum Zweck der besseren Agitation und Organisation unter der tschechischen Arbeiterschaft erforderlich waren.

In der Tat hat die Verbandsleitung seit Jahren alle Wünsche, die von den Vertrauensmännern der tschechischen Mitglieder des Zentralverbandes vorgebracht wurden, unbekümmert darum, ob die Kosten ihrer Erfüllung von den tschechischen Ortsgruppen aufgebracht werden konnten, ohne jeden Streit restlos erfüllt. Der Zentralvorstand hat, noch bevor die Generalversammlung im Jahre 1907 die Statuten auf seinen Vorschlag dahingehend änderte, dass der Zentralvorstand erweitert werde, damit auch die tschechischen Genossen in Prag in ihn mehrere Vertreter entsenden können, diese Genossen zu jeder wichtigen Beratung beigezogen. Er hat auch schon damals dem Wunsche dieser tschechischen Vertrauensmänner zugestimmt, dass das tschechische Fachblatt „Lučebník“ von Wien nach Prag verlegt wird, und hat den im Jahre 1907 gewählten Obmannstellvertreter Josef Heis als Herausgeber des Fachblattes, allerdings mit der Voraussetzung nominiert, dass mit dem Fachblatt in Zukunft kein Missbrauch getrieben werde. Es wurden ferner Vereinbarungen getroffen und der damaligen Generalversammlung zur Annahme empfohlen, dass die tschechischen Ortsgruppen Böhmens alle zwei Jahre eine selbständige Landeskonzferenz abhalten können, welcher das Recht zusteht, sich ein eigenes Exekutivkomitee zu wählen, das selbstverständlich dem Zentralvorstand untersteht, und welche berechtigt war, sich die für die Landesorganisation notwendigen Verbandsangestellten und Angestellten des tschechischen Fachblattes zu wählen, die allerdings der Bestätigung durch den Zentralvorstand bedürfen, in welchem, wie schon oben erwähnt, die von den tschechischen Genossen in Prag vorgeschlagenen Vertrauensmänner als Zentralvorstandsmitglieder Sitz und Stimme hatten.

In die Kompetenz des Exekutivkomitees gehörte die Beaufsichtigung des tschechischen Verbandsblattes, ferner die Beaufsichtigung des Landessekretariats, das in Prag seinen Sitz hatte und endlich die Ueberwachung der ordnungsmässigen Verrechnung der tschechischen Ortsgruppen Böhmens mit der Verbandsleitung in Wien. Aber das Exekutivkomitee hatte auch das Recht, Entscheidungen bei Ueberreichung von Lohnforderungen und bei Lohnkämpfen im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand zu fällen und gerade bei diesem Recht zeigte sich, wie überaus nachgiebig die Verbandsleitung im Zentralverband gewesen.

Aber die Rechte unserer tschechischen Mitglieder sind mit diesen noch lange nicht erschöpft. Es ist notwendig, zur Ergänzung noch einige Zahlen anzuführen, da von den tschechischen Separatisten erzählt wurde, dass die tschechischen Mitglieder des Verbandes bei ihrem Austritt aus dem Zentralverband einen vertragsmässigen Anspruch auf die Hälfte des Verbandsvermögens hätten. Vor allem soll bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, dass ein derartiger Vertrag mit den seinerzeit in den Zentralverband übergetretenen Mitgliedern des Fachvereines der chemischen Arbeiter in Prag niemals abgeschlossen wurde und dass auch in den bei der Generalversammlung im Jahre 1907 mit Zustimmung der tschechischen Mitglieder angenommenen Statuten von einem derartigen Uebereinkommen nichts steht. Der damals zwischen den im Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie vereinigten Fachvereine der Papierbranche und der Arbeiter der chemischen Industrie abgeschlossene Vertrag spricht ausdrücklich davon, dass das Vermögen des Verbandes nur bei Auflösung des Verbandes und Gründung neuer selbständiger Verbände der Arbeiter der Papierbranche und der Arbeiter der chemischen Industrie geteilt werden darf. Hier ist also nicht von einem Austritt tschechischer Separatisten die Rede, sondern ausdrücklich von der Trennung der Papierarbeiter von den Arbeitern der chemischen Industrie — von einer beruflichen, nicht von einer nationalen Trennung.

Doch abgesehen davon, könnten die tschechischen Mitglieder schon deshalb keinen Anspruch auf die Rückerstattung eines Vermögensanteiles erheben, weil sie, wie gesagt, freiwillig ausgetreten sind und weil auf diesen Teil der Mitglieder alljährlich viel mehr Ausgaben als Einnahmen entfielen, so dass weder ein gesetzlicher noch ein moralischer Anspruch der tschechischen Separatisten besteht.

Im Jahre 1909 betragen die Einnahmen der tschechischen Ortsgruppen Böhmens K 68.738·96, die Ausgaben K 41.641·54, so dass ein Ueberschuss von K 27.097·42 zu verzeichnen war. Von diesem sogenannten Ueberschuss hatte aber der Verband für die tschechischen Mitglieder Böhmens folgende sachliche Ausgaben zu bestreiten:

Sekretariat in Prag . . . . .	K 7.941·20
Druckkosten des tschechischen Fachblattes „Lučebník“ . . . . .	„ 3.720·—
Tschechische Gewerkschaftskommission in Prag . . . . .	„ 931·42
Landeskonzferenz per Jahr . . . . .	„ 879·40
Gehalte und Remunerationen der tschechischen Beamten. . . . .	„ 6.000·—
Pensionsfondsprämien . . . . .	„ 640·—
Quote der Verwaltungskosten, und zwar Drucksorten, Porto, Miete und Gehalte in der Zentrale per Mitglied K 2·61. . . . .	„ 11.745·—
Hierzu eine neue provisorische Anstellung in Pardubitz . . . . .	„ 1.680·—
Somit an sachlichen Ausgaben . . . . .	K 33.537·02

Wenn man nun von diesen sachlichen Ausgaben den Ueberschuss, welchen die tschechischen Ortsgruppen angeblich lieferten, abzieht, so ergibt sich ein Defizit von K 6439·60, welches der plötzlich so sehr gelästerte Zentralverband, in welchem die tschechischen Mitglieder nach Angabe der Separatisten nicht als „Gleiche unter Gleichen“ betrachtet wurden, im tschechischen Gebiet Böhmens in einem Jahr zu verzeichnen hatte. Zu diesen Ausgaben kommen aber noch Tausende Kronen, die alljährlich für die Bibliotheken der tschechischen Ortsgruppen ausgegeben wurden, ein Beleg mehr dafür, dass der Verband für die Gewinnung und Ausbildung der tschechischen Mitglieder alles getan hat. Aus diesen Tatsachen geht zur Genüge hervor, dass die Leitung des Verbandes der chemischen Industrie alles getan hat, um das Proletariat dieses Industriezweiges international zu organisieren, um es gegen das international organisierte Unternehmertum kampffähig zu machen. Und das haben auch die heutigen Führer der Separatisten gewusst, da sie gerade unseren Verband oft anderen Verbänden gegenüber als Muster angeführt haben, obwohl alle Zentralverbände Oesterreichs im gleichen Masse ihren Pflichten gegenüber den Arbeitern aller in Oesterreich lebenden Nationen nachgekommen sind.

Wenn nun von den tschechischen Genossen dennoch darangegangen wurde, auch bei uns eine Zerreiſung der Zentralorganisation vorzunehmen, so deshalb, weil die tschechischen Vertrauensmänner, welche an der Spitze der tschechischen Bewegung stehen, eine internationale Gewerkschaftsbewegung nicht wollen, um angeblich den nationalen Charakter der tschechischen Arbeiter zu wahren. Ihnen scheint der Nationalitätenkampf höher zu stehen als der Klassenkampf, da sie genau so wie die bürgerlichen Klassen die nationale Trennung der Arbeiterklasse durchzuführen trachten. Denn dass die Führer der Separatisten wissen, was sie tun, geht schon daraus hervor, dass an ihrer Spitze unser gewesener Obmannstellvertreter Josef Heis steht, welcher noch auf der Konferenz in Brünn, die am 3. April d. J. stattgefunden hat, für die Beibehaltung der Zentralisation der Gewerkschaften plädierte. Heis besprach damals die Notwendigkeit der zentralistischen einheitlichen Organisation der Arbeiter der chemischen Industrie und erklärte, dass die Arbeiterschaft aller Nationen Oesterreichs einig sein müsse, um vor allem die Achtstundenschicht in den kontinuierlichen Betrieben zu erringen. Dieser derzeitige Anwalt der Separatisten und Gründer des neuen Verbandes der tschechischen Separatisten der chemischen Industrie, sagte damals wörtlich: „Niemand wird behaupten, dass zu einem solchen Kampf kleine, schwache, zersplitterte Organisationen besser wären. Damit würden wir uns nur schädigen und die ganze Arbeit würde vernichtet, wenn die Stütze

auf eine starke gewerkschaftliche Organisation und die Einheitlichkeit der Arbeiterschaft unmöglich gemacht würde.“ Heis erklärte auch zum Schluss seiner Rede, dass er aus persönlicher Ueberzeugung die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation vertrete. Und das ist derselbe Heis, der auch, wie schon anfangs gesagt wurde, die Verbandsleitung wegen ihres Gerechtigkeitssinnes und ihres Entgegenkommens den tschechischen Mitgliedern des Verbandes gegenüber lobte und der doch heute den Separatismus predigt. . . .

Aber dieser Josef Heis und seine Genossen, welche die Zentralorganisation der Arbeiter der chemischen Industrie zerrissen haben, sind nicht die einzig Schuldigen, nicht die treibenden Elemente, sondern nur die Werkzeuge anderer Leute, die sich sonderbarerweise immer noch internationale Sozialdemokraten nennen. Wer für die Leiden des Proletariats Verständnis hat und die Aufgaben der Sozialdemokratie kennt, der darf das Proletariat dort nicht trennen, wo es durch mühevollen Arbeit bereits vereinigt ist, sondern er muss mithelfen, die noch indifferente, getrennte Masse des arbeitenden Volkes zu vereinigen. Diese die Arbeiterschaft schädigenden Gewaltstrieche auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisation sind daher auf das schärfste zu verurteilen und ich bin überzeugt, dass es keinen Sozialdemokraten geben kann, der nicht diese arbeiterfeindliche Tätigkeit der tschechischen Separatisten mit aller Kraft bekämpfen wird.

---

## Max Adler: **Marxismus und Materialismus**

Eine neue Schrift von Georg Plechanow, diesem glänzenden und unermüdlichen Vorkämpfer des Marxismus, bedeutet für alle Anhänger des letzteren eine Fülle von neuer Belehrung und fruchtbarer Anregung. Mit um so grösserem Interesse wird man nach dem neuesten deutsch vorliegenden Büchlein greifen, in welchem Plechanow die „Grundprobleme des Marxismus“ behandelt.\* Stehen diese doch seit einem Jahrzehnt im Mittelpunkt intensivster geistiger Bearbeitung von allen Richtungen modernen Denkens her, sowohl von seiten der Philosophie als von seiten der verschiedensten Einzelwissenschaften. Und in der Tat wird die neuerliche Darstellung, die Plechanow hier den Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung zuteil werden lässt, viele Missverständnisse beseitigen, die freilich so alt und so oft schon widerlegt wurden, dass man fast zweifeln muss, ob es sich hier nicht mehr um irrationale und daher nicht zu beherrschende Vorurteile, als um bloss irrige rationale Urteile der Gegner handelt.

Trotz dieser grossen Verdienste der Plechanowschen Schrift wird sie doch auch vielen und, wie mir scheint, notwendigen Widerspruch hervorrufen, und zwar im Punkte der philosophischen Würdigung des Marxismus. Denn die erste Hälfte des Büchleins ist der philosophischen Seite des Marxismus gewidmet und sucht mit eingestandener polemischer Tendenz gegen die neueren Versuche, den Marxismus philosophisch, insbesondere erkenntniskritisch zu bearbeiten, darzutun, dass er gar keiner anderen Philosophie bedürfe als derjenigen, aus der er hervorgegangen und die er selbst vervollkommen habe, der Philosophie des Materialismus im Feuerbachschen Gewande. „Der Marxismus“, sagt Plechanow gleich am Eingange seiner Schrift, „ist eine ganze Weltanschauung. Er ist, kurz ausgedrückt, der moderne Materialismus, der die zurzeit höchste Entwicklungsstufe der Weltanschauung darstellt, deren Grundlagen schon in Altgriechenland von Demokritos und zum Teil von dessen Vorläufern, den ionischen Denkern, gelegt wurden.“ Um diese Behauptung zu begründen, ist Plechanow zunächst bemüht, den innigen Zusammenhang der Philosophie Feuerbachs mit der Entwicklung des Marxismus in seinem entscheidenden, zur materialistischen Geschichtsauffassung führenden Stadium nachzuweisen. Hier wird man ihm mit grossem Inter-

\* Stuttgart, Verlag Dietz, 1910.

esse und voller Zustimmung folgen, nur dass es sich dabei wohl bloss um jene Form der Feuerbachschen Philosophie handeln konnte, die bis in die Mitte der Vierzigerjahre sich entwickelt hatte. Denn seit dem „Kommunistischen Manifest“ hat die geistige Entwicklung von Marx und Engels bereits eine derartig feste und eigene Grundlage gewonnen und war bereits so weit von Feuerbach abgerückt, dass eine Beeinflussung durch den späteren Feuerbach einfach ausgeschlossen ist. Dies zu berücksichtigen, ist aber um so nötiger, weil Plechanow, um den materialistischen Charakter des Marxismus zu begründen, es auch gleichzeitig unternommen hat, die Lehre Feuerbachs in ihren Grundgedanken als eine rein materialistische anzusprechen, was sie meines Erachtens in keinem Stadium ihrer Entwicklung, sicher aber nicht Mitte der Vierzigerjahre war, um dann hieraus zu folgern: „Der Materialismus von Marx und Engels stellt eine viel entwickeltere Lehre als der Feuerbachs dar; die materialistischen Anschauungen unserer Meister haben sich aber in der Richtung entwickelt, die durch die innere Logik der Feuerbachschen Philosophie vorgeschrieben wurde.“

In der bekannten, ein wenig scholastisch anmutenden Frage nach dem Verhältnis vom Marxismus zum Materialismus hat also Plechanow seinen alten Standpunkt einer untrennbaren Zusammengehörigkeit, ja Identität beider — „der Marxismus ist der moderne Materialismus“ — unbeugsam festgehalten, wie ich glaube, nicht zum Nutzen einer grösseren begrifflichen Klarheit für die Diskussion über die Grundprobleme des Marxismus. Denn ganz abgesehen davon, wovon noch ausführlicher zu reden sein wird, dass der Begriff des Materialismus selbst in diesem Zusammenhang als ein keineswegs klarer und einwandfreier auftritt, bleibt erst doch noch zu fragen, worin das Wesen des Marxismus denn eigentlich gelegen ist: in seiner Bedeutung als Theorie oder als Philosophie. Es ist natürlich kein Zweifel, dass auch eine Theorie im Kopfe der Menschen, die sie hegen, kein isoliertes Dasein führt, und dies um so weniger, je bedeutender der Kopf ist. Dass aber eine Theorie sich so im geistigen Zusammenhange ihres Schöpfers in ein Weltbild einfügt, dass diese Weltanschauung dann den Schülern und Anhängern jenes Mannes gross und nachlebenswert erscheint — kurz, dieser ganze persönliche und historische Zusammenhang einer Theorie mit einer bestimmten Weltanschauung bedeutet noch lange keinen sachlichen, logischen und daher notwendigen Zusammenhang. Wäre es sogar wirklich historisch richtig, dass Marx und Engels Materialisten gewesen seien — wie Plechanow dies meint, wo ich, wenigstens was Marx betrifft, nur eine Art des naturwissenschaftlichen Positivismus erblicken kann, nach Art etwa des von Ernst Mach vertretenen —, so wäre damit immer nur erst dargetan, dass der Materialismus sich mit dem Marxismus verbinden liess, ja vielleicht sogar für seine Entwicklung besonders förderlich war, keineswegs aber zu seiner Begründung erforderlich ist, falls der Marxismus eben in einem Wesen doch nur eine Theorie, also eine wissenschaftliche Erkenntnis von bestimmten Teilvorgängen der Welt, aber nicht eine Philosophie, eine Erkenntnis von der gesamten Welt sein will.

Kann man nun im Ernst bezweifeln, dass das, was wir Marxismus im eigentlichen Sinne nennen und als die spezifische Leistung von Marx überkommen haben, nur jenen Charakter der Theorie hat und nach dem ganzen geistigen Streben Marx' auch nur haben sollte? Die Lehre von der Gesetzmässigkeit der Geschichte und in Anwendung derselben die Lehre von dem Wesen der ökonomischen Kategorien und der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft — das ist der Marxismus, und als solcher ist er, was ja gerade sein Stolz ist, Wissenschaft, der Anfang einer neuen exakten Theorie von der Gesellschaft, einer Soziologie, die auf diesen Namen wirklich wird Anspruch machen können. Aber diese Theorie, ihre Problemstellungen und ihre Lösungsversuche haben mit Weltanschauungsfragen gar nichts zu tun. Sie können natürlich und werden gewiss auch immer zur Bildung einer Weltanschauung herangezogen werden. Denn das wäre eine seltsame Weltanschauung, die von der Wissenschaft ihrer Zeit, und noch dazu, wo diese sich auf das höchste Naturobjekt, die menschliche Gesellschaft, bezieht, absehen möchte. Aber auf diese Weise kann sie doch ebensogut sich mit der einen wie mit der anderen philosophischen Weltanschauung verbinden, ebensogut mit einer materialistischen wie mit einer spiritualistischen, ebensogut mit einem System des Pantheismus oder des Atheismus. Es ist lediglich Sache der gedanklichen Arbeit der Anhänger dieser verschiedenen Systeme,

jenen Zusammenhang herzustellen, der ihnen logisch genügend erscheint\*. Und es ist allererst ein besonderes Problem der Erkenntniskritik, die jenseits aller dogmatischen Weltanschauungslösungen steht, zu untersuchen, in welchen gedanklichen Zusammenhang sich das Wesen der Wissenschaft widerspruchlos einfügen lässt, in den des Realismus oder des Idealismus.

Man wird daher der Meinung Plechanows schwerlich zustimmen können, dass die Trennung der ökonomischen und historischen, will sagen, geschichtstheoretischen Bestandteile des Marxismus von seinen philosophischen die ersteren in der Luft schweben lasse. So wichtig und unentbehrlich jener Zusammenhang für das Verständnis des historischen Werdens des Marxismus ist, so dass dadurch am ehesten seine Auffassung als Materialismus beseitigt werden kann, so wenig entscheidend ist dieser Zusammenhang für das richtige Verständnis der geschichtstheoretischen und nationalökonomischen Feststellungen selbst, die in ihrer Sphäre, welche die der wissenschaftlichen Erkenntnis ist, genau so unberührt bleiben von ontologischen Weltanschauungsfragen, wie zum Beispiel das Gravitationsgesetz dasselbe bleibt für den Theisten und den Atheisten, ja wie sogar die biologischen Gesetzmässigkeiten für den denkenden Theisten, der die Wissenschaft ernst nimmt, nur ein Anlass mehr werden, die Weisheit seines Schöpfers zu bewundern, im übrigen aber nicht anders anerkannt werden als von dem Atheisten. Man wird im Gegenteil sagen müssen, dass nicht nur jede Gleichstellung des Marxismus mit einer Weltanschauung, sondern auch jede Verbindung desselben mit einer Philosophie in dem Sinne, dass diese seine notwendige Begründung sei, abzulehnen ist. Denn sie belastet den Marxismus mit Problemen und Begriffen, die mit seinen eigentlichen Erkenntniszielen gar nichts zu tun haben und nur geeignet sein können, seine ohnehin nicht leicht zu fassenden Grundbegriffe mit der ganzen Mühseligkeit philosophischer Streitfragen zu verquicken, die durch ihn nicht klarer gestellt werden können und für ihn nichts Erspriessliches zu leisten imstande sind. Auch hier gibt es, wie zu jeder anderen Wissenschaft, nur ein Verhältnis, in welchem die Philosophie einen unmittelbaren Gewinn für die Wissenschaft erzielen kann durch Klarstellung ihrer Begriffe und durch Untersuchung der Bedeutung und Grenzen ihrer Mittel: das ist die Erkenntniskritik. Sie, für welche alle Wissenschaften wie alle Weltanschauung gleicherweise nur Objekt ist, sie ist natürlich auch gegenüber dem Marxismus nötig. Das ist aber keine philosophische Ergänzung oder Begründung des Marxismus, die Plechanow mit Recht ablehnt, sondern das ist dieselbe kritische Arbeit an ihm als dem geisteswissenschaftlichen Teil unserer Erkenntnis, wie sie schon seit Descartes an dem naturwissenschaftlichen Teil derselben geübt, seit Kant aber erst ihr eigentliches Fundament erhalten hat. Diese erkenntniskritische Arbeit der Philosophie kann gar nicht die Ambition haben, den Marxismus zu verbessern, da sie immer nur den Feststellungen der Wissenschaft folgen kann, deren logischen Aufbau sie untersucht. Wohl aber kann sie gerade auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften durch bewusste Herausarbeitung eben derselben formalen Geisteselemente, durch deren vielfach unbewusste Verwertung die Geisteswissenschaften erst ihre Gesetzmässigkeiten zu gewinnen imstande sind, nun auch eine klarere und tiefer zu begründende Fortentwicklung des Marxismus ermöglichen. Dies trifft insbesondere, wie wir noch sehen werden, bei der materialistischen Geschichtsauffassung zu.

Müssen wir so den sachlichen Zusammenhang des Marxismus als soziale Theorie mit irgend einer Weltanschauung ablehnen, so insbesondere den mit dem philosophischen Materialismus, weil ja gerade infolge der sehr unpassenden Bezeichnung der Grundlehre des Marxismus als einer „materialistischen“ Geschichtsauffassung seit jeher die Gefahr einer Verquickung und Verwirrung seiner klaren theoretischen Gesichtspunkte mit den dogmatischen und metaphysischen Sätzen des philosophischen Materialismus nahegelegt

\* So gilt vielen der Determinismus des menschlichen Willens als eine Lehre des Materialismus. Allein die materialistischen Stoiker und Epikureer liessen den freien Willen zu, während Kant einer der strengsten Deterministen war. Wie widerspruchsvoll die französischen Materialisten sich noch der Frage des sozialen Determinismus gegenüber verhielten, hat gerade Plechanow selbst schon öfter dargelegt, während Herder von einem ganz anderen als materialistischen Standpunkt einen grossen Entwurf zur deterministischen Auffassung der Geschichte lieferte, besonders aber Kant Grundgedanken einer Mechanik der Geschichte und eines dialektischen Verlaufes ihres Prozesses entwickelte, die erst in unserer Zeit zur vollen Würdigung gelangen.

war. Und tatsächlich ist diese Gefahr auch von Anhängern wie Gegnern des Marxismus nicht vermieden worden. Ich habe schon einmal in ausführlicherer Weise darzulegen versucht, wie wenig die Grundlehre von Marx und Engels selbst in jenem geistigen Zusammenhange, aus dem sie hervorging, mit dem Materialismus zu tun hat und wie der Ausdruck „materialistisch“ oder „materielle Grundlage“ der Ideologie etc. in dieser Entstehungsgeschichte der marxistischen Grundlehre gar nicht anders zu verstehen ist denn als eine bewusste Opposition zu der spekulativen, sublimierenden, von aller Erfahrung abstrahierenden Philosophie Hegels, der gegenüber auf den materiellen Boden der Erfahrung in Natur und Geschichte zurückzukehren war.\* Der „Materialismus“ der Marx'schen Geschichts- und Gesellschaftstheorie ist nichts anderes als die polemische und programmatische Betonung des empirischen Standpunktes, die uns heute gar nicht mehr so wesentlich erscheint, weil dieser Standpunkt nun längst zu dem gesicherten Besitz auch für die Sozialwissenschaft gehört, die so lange der Tummelplatz mehr oder minder geistvoller Konstruktionen gewesen war. Heute erscheint uns viel wichtiger, diejenige Komponente in der Bezeichnung der Marx'schen Theorie hervorzuheben, welche für die Kausalerklärung des Sozialgeschehens von entscheidender Bedeutung geworden ist; und da wäre der Name eines sozialökonomischen Determinismus vielleicht ein wenig irreführender als der bloss noch historisch zu verstehende einer materialistischen Geschichtsauffassung.

Die Loslösung der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung von dem philosophischen Materialismus wird aber sogar für diejenigen, die sie untrennbar mit der Weltanschauung ihrer Schöpfer verbunden halten, um so leichter sich vollziehen, wenn wir erst einmal zur Klärung darüber gelangt sind, dass weder die Philosophie Feuerbachs noch die von Marx und Engels nach der eigenen Charakteristik Plechanows ein Materialismus genannt werden kann, solange man entschlossen ist, mit diesem Wort einen deutlichen und widerspruchlosen Begriff zu verbinden.

Was ist der Materialismus? Eine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Welt, nach ihrem Sein an sich, kurz, eine ontologische und deshalb von vornherein metaphysische Auffassung. Er ist jene Auffassung von dem Wesen der Welt, wonach in der Materie das einzige und alleinige Erklärungsprinzip für alle ihre Erscheinungen, körperliche wie geistige, gefunden wird. Der Stoff, das Raumerfüllende ist das an und für sich auch unabhängig von irgendwelcher geistiger Erfassung Bestehende, das Geistige ist vielmehr erst ein Produkt oder doch eine spät erst auftretende Funktion dieses Materiellen, welche lediglich aus einer Komplikation in der Zusammensetzung der Stoffe und ihrer Kräfte entspringt. Von der einfachen Bewegung elementarer Kräfte bis zu der äussersten Komplexität des organischen und psychischen Lebens einen lückenlosen Mechanismus rein materieller Agentien herzustellen — das ist das Ziel des Materialismus und macht seinen Charakter als in sich geschlossene, konsequente Weltanschauung aus.

Von da aus ist es sofort klar, dass es eine arge Durchbrechung seines Gedankengefüges und ein völliger Sturz von der Höhe seiner Prinzipien ist, wenn man den Gedanken einer Beseelung der Materie noch mit seinen Grundsätzen vereinbar hält, wie dies Plechanow tut. Wenn er in seiner neuesten Schrift und schon öfters früher einige Zitate aus den Schriften der französischen Materialisten anführt — von denen übrigens Diderot immer eine mehr dem Pantheismus als dem Materialismus zugewendete Stellung eingenommen hat — so würden diese Stellen, wenn sie eben mehr wären als gelegentliche Aperçus und hypothetische Annahmen, die weiter im System dieser Denker gar keine Verwertung mehr fanden, doch nur beweisen, wie schwer die konsequente Durchführung einer materialistischen Metaphysik ist. Denn selbst in der Wendung, dass das Denken eine Eigenschaft der Materie ist wie die Undurchdringlichkeit oder die Elektrizität, wird zunächst im Widerspruch mit jeglicher Erfahrungsmöglichkeit der ganzen Materie eine Eigenschaft beigelegt, die nirgends an ihr gefunden wird als in einem kleinen Ausschnitt derselben, in der menschlich organisierten, und wird derart das hier, wo es der Untersuchung offen liegt, nicht lösbare Problem des Ursprunges dieses Geistigen aus dem Materiellen einfach an den Anfang aller Dinge zurückgeschoben und dort — unbeantwortet gelassen. Denn das Geistige eine Eigenschaft der Materie zu

\*) Vergleiche Max Adler, „Kausalität und Teleologie“, Marx-Studien, I. Band, Kapitel XI und „Marx als Denker“, Seite 56 und 57.

nennen ist ein blosses Wort, dem alle Begriffe fehlen. Eine Eigenschaft ist ja nichts anderes als das Produkt bestimmter physikalischer oder chemischer Vorgänge, durch deren Aufdeckung jene Eigenschaften ihre Erklärung finden. Auf welche Vorgänge der Materie wäre aber ihre Eigenschaft der Geistigkeit zurückzuführen? Entweder — wie es der strenge Materialismus mit Recht tut — eben auf jene physikalischen oder chemischen Vorgänge nur in einer besonderen Komplikation — dann ist es überflüssig, der Materie eine besondere Eigenschaft des Geistigen beizulegen; oder aber auf andere, zu diesen physikalischen und chemischen Vorgängen noch hinzutretenden besonderen Erscheinungen, — dann tritt eben zu dem Materiellen doch bereits ein Geistiges als eine Sonderart von Vorgängen, mag sie auch in einer kaum wirklich ausdenkbaren Weise als „materiell“ angesprochen werden.

In der Tat ist die Allbeseelung ein Verzicht auf den eigentlichen theoretischen Systemwert des Materialismus, durch den er allein seine Bedeutung als ein Versuch einer einheitlichen, monistischen Weltauffassung bewähren kann. Er führt den Dualismus von Körper und Geist, den er so heftig bekämpft, in einem viel weiteren Umfang ein, als je sein dualistischer Gegner dies zu tun wagte, ohne dass er irgend einen Grund dafür anzugeben vermöchte, warum dieser Dualismus, der alle Erfahrungsgrenzen weit übersteigt, besser sein soll als jener alte von Körper und Geist, der in den menschlichen Lebenserscheinungen eine Erfahrungsgrundlage wenigstens für sich behaupten darf. Wenn Plechanow den Hylozoismus einen naiven Materialismus nennt (S. 6), so mag man das für einen Standpunkt gelten lassen, der eben noch naiv das Geistige genau so als eine Eigenschaft der Materie ansehen konnte wie ihre Undurchdringlichkeit, weil er überhaupt noch nicht dazu gelangt war, die Qualitäten in ihre Prozesse aufzulösen. Sobald aber diese Naivetät überwunden war, dagegen immer deutlicher die Denkmöglichkeit hervortrat, die Qualität des Geistigen in einen Prozess des Physischen aufzulösen, bedeutet die Ausstattung der Materie mit Empfindung oder irgend einer Art Beseelung nur einen Rückfall in eine Naivetät, die nicht mehr das Produkt einer frischen Unbefangenheit der Auffassung ist, sondern einer Verlegenheit des in eine Sackgasse geratenen Denkens. Die Geistigkeit als Eigenschaft war im naiven Hylozoismus eine scheinbar alltägliche und lebensvolle Qualität, sie wird im entwickelteren Materialismus der Folgezeit zu dem, was er am bittersten hasst, zu einer *qualitas occulta*.

Wenn die Beseelung der Materie so vielfach als eine willkommene Ergänzung des Materialismus gehalten wird, so nicht nur deshalb, weil sie eine so bequeme Lösung für das Problem des Geistigen innerhalb der materiellen Welt zu geben scheint, sondern weil sie eine Berufung auf einen grossen Nothelfer ermöglicht, in dessen Gefolgschaft gut zu verweilen ist, die Berufung auf Spinoza. Und in der Tat scheint vielen eine grosse Verwandtschaft zwischen Materialismus und Spinozismus zu bestehen, so dass sie beide Lehren sogar zu verbinden suchen. Auch Plechanow meint, dass es nur nötig sei, die Lehre Spinozas von ihrer theologischen Form zu befreien. Dies habe bereits Feuerbach erkannt, der den Pantheismus sehr fein den theologischen Materialismus genannt habe. Feuerbachs „Humanismus“ erweise sich als ein von seinem theologischen Anhängsel befreiter Spinozismus. Und eben auf diesem Standpunkt waren Marx und Engels, als sie mit dem Idealismus brachen. „Den Spinozismus von seinem theologischen Anhängsel befreien heisst aber, seinen wahren materialistischen Inhalt aufdecken. Der Spinozismus von Marx und Engels war also der moderne Materialismus.“ (S. 15, 16).

Es muss hier dahingestellt bleiben, inwiefern die Feuerbachsche Ansicht von einer theologischen Hülle des Spinozismus berechtigt war und ob er sich bei dieser Ansicht nicht vielleicht allzusehr von Assoziationen leiten liess, die das Wort „Gott“ auslöst, die aber mit dem spinozistischen Gott gar nichts zu tun haben. Auch könnte man fragen, ob nicht das, was die „theologische“ Form des Spinozismus ausmacht, der Gedanke einer immanent geistig und streng notwendig sich auswirkenden Allbefassung der Substanz, ein für das System so charakteristischer und unentbehrlicher ist, dass ohne ihn eben gerade der besondere Geist dieser wunderbaren Weltauffassung verschwunden ist. Was aber für unsere Frage hier vor allem in Betracht kommt, ist, dass eine so scharfe Grenze zwischen Spinozismus und Materialismus besteht, dass nur eine grenzenlose Ver-

schwommenheit der Begriffe diese Grenze niederreißen, dann aber auch alle Bestimmtheit überhaupt verwischen kann. Wobei es vielleicht nicht überflüssig ist, zu bemerken, dass es sich dabei natürlich nicht um scholastische Begriffsklaubereien handelt, vielmehr um Weltanschauungsindividualitäten, für die jene Begriffe bloss die Namen sind, deren geistiges Leben aber nur in jener individuellen Bestimmtheit auch wirklich nachgelebt werden kann.

Was nämlich den Spinozismus grundsätzlich von jeder Art des Materialismus trennt, das ist seine Lehre der vollkommensten und absoluten Parallelität des Physischen und Psychischen, so dass zwischen beiden keinerlei Kausalbeziehung besteht, keinerlei Einwirkung irgend einer Art, sondern völlige Unabhängigkeit voneinander. „Der Körper kann weder den Geist zum Denken noch der Geist den Körper zur Bewegung oder zur Ruhe oder zu etwas anderem (wenn es ein solches gibt) bestimmen.“ (Ethik III. prop. 2.) Denken und Sein sind eben nach Spinoza bloss Attribute einer und derselben Substanz, sie sind an sich gar nichts Verschiedenes, sie drücken nur eine Identität verschieden aus. (Ethik II. prop. 2 und schol.) Allein weder diesen Parallelismus noch die Identitätsanschauung kann der Materialismus in sein Lehrsystem einfügen, ohne sich direkt zu verleugnen. Ein Materialismus, der aufhört, zwischen dem Geistigen und Körperlichen eine direkte Kausal- oder, wie man dies jetzt lieber nennt, Funktionsbeziehung herzustellen, ist eben kein Materialismus mehr. Dies um so weniger, als der Standpunkt der Identität des Physischen und Psychischen unrettbar über die spinozische Form hinaustreibt, von der gerade Feuerbach mit Recht gerügt hat, dass sie eine ganz zufällige und in ihrer notwendigen Uebereinstimmung gar nicht zu begreifende Korrespondenz des Denkens und Seins statuieren. Und wirklich sind zwei Möglichkeiten einer inneren Fortentwicklung gar nicht abzuweisen, sofern man den Parallelismus nicht einfach bloss als positivistische Konstatierung verstehen, sondern als Weltanschauung aufrechterhalten will: entweder muss man annehmen, dass die Substanz in ihren beiden uns allein bekannten Attributen des Denkens und Seins von vornherein so eingerichtet ist, dass diese beiden sich stets und überall entsprechen — denn aus der Identität der Substanz allein folgt doch noch nicht die genaue Korrespondenz ihrer Attribute — dann mündet der Spinozismus in eine prästabilisierte Harmonie, in die der Materialismus wohl gewiss nicht einstimmen wird. Oder man macht Ernst damit, dass Denken und Sein bloss zwei Ausdrucksweisen unserer Auffassung der Substanz sind, und dieser Weg führt direkt in den transzendentalen Idealismus Kants. Der Materialismus hat denn auch den Identitätsstandpunkt immer abgelehnt. Auch Plechanow weist, gestützt auf Feuerbach, diese Auffassung zurück. Nicht Identität von Körper und Geist, sondern die Einheit beider lehrt den Materialismus. (S. 14.) Und wirklich hat Feuerbach immer wieder die Verschiedenheit, ja die fundamentale Unterschiedenheit des Physischen und Psychischen, des Anorganischen und Organischen dargelegt. Was bedeutet aber der Gedanke einer Einheit des an sich vom Physischen verschiedenen Psychischen mit dem ersteren anderes als die Statuierung einer durchgängigen Beziehung und Abhängigkeit beider voneinander? Der Materialismus glaubt diese Beziehung kausal herstellen zu können, Feuerbach, dadurch eben vom Materialismus geschieden und Begründer einer neuen Denkart in der deutschen Philosophie, des naturwissenschaftlichen Positivismus, begnügte sich mit der Konstatierung des einheitlichen und unaufhebbaren Zusammenhanges des Physischen und Psychischen im menschlichen Wesen, mit dem alle Philosophie zu beginnen habe. In beiden Fällen kann aber von Spinozismus keine Rede sein, so sympathisch auch sonst viele Elemente desselben den Materialismus anmuten mussten. Aber auch dem transzendentalen Idealisten zum Beispiel sind viele Charakterzüge des Materialismus sympathisch, so vor allem seine strenge Kausalitätsauffassung, ohne dass doch Sympathie allein imstande wäre, logische Differenzen im Denken zu überbrücken. Sie kann sie höchstens im Leben abschleifen oder übersehen.

So wäre es also, um mit dem alten Jacobi zu reden, ein schlechtes Heil, das die Materialisten im Namen Spinozas fänden. Wenn aber trotzdem Plechanow die Lehre Feuerbachs und des Marxismus zwar nicht als eine Art Spinozismus, aber doch in die Nähe desselben nicht mit Unrecht stellen dürfte, so nur deshalb, weil beide eben keinen Materialismus vertreten, sondern jenen deterministischen Positivismus, der schon aus

dem Spinozismus durch Abstreifung alles dessen, was in ihm Weltanschauung sein will, gewonnen werden kann. Der positive, allen spekulativen und insbesondere teleologischen Konstruktionen abgeneigte, dagegen der empirischen Naturauffassung zugewendete Geist des Spinozismus ist der eigentliche Springquell aller Sympathie, die ihm seit den Tagen Diderots und Goethes bis auf die Zeiten der modernen Naturwissenschaft so reichlich zugeflossen ist.

Ich muss es mir versagen, in diesem Zusammenhang den quellenmässigen Nachweis der Feuerbachschen Philosophie als eines ersten Versuches des naturwissenschaftlichen Positivismus zu erbringen, als den Anfang jener Geisteslinie, auf welcher später Avenarius, Mach und in gewissem Sinne auch Ostwald, weiter vorschritten. Einiges hierüber habe ich bereits in dem vorerwähnten Kapitel meiner Marx-Studie ausgeführt. Mehreres und Genaueres hoffe ich bald an anderer Stelle nachtragen zu können. Nur sei hier bereits darauf aufmerksam gemacht, dass der Grundbegriff der Feuerbachschen Philosophie, der Mensch in seiner sinnlichen Bestimmtheit, in welcher Natur und Geist zusammenstossen und auch zusammenhängen, gleichsam das Stichwort für die positivistische Antimetaphysik unserer Zeit darstellt. Sehr fein hat Plechanow bemerkt, dass wir es bei diesem Feuerbachschen Begriff eigentlich mit einer Forschungsmethode zu tun haben. (S. 12.) Allein er irrt, wenn er meint, dass Feuerbach damit noch innerhalb des Materialismus verbleibe. Es ist ja gerade das Bewusstsein des Hinausschreitens mittels dieser Methode über die spekulativen Gegensätze des Materialismus und Spiritualismus zur vollen realen Wahrheit des Seins, wie es sans phrase ist, was Feuerbach immer wieder von seinem Prinzip hervorhebt. Darum hat er auch das Bedürfnis einer eigenen Namengebung, und so versteht man erst den folgenden Satz als eine nicht bloss rhetorische Wendung, sondern als eine programmatische Feststellung: „Wahrheit ist weder der Materialismus noch der Idealismus, weder die Physiologie noch die Psychologie; Wahrheit ist nur die Anthropologie, Wahrheit ist nur der Standpunkt der Sinnlichkeit, der Anschauung, denn nur dieser Standpunkt gibt mir Totalität und Individualität.“ (II. Bd., S. 340, Ausgabe Jodl.) Der Standpunkt der Anthropologie oder auch des Humanismus, wie Feuerbach ihn ebenfalls nennt, hat nichts zu schaffen mit dem, was wir heute Anthropologie oder Humanismus nennen: es ist der Standpunkt des auf die Einheit der menschlichen Erfahrung zurückgehenden und sich mit denkender Bearbeitung derselben begnügenden Positivismus. Daraus erklärt sich nun auch die so häufige Hervorhebung Feuerbachs, dass seine Philosophie — keine Philosophie sei, eine für alle Arten des Positivismus charakteristische Absage.

Wie Marx und Engels diesen Standpunkt, der bei Feuerbach ein vorwiegend naturwissenschaftlicher war, durch die Einführung der menschlichen Tätigkeit weiterentwickelt und eigentlich erst universal gemacht haben, hat Plechanow in trefflicher Weise dargelegt. Auch hier muss ich bezüglich der Darlegung des nicht materialistischen Charakters dieser Denkrichtung, besonders aber bei Marx, auf meine vorhin zitierten beiden Schriften verweisen. Auch spricht das stete Bedürfnis beider Denker, ihre Auffassung von dem naturwissenschaftlichen Materialismus abzuheben und sie durch das dialektische Moment auszuzeichnen („dialektischer Materialismus“) dafür, wie sehr sie selbst ihren Standpunkt als einen vom Materialismus verschiedenen empfanden. Gewöhnlich meint man dagegen, er sei bloss von dem bisherigen Materialismus verschieden, Marx und Engels hätten eben einen neuen, entwickelteren Materialismus begründet. Allein auf diese Weise versandet jede weitere Diskussion in einen öden Wortstreit. Will man zwei ganz verschiedene Dinge mit dem gleichen Namen benennen, so mag man es tun; nur verzichte man dann darauf, aus solchen Voraussetzungen irgendwelche klaren Konsequenzen abzuleiten. Im Grunde genügt bereits die Plechanowsche Feststellung, dass dieser „entwickeltere Materialismus“ moderner Spinozismus sei, um jeden, der sie für richtig hält, einsehen zu lassen, dass er eben nicht mehr Materialismus ist. Und gerade die Dialektik in ihrer vom Kopf auf die Füße gestellten Form ist ein weiteres Trennungsmotiv. Denn sie ist der grossartige Versuch, durch eine über die Gegensätze metaphysischer und dogmatischer Begriffsbildungen wegschreitende neue Denkweise dem realen Fluss der Dinge zu folgen, ihren positiven und totalen Sachverhalt zu spiegeln. Gerade diese Ergänzung und Bereicherung Feuerbachs wäre am wenigsten geeignet, den positivisti-

schen Grundcharakter seiner Philosophie zu ändern. Und dies gilt noch viel mehr von der Art der Einfügung der menschlichen Tätigkeit in das Gefüge der Naturwirksamkeit, worin man mit Recht den Hauptfortschritt der marxistischen Auffassung über die bloss naturwissenschaftliche des Materialismus erblickt. Denn diese Einfügung vollzieht sich ja überhaupt nicht mehr auf philosophischem, sondern auf theoretischem Gebiete\*. Damit sind wir bis an den zweiten Teil des Büchleins Plechanows gelangt, in welchem er eine Fülle von lichtvollen Auseinandersetzungen über das Wesen der Dialektik und der materialistischen Geschichtsauffassungen gibt, mit denen sich ein nächster Aufsatz beschäftigen soll.

## Engelbert Pernerstorfer: Marie v. Ebner-Eschenbach (geboren 13. September 1830)

„Als Paul Schlenther 1886 eines Abends mit Gottfried Keller und einem Baseler Professor in der Trinklaube der ‚Meise‘ sass und der gelehrte Herr unablässig über den Niedergang der deutschen Dichtung klagte, bemerkte Schlenther, es gäbe doch auch in der Gegenwart manches vortreffliche Neue, zum Beispiel das eben in der ‚Rundschau‘ erschienene ‚Gemeindekind‘. ‚Nun ja,‘ meinte der mäkelnde Professor, ‚das ‚Gemeindekind‘ ist ja ganz nett.‘ Das ‚Gemeindekind‘ ischt nicht nett,‘ fuhr Keller grimmig dazwischen, ‚das ischt gut.“

So erzählt Anton Bettelheim in seinem vortrefflichen Buche über die Ebner-Eschenbach\*\*. Man mag sich gerne dazu den temperamentvollen Alten vorstellen, wie er dabei sein brummigstes Gesicht gemacht haben mag, denn literarische Salbaderei war so gar nicht nach seinem Geschmack.

Dieses Wort eines der selbstherrlichsten Meister der Erzählkunst könnte als Motto über dem Leben und den Werken der Ebner-Eschenbach stehen: „Das ischt gut.“

Was sie geschrieben hat, liegt in ungefähr zwanzig mässigen Bänden gedruckt vor uns. Das ist keine Massenproduktion, aber was hier vorliegt, braucht in keinem Stücke an die Nachsicht des Lesers oder Kritikers zu appellieren. „Es ischt gut.“ Natürlich gibt es auch hier Berg und Tal. Aber wir wandern mit der Dichterin in gleicher Lust in der Höhe wie etwas tiefer. Ist die Landschaft nicht gross, so ist sie doch lieblich und überall echt — nichts von Pappe und mit Kleister gemacht, alles aus künstlerischem Drange geschaffen, mit einem Worte: echt. Oder mit Keller kurz und gut gesprochen: gut.

Als die Ebner-Eschenbach vor zehn Jahren siebzig Jahre alt wurde, gab es noch keine regelrechte ausführliche Biographie von ihr. Man wusste natürlich ihre Abstammung, ihren allgemeinen Lebenslauf und man ahnte, was sich jetzt ganz deutlich herausgestellt hat, dass in ihren Schriften eine Menge autobiographischen Materials niedergelegt ist. Nunmehr besitzen wir die erschöpfende Lebensbeschreibung Ebner-Eschenbachs durch Bettelheim und ein Buch von ihr selbst, das ihre Jugend schildert und das sie mit 75 Jahren geschrieben hat\*\*\*. Denn sie hat mit dem erreichten siebzigsten Jahre die

\* Wenn neuerdings der Machsche Positivismus in so nahe Beziehung zum Marxismus gebracht wird, so ist dies nur durch diese positivistische Grundstimmung der Feuerbach-Marx'schen Denkweise überhaupt ermöglicht worden, wie sie dann ziemlich vergrößert, aber um vieles noch deutlicher bei Dietzgen hervorgetreten ist. Ich lehne mit Plechanow diese Verbindung von Mach und Marx als eine weiter auszubauende ab, aber aus dem Grunde, weil die Machsche Antimetaphysik in Wirklichkeit nur eine neue Form der Metaphysik ist, bloss dass sie sich dies nicht eingestehen will, und weil der moderne wie der ältere Positivismus überhaupt nur ein Verzicht auf Erkenntnis-kritik ist, nicht ein Resultat derselben, wie er fälschlich von sich meint.

\*\* Marie v. Ebner-Eschenbach. Biographische Blätter von Anton Bettelheim. Mit drei Bildern in Lichtdruck. Berlin. Gebrüder Paetel. 1900. Diese Biographie ist jedem Freunde der Dichterin aufs wärmste zu empfehlen. Sie erzählt nicht bloss ihr Leben, sie dringt auch verständnisvoll in ihr Schaffen und bringt viele anmutige und anziehende Einzelheiten über sie. Der bibliographischen Vollständigkeit halber sei auch hingewiesen auf das Buch: Marie von Ebner-Eschenbach. Nach ihren Werken geschildert von Moritz Necker. Mit dem Bildnis der Dichterin. Leipzig und Berlin. G. H. Meyer. 1900. Es ist warm geschrieben und gibt am Schlusse einzelne Stücke in kleiner Auswahl.

\*\*\* Meine Kinderjahre. Biographische Skizzen von Ebner-Eschenbach. 2. Auflage. Mit zwei Bildnissen in Fünffarbendruck. Berlin. Gebrüder Paetel. 1907. 273 Seiten.

Feder nicht weggelegt und erst vor kurzem ist ihr bisher letztes Buch\* erschienen. Auch in diesem zeigt sich ihre Kraft ungemindert und es ist kein Nachlassen zu bemerken. Ein seltenes Beispiel in der Literaturgeschichte. Denn dass in so hohem Alter nicht nur jene Geistesfrische da ist, die zu ungehemmter Rezeption und Anteilnahme erforderlich (eine an sich schon erstaunliche Tatsache), sondern dass dazu noch die Fähigkeit sicherer und gediegener Produktivität tritt, das ist etwas ganz Ausserordentliches und verdient besonders angemerkt zu werden.

Oft tritt der Genius unvermittelt in die Erscheinung. Wir können bisweilen die Vorfahren weit zurück verfolgen und finden nirgends einen Anhaltspunkt, um die plötzlich hervortretende strotzende Blüte auf Vererbung zurückführen zu können. Da ist also der Keim durch lange Geschlechter hindurch unversehrt fortgepflanzt worden und das besonders glückliche Zusammentreffen von Umständen hat ihn zur Entfaltung gebracht. Diese Erscheinung ist überraschend, aber gar nicht selten. Häufiger sehen wir, dass das Genie oder Talent aus einer Abfolge von Generationen kommt, die, mit der Kultur ihrer Zeit vielfach vertraut, gleichsam gute Vorbedingungen schafft, die das Entstehen des produktiven Genies begünstigen, dem Talente schon im voraus die Wege bahnen. Es ist daher, eben weil wir in diesen Dingen noch wenig sichere wissenschaftliche Stützpunkte haben, von Wichtigkeit, in jedem einzelnen Falle nachzuforschen, wie es mit den Vorfahren ausgesehen hat. Da erfahren wir denn, dass Ebner-Eschenbach deutsches und slawisches Blut in sich hat. Väterlicherseits stammt sie aus dem tschechischen Adel, und zwar aus jenem, der zum grossen Teile durch die Gegenreformation ausgerottet wurde. Schon 1406 ist ein Dubsky nachweisbar. Unter Ferdinand II. verfällt das Vermögen der ganzen Familie dem Fiskus, da sie mit den „Ketzer“ wenigstens teilweise gemeinsame Sache gemacht zu haben scheint. Obwohl kaiserliche Gnade mildernd eintrat, blieben doch ansehnliche Güter der Familie in den Händen der Jesuiten. Das Geschlecht arbeitet sich nach und nach in die Höhe und liefert gute Soldaten, verwendbare Staatsbeamte und tüchtige Landwirte. Dass es besonders hervorragende Köpfe hervorgebracht hätte, kann nicht gesagt werden. Es gleicht darin vollständig dem ganzen österreichischen Adel, der zur Geisteskultur der österreichischen Länder weniger beigetragen hat als der Adel der westlichen Länder Europas zur Kultur des Westens. Von weiblicher Seite ist der Einschlag sächsischen adeligen Blutes zu konstatieren. Marie v. Ebner-Eschenbach ist aufgewachsen in einer ziemlich zahlreichen Familie, in der immerhin originelle Elemente nicht selten waren. Sprache und Erziehung waren im allgemeinen deutsch. Das übrige Milieu der mährischen Bevölkerung, unter der sie lebte, war tschechisch. Schon bei der Schlossbedienung war dies der Fall und noch mehr natürlich bei den Dorfleuten. Wieder und wieder kehren in Ebner-Eschenbachs Geschichten die Charakterköpfe dieser slawischen Menschen wieder, die sie von Grund aus kennen gelernt hat. Dabei wird sie natürlich nach üblicher Sitte früh mit der französischen Sprache bekannt, in der sie auch zuerst die Formen der Poesie vernimmt. Daher kommt wohl auch jener selbstverständliche kosmopolitische Sinn in ihr, die eine grosse deutsche Dichterin geworden ist, jener Zug, der zu dem klassischen Zug im besten deutschen Wesen geworden ist und der aus dem Munde einer ihrer prächtigsten Gestalten, aus der ihre eigene Weisheit spricht, die Worte fliessen lässt: „Ich werde sagen, am Wohlergehen dessen, der hüben am Bach zur Welt gekommen, liegt mir mehr als am Wohlergehen dessen, der drüben geboren worden ist. Es gibt eine Nation, ja, eine, die leitet, die führt, die voranleuchtet — alle tüchtigen Menschen — der anzugehören wäre ich stolz. Was jeden anderen Nationalitätenstolz betrifft, Narrheit, unwürdig des Jahrhunderts.“

Sehr „deutschnational“ sind diese Worte nicht, dafür um so besser deutsch. Vielleicht hätte sie statt Nationalitätenstolz besser gesagt: Nationalitätenhochmut. Gemeint hat sie das offenbar. Im Kopfe und im Herzen ist sie weltumspannend. So war es ein grosser Segen für sie, dass sie, obgleich ein kleines Schlossfräulein, frühzeitig das Volk kennen gelernt hat. Es war das slawische Volk der mährischen Tschechen, wie schon bemerkt wurde. Wer aber ein Volk gründlich kennt, der sieht auch in die Seele der anderen Völker. Es war ein grosses, nie genug zu preisendes Verdienst Herders,

\* *Genrebilder. Erzählungen.* Berlin. Paetel. 1910. 403 Seiten.

dieses grossen Deutschen und Weltbürgers, dass er die „Stimmen der Völker“ sammelte und aus dem Volksliede heraus so wie das Wesen echter Poesie so auch das Wesen der Völker zu verstehen und zu erklären suchte. In seinem Geiste, und das war echtster deutscher Geist, haben Deutsche weitergearbeitet. Heute will man uns beweisen, dass damit die Deutschen nur Undank geerntet hätten und dass sie sich mehr auf sich selbst zurückziehen sollen. Ein Rat, der, wenn er befolgt würde, das deutsche Wesen selbst ärmer machen würde. Die Ebner-Eschenbach gehört jener guten alten Schule an, die lebt, denkt und dichtet im klassischen deutschen Geist. Ich weiss nicht, ob die Tschechen ihr gegenüber sich „dankbar“ erwiesen und ihre Bücher ins Tschechische übersetzt haben. Haben sie's nicht getan, so ist's nur ihr Schaden. Denn die slawischen Gestalten, die Ebner-Eschenbach in grosser Menge geschaffen hat, gehören zum besten slawischen Besitztum.

In dem reizvollen Buche „Meine Kinderjahre“ erzählt die Dichterin ihre jugendliche Entwicklung. Im allgemeinen war ihre Jugend freudenvoll. Inmitten liebender und geliebter Geschwister, besorgt von einer ausgezeichneten Grossmutter und Stiefmutter, betreut von prächtigen Dienstleuten, nicht überanstrengt durch übermässige Lernzucht, in sanft-anmutiger Landschaft entfaltete sich in ihr ein reiches Innenleben, das schon früh nach schriftlichem Ausdruck rang. Gewiss wirkte auch der etwas steife, aber in sich feste und biedere Vater auf sie ein. Schon die Art, wie er, der die französischen Kriege gegen Napoleon I. mitgemacht hatte und dabei in Gefangenschaft geraten war, von den Franzosen, den Feinden, sprach, hatte etwas Nobles in sich. Die Biographie schliesst eine von dem Vater oft erzählte Geschichte aus seiner Gefangenschaft mit den Worten: „Es war damals allgemein so üblich: man schoss den Feind tot, aber man verleumdete ihn nicht.“ Erlebte Unannehmlichkeiten fehlten natürlich auch nicht, auch nicht die Ahnung schwerer Schicksale unter den Menschen. Wie sie auf das Mädchen wirkten, sagen folgende Worte ihrer Selbstbiographie: „Ein Begriff war mir aufgegangen von dem Leiden, das in der Welt ist und neben uns hergeht mit erhobenem Haupte und geschlossenen Lippen, von einer Armut, die darbt und ringt, ohne je zu sagen: ‚Gib! Hilf!‘ Ganz unbestimmt noch, eben nur als leises Vorgefühl, war ein trotziges und selbstsüchtiges Mitleid in mir erwacht, ein Wille zum Leiden. Nicht weil die anderen etwas davon haben, sondern weil mein Leiden nur das ihre erleichtert.“

Hier zeigt sich schon eine tiefe, stolze und selbstbewusste Eigenart, die etwas Aussergewöhnliches versprach. Dass ein solches Wesen an der Religion und die von ihr erweckten Vorstellungen nicht achtlos vorübergehen konnte, ist fast selbstverständlich. Sie wurde so sehr von dem Gedanken, sündenlos in die Ewigkeit zu kommen, gepackt, dass sie nach der ersten Beichte einen freilich recht kindischen Selbstmordversuch beging. Der Pfarrer, der ein verständiger Mann gewesen sein muss, brachte dann alles in Ordnung. Es war ein Glück für sie, dass sie in ihren religiösen Exaltationen auf einen milden Diener Christi und nicht auf einen Zeloten stiess. Er hat gewiss jenes Element der Liebe und Milde in ihr gestärkt, dessen Keime in ihrem kleinen Herzen lebten und die sich später immer mehr zu einem blütenübersäten und schattenspendenden Lebensbaume auswuchsen. Die Erziehung und ihre Eindrücke verändern einen Menschen in seinem tiefsten Wesen nicht, aber sie können es fördern oder hemmen. Es ist nicht bedeutungslos, wenn einem Worte, die man in frühester Jugend gehört hat, bis ins hohe Greisenalter im Gedächtnis bleiben. Als in Zdislawitz und Umgebung die Cholera wütete, da waren der katholische Pfarrer und der Arzt, ein Jude, wochenlang in vollster und angestrengtester Tätigkeit. Da sprach Mariens Vater das Wort, das sie in den Erinnerungen zitiert: „Ja, der jüdische Arzt und der katholische Geistliche, allen Respekt! Beide waren Helden.“ So etwas haftet, und wenn auch Marie nie hätte Antisemitin werden können, dieses Wort hat sie gewiss in ihrer Stimmung grosser Duldung und objektiven Anschauens aller menschlichen Dinge gestärkt.

Früh regte sich die Dichterin in ihr. Aber sie dichtete nicht in deutscher, sondern in französischer Sprache. In dieser Sprache hatte sie ja zuerst Dichtung kennen gelernt. Es ist reizvoll, wie sie erzählt, dass erst ein Vetter von ihr jenes Nationalgefühl in ihr geweckt hat, das sie nun mit einem Schlage hiess, deutsch zu schreiben. Nur wenige in ihrer Familie wussten etwas von ihren „Schreibereien“. Je mehr etwas davon zur Kenntnis kam, desto mehr Unwillen erregte sie. Wär's nach dem Willen ihrer Familie

gegangen, sie wäre nie Schriftstellerin geworden. Aber die mächtige Quelle liess sich nicht aufhalten, sie brach unaufhaltsam hervor. Ungeahnte Nahrung erhielt ihr poetisches Empfinden, als sie das Burgtheater kennen lernte und deutsche Dichter las, besonders Schiller. Seit ihre Brüder bessere Schulunterweisung brauchten, brachte die Familie der Lehrer wegen einen grossen Teil des Jahres in Wien zu und hier eröffneten sich dem Mädchen neue Horizonte. Mächtig regte sich ihre dichterische Ader und wie das nun so in der Jugend ist, sie griff sofort nach dem höchsten Lorbeer und erging sich in grossen dramatischen Entwürfen, die nicht bloss Entwürfe blieben. Aber in frühzeitiger Reife vernichtete sie die Manuskripte. Mit diesem Akte schliesst die Selbstbiographie. Die Schreiberin war damals vierzehn Jahre alt. Aber auch späterhin verfiel sie wieder und wieder der Verlockung des Theaters. Aber alles hat sie verworfen. In der bis jetzt neunbändigen Ausgabe ihrer gesammelten Werke\* ist nur ein kleiner, feiner Einakter stehen geblieben. Aber diese neun Bände geben nicht ihr ganzes schriftstellerisches Lebenswerk. Diese neunbändige Ausgabe enthält nun auch schon vieles von dem, was Ebner-Eschenbach nach ihrem siebenzigsten Lebensjahre geschrieben hat. Aber ausserdem liegt noch eine Reihe von Bänden vor uns, von denen drei (Erzählungen, Margarete, Božena) schon früher bei Cotta in Stuttgart erschienen sind, alle anderen wieder bei Gebrüder Paetel in Berlin.

Als man sie 1900 bei ihrem 70. Geburtstage überall, wo deutsche Sprache und Dichtung verstanden wird, pries, arbeitete sie geruhig weiter. Das ist bei ihr jener unstillbare Drang, der den Schöpferischen zum Schaffen zwingt. Da erschien bald „Agave“, eine in Glut getauchte und mit elastischer Kraft geschriebene Erzählung aus der italienischen Renaissancezeit, ein Kunstwerk, schön genug, um darauf einen Ruhm zu gründen. 1903 erschien „Die arme Kleine“. Wenn „Aus meiner Kinderzeit“ anspruchslos bloss ein Buch der Erinnerung (1905) sein wollte und daraus ein köstliches Geschichtenbuch geworden ist, so ist umgekehrt „Die arme Kleine“, die die Geschichte der Kinder eines adeligen Hauses sein will, ein autobiographisches Denkmal von bestrickender Realität. Man fragt sich, ob denn diese frische Geschichte wirklich eine dreiundsiebzigjährige Frau geschrieben hat. Bis man sich eines Besseren besinnt und gescheiter fragt: Muss denn eine dreiundsiebzigjährige Frau alt sein? Nein, ihr Körper mag es ja sein, aber ihr Geist und ihr herrliches Herz — die sind jung geblieben. Und erst vor kurzem ist eine Sammlung kleinerer Geschichten von ihr erschienen, „Genrebilder“, die volle Kraft atmen. Die grösste davon „Ob früher, ob später“ gehört geradezu zu den besten Sachen der Ebner-Eschenbach. Da kann man wohl von einer besonderen Begnadung sprechen.

So hat denn Grillparzer recht behalten, der, als ihm Mariens zweite Stiefmutter ein Heft Gedichte der Siebzehnjährigen zur Beurteilung geschickt hatte, schrieb: „Die Gedichte zeigen unverkennbare Spuren von Talent. Ein höchst glückliches Ohr für den Vers, Gewalt des Ausdruckes, eine vielleicht auch nur zu tiefe Empfindung, Einsicht und scharfe Beurteilungsgabe in manchem der satirischen Gedichte bilden sich zu einer Anlage, die Interesse weckt und deren Kultivierung zu unterlassen wohl kaum in der eigenen Willkür der Besitzerin stehen dürfte.“ Es fehle nur die Reife, meinte Grillparzer. Wahrhaftig, der Blick des grossen Dichters ist zu bewundern. Der Widerstand ihrer Angehörigen gegen Mariens Schreiberei erwies sich als zu schwach. Grillparzer erkannte den tiefsten Grund. Resolut meint er, dass es der jungen Dichterin auch nicht gelingen würde, selbst wenn sie wollte, das Dichten aufzugeben. Mit anderen Worten: Die dichterische Kraft in ihr war das Stärkste. So darf es schliesslich nicht wundernehmen, dass diese ihre Kraft unvermindert weiterschafft in der Dichterin, die von Jahr zu Jahr reifer wurde und jetzt in der lebensgesättigten Weisheit des Alters nicht aufhört zu sein, was sie von Anbeginn gewesen: ein auserlesener Dichtergeist.

Ihre ungemeine Gabe der inneren Anschauung, die sich jederzeit in künstlerische Tat umsetzt, ist ihr angeboren. Sie nimmt alle Dinge der Welt in sich auf, um sie in dichterischer Gestaltungskraft wiederzugeben. Wie der ungefüge Eisenblock im Feuer gehämmert und gestählt wird, so bildet sie aus dem Rohstoff der Umwelt in ihrem Kopfe und in ihrem Herzen das Kunstwerk. So vereinigt sie, wie jeder echte Dichter,

\* Berlin. Gebrüder Paetel.

Realismus und Idealismus zu einer unlösbaren Einheit. Obwohl das Kind eines aristokratischen Hauses, kennt und schätzt sie von klein auf nichts als den Menschen. Bettelheim erzählt in seiner Biographie: „Schon die kleine Komtesse empfand es mit Scham, wenn die Frauen der Bauern im Sonntagsstaat die ‚Giebigkeiten‘ brachten, die sie zu leisten schuldig waren. Schon die kleine Komtesse wollte es nicht dulden, dass der erste Burggraf (so hiess der erste Wirtschaftsaufseher) die Tagelöhner misshandelte: sie schrie, tobte und versuchte es — unter allgemeinem Gelächter — dem harten Quäler Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Dazu schienen diese zarten, wunderhübschen Händchen nicht geschaffen. Späterhin freilich, als diese immer zart und ausnehmend schön gebliebenen Hände lernten, als Waffe die Feder zu führen, wussten sie der gewalttätigen Vergangenheit und Gegenwart anders zu begegnen: ein Kulturbild, das im Umfang von einem Dutzend Blättern alle Greuel der Leibeigenschaft so wortkarg, wuchtig und ingrimmig verdichtet wie ‚Er lässt die Hand küssen‘, eine Dorfgeschichte wie ‚Das Gemeindegeld‘ stellt unsere Meisterin als Menschenfreundin dicht neben Pestalozzi, als Künstlerin unmittelbar neben Turgenjeff.“ In den Tiefen und auf den Höhen der Menschheit sieht sie immer nur den Menschen. Die Psyche des Lotterbuben im „Gemeindegeld“ ist ihr ebenso vertraut wie die aristokratischen Seelen der Freiherren v. Gemperlein und der Komtessen Muschi und Paula. Die Bäuerin Maschlan (in „Maschlans Frau“) und das Dienstmädchen „Božena“ stehen ihrem Herzen ebenso nahe als die Gräfin Maria (in „Unsühnbar“). Und wie sie in die Kindesseele zu blicken versteht, das steht auf hundert Seiten ihrer Bücher geschrieben.

So ist diese Frau ein Wunder. Was wir zur Erklärung ihres Wesens anzuführen uns auch immer bemühen, es bleibt ein Rest: und dieser ist das Innerste, Tiefste und Wertvollste an ihr. Sie hat gezahlt mit dem, was sie getan hat, ihre Dichtungen werden weiterleben, aber noch weit mehr hat sie gezahlt mit dem, was sie ist, mit dem, was nicht zu erwerben und zu erlernen ist, wofür sie nichts kann und doch den grössten Dank und die grösste Verehrung verdient.

Als ich vor zehn Jahren in der „Arbeiter-Zeitung“ in einer flüchtigen Skizze ihr Wesen zu bestimmen suchte, da fragte ich auch, wie sich die Dichterin zum Sozialismus stelle. Ich antwortete mir selbst, dass sie wohl weder von den Theorien noch von der Bewegung des Sozialismus viel wissen werde. Als sie heranwuchs, wussten überhaupt wenig Leute etwas vom Sozialismus und späterhin hat wohl doch das Milieu, in dem sie lebte, sie gehindert, das Wesen dieser grossen Idee zu erfassen. Aber was Intuition vermag — und es ist staunenswert, was sie vermag — das mögen einige Sätze erweisen, die wieder anzuführen ich mich nicht enthalten kann.

Im „Gemeindegeld“ sagt der Lehrer Habrecht zu dem armen Buben, dem Pavel, den er so sehr in sein grosses Herz geschlossen hatte: „In früheren Zeiten konnte einer ruhig vor seinem Teller sitzen und sich's schmecken lassen, ohne sich darum zu kümmern, dass der Teller seines Nachbars leer war. Das geht jetzt nicht mehr, ausser bei den völlig Blinden. Allen übrigen wird der leere Teller des Nachbars den Appetit verderben. . . . Den Braven aus Rechtsgefühl, den Feigen aus Angst.“

Die Gräfin Marie in „Unsühnbar“ sieht die armen Dorfbewohner und denkt bei sich: „Was dich da anruft mit stummer und unbewusster Klage, das ist die nach Erlösung ringende ewige Dienstbarkeit. Wir die Herren, sie die Knechte. Darbend an Leib und Seele verdienen sie . . . unser Brot, mühen sich, zur Erde gebeugt, jahrein, jahraus, damit unser Geist frei und unbehindert auf-fliegen könne bis an die Grenzen des Erkennens. Ohne ihre harte Arbeit keine Ruhe für uns, kein Genuss, nicht Kunst, nicht Wissenschaft.“

Dembrowski im „Kreisphysikus“ sagt einmal: „Die Schmerzen jedes einzelnen, der um meinetwillen gelitten hatte, ergossen sich in meine Brust. Und jede Schuld und jedes Unrecht, das die begangen hatten, die mir dienten, als meine Schuld empfand ich sie und vernahm schauernd, wie ihr Schrei gegen mich zum Himmel stieg. . . . Der sich Herrschaft anmasste über seine Brüder, säet und erntet Unheil, die Seele des Knechtenden wie die des Geknechteten verdirbt. Ihr, der Adel, waret der Staat. Niemals ist in Polen ein anderer Stand zu Wort gekommen als der eure.“

Und wohin habt ihr das Land gebracht? . . . Euer Eigennutz hat es ausgebeutet, eure Zwietracht es zerrissen, euer Verrat hat es den Feinden ausgeliefert. Was uns zukommt, ist die Erlösung der Armen, deren Jammer zu ermessen wir besser vermögen als sie selbst. Studenten und Männer der Wissenschaft, die ihr dem Volke nahe steht wie eurem Vater, betreut es, als wäre es euer Kind. Mit welchem Recht vertieft ihr euch in die Erforschung der schwierigsten Welt- und Daseinsrätsel, während um euch noch Menschen leben, mit dem gleichen Anspruch auf Erkenntnis ausgestattet wie ihr — und unfähig, die einfachste Gedankenreihe zu bilden. Brüder, wir müssen immer hören, ohne Kampf der Menschen untereinander könne die Welt nicht bestehen; in einem allgemeinen Frieden würden unsere Kräfte einrotten und unsere Geister erschlaffen. Das ist falsch. Friede zwischen den Menschen bedeutet ja nicht das Ende aller Kämpfe, es bedeutet vielmehr den Beginn eines neuen, herrlichen Kampfes. Indessen der Hass der Urheber der bisherigen Kämpfe gewesen ist, wird die Liebe die Mutter der künftigen sein. Die Streiter, die sie aufruft, werden nicht etwa ein leichtes Spiel haben, denn die Feinde, denen sie gegenüberstehen, gönnen ihren Ueberwindern nicht Ruhe, nicht Rast. Täglich besiegt, erheben sie sich wieder. Das Leiden und die Leidenschaft sind ihre Namen.“

Und ein andermal preist er das niedere Volk: „Es ist ein Schatz an Geduld, Ausdauer, heldenmütiger Ergebung in einen höheren Willen in diesem Volke, den alle Misshandlung, die es zu erfahren hat, nicht zu erschöpfen vermöchte. Aber seines Reichtums unbewusst, streut es ihn aus und erwirbt nichts dazu.“

Und da der Lehrer Habrecht Abschied nimmt von Pavel, dem Armen und Verachteten, und ihm Ratschläge gibt wie ein liebender, verständiger Vater seinem zagenden Kinde, da sagt er auch die grossen und schönen Worte: „Wende mir nicht ein: Das sind zu hohe Grundsätze für unsereinen; gehen Sie damit zu denen, die ohnehin schon hoch stehen, wir sind geringe Leute; für uns ist auch eine geringe Moral gut genug . . . ich sage dir, gerade die beste ist für euch die rechte; ihr Geringen, ihr seid die Wichtigen, ohne eure Mitwirkung kann nichts Grosses sich mehr vollziehen . . . Von euch geht aus, was Fluch oder Segen der Zukunft sein wird.“

Kann man solche goldene Worte anders als mit tiefster Ergriffenheit lesen? Alle grossen Gedanken kommen aus dem Herzen, hat einmal ein scharfer Beobachter gesagt. Marie v. Ebner-Eschenbachs Herz hat ihr Erkenntnisse vermittelt, zu denen sie auf dem Wege wissenschaftlichen Studiums vielleicht nie gekommen wäre. Aber in ihrer unauslöschlichen brennenden Liebe zum Volke hat sie sein Wesen und seinen Wert erkannt und ausgesprochen mit einer Deutlichkeit und Wahrhaftigkeit, als wäre sie eine der unseren. So steigert sich denn unsere, der Sozialisten, Liebe und Verehrung der Dichterin gegenüber, die so klar in die Aufgabe und in die Zukunft des Volkes geschaut hat.

Wenn wir Sozialdemokraten die grosse Frau und grosse Künstlerin preisen, so tun wir es, weil wir jeden grossen und echten Menschen schätzen, aber noch mehr, weil wir, die wir anderen Zeiten entgegenleben, dem Volke das Höchste geben wollen, was uns die Erde bietet: die Kunst! In alle Arbeiterbibliotheken wollen wir die Werke unserer Dichterin dringen sehen. Unsere Arbeiter werden mit Gier nach diesen Büchern greifen, aus denen ihnen Heimatluft entgegenweht. Aus diesen Büchern schaut sie der ganze Jammer des geplagten, armseligen und mühebeladenen Volkes an, dem doch die grosse Zukunft der Menschheit gehört. Sie sind ihnen zugleich ein Spiegel des Tages und der Zukunft. Der Zukunft! Denn an sie glauben die Arbeiter wie die Dichterin. In der Dichterin verehren wir die Seherin. Ihr sonnenhelles Auge sieht nicht nur in die Herzen der Menschen, wie sie sind, sie sieht auch, wie sie werden. Alles, was zukunftsfröh ist, das gehört zu uns! Und so möge sich die Dichterin an ihrem achtzigsten Geburtstage gefallen lassen, dass auch wir, die ernsthaften „Todfeinde der heutigen Gesellschaft“, vor denen sie vielleicht schon oft ein geheimes Grauen empfunden hat, ihr huldigen als einer echten Priesterin des Lebens und der Kunst.



Die  
**Produktiv-Genossenschaft der Buchbinder**

registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Telephon 8833. **Wien VI/2, Stumpergasse 7** Telephon 8833.

empfiehlt sich den verehrten Lesern und Abonnenten des  
„Kampf“ zur Herstellung von Buchbinderarbeiten jeder Art.

**Aktuelle Neuheit!**

**Aktuelle Neuheit!**

Sobald erschienen:

**Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes  
im Abgeordnetenhaus.**

XX. Session (20. Oktober 1909 bis 6. Juli 1910).

Herausgegeben im Auftrage des Klubs der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus.

**64 Seiten.**

**Preis 50 Heller.**

Agitationsausgabe nur für organisierte Arbeiter. Preis 20 Heller.

96 Seiten geheftet.

**Erinnerungen.**

Preis 50 Heller.

Ein Beitrag zu der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Von Reichsratsabgeordneten Genossen Josef Hannich.

Aus seinen Erinnerungen erzählt der Verfasser und gibt so ein Stück Geschichte der österreichischen, speziell der nordböhmischen Arbeiterbewegung. Die Ereignisse der Jahre 1866 bis zum Hainfelder Parteitag 1889 ziehen an uns vorüber. Das Suchen und Tasten der Träger der jungen Bewegung nach Bildung und Aufklärung und die ersten Rufe nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Das langsame Anwachsen der kleinen Schar, der Streit zwischen Gemäßigten und Radikalen, die Geheimbundprozesse und die Konfiskationspraxis zeigen dem jüngeren Genossen nicht bloss die Leiden unserer „Alten Garde“, sie geben auch ein glänzendes Bild des Opfermutes. Und geben Kraft zu neuen Kämpfen. Wir würden wünschen, dass jeder unserer alten Genossen sein Stück Erinnerungen schreibt, um so einer Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung die Wege zu ebnen.

Zur Massenverbreitung!

**Das sozialdemokratische Programm**

Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze.

Von Robert Danneberg.

104 Seiten geheftet. Preis K 1-20. In Ganzleinen gebunden K 2-40.

Agitationsausgabe nur für organisierte Arbeiter 40 Heller, kartoniert 80 Heller.

**Die Namenlosen**

Geschichten aus dem Leben der Arbeiter und Armen. Von Reichsratsabgeordneten **Ferdinand Hanusch**. — Das Werk wird in **18 Heften** zum Preise von à **12 Heller** vollständig vorliegen. Alle acht Tage gelangt ein Heft zur Ausgabe. Die komplette Ausgabe kostet brosch. K 2—, elegant geb. K 2-50.

Bestellungen erbittet die

**Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.**

Wien VI/1, Gumpendorferstrasse 18.

Beste Qualitäten.



Arbeiter!



Billigste Preise.



Genossen!

Decket euren Bedarf an

# Filz- und Seidenhüten

für Herren, Frauen und Knaben,  
Radfahrer- und Reisekappen in der

**Ersten Wiener Produktivgenossenschaft der Mutarbeiter und Arbeiterinnen**

Niederlagen: I., Wollzeile 34; V., Schönbrunnerstrasse 82; VII., Burggasse 123, Ecke Gürtel; X., Favoritenstrasse 73; XXI., Floridsdorf, Am Spitz 9; BRÜNN, Krapfengasse 40; LINZ, Franz Josefs-Platz 32.

Provinzbestellungen ersuchen wir an unsere Fabrik, XIII., Hägeling. 4 u. 6, zu richten.

**Das einzige Brot**

jedes klassenbewussten Arbeiters ist

# Hammerbrot



Schutzmarke, eingepreßt  
auf jedem Laib.

Bekannt durch vorzügliche Qualität, reelles Gewicht und sauberste Fabrikation. Besitzt neben vielen anderen den ausschlaggebenden Vorzug, dass es durch einen mustergültigen, der Parteikontrolle unterstehenden Betrieb, in dem die berechtigten Forderungen aller Mitarbeiter volle Würdigung finden, hergestellt wird.

Als Kaffee- und Tafelgebäck empfehlen wir unser bestrenommiertes

**Erdäpfel- Milchbrot**

Verkaufsstellen sind durch  
unsere Schilder kenntlich.

**Hammerbrotwerke u. Dampfmaschine**

Telephon S. 79. Skaret, Hanusch & Co., Schwechat bei Wien. Telephon S. 79.